



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Die Unsicherheit regieren. Subjekte der Migration und
Unterentwicklung im biopolitischen Sicherheitsdispositiv“

Verfasserin

Agnes Gruber

angestrebter akademischer Grad

Magistra (Mag.)

Wien, im Oktober 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:
Studienrichtung lt. Studienblatt:
Betreuerin:

A 057 390
Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung
Univ.-Prof. Dr. Eva Kreisky

Ich danke Frau Prof. Dr. Eva Kreisky für die Betreuung meiner Diplomarbeit; meinen Eltern für ihre mentale wie finanzielle Unterstützung; Katharina, Theresa, Maria, Lisa und Markus für ausdauerndes zur Seite Stehen.

Werden wir nicht vielmehr auf ein Gefühl für die Verwundbarkeit des Menschen zurückverwiesen, auf unsere kollektive Verantwortung für das physische Leben eines jeden anderen? Könnte die Erfahrung der Störung der Sicherheit der Ersten Welt nicht auch die Einsicht in die höchst ungerechte globale Verteilung dieser körperlichen Verletzbarkeit mitbedingen? Diese Verletzbarkeit zu verwerfen, sie zu verbannen, um uns selbst auf Kosten jeder anderen menschlichen Rücksicht Sicherheit zu verschaffen, heißt, eine der wichtigen Ressourcen zu beseitigen, die wir brauchen, um uns zu orientieren und unseren Weg zu finden.

(Judith Butler 2005:47)

INHALT

1	EINLEITENDES	1
1.1	Freiheit stirbt mit Sicherheit?	1
1.2	Zwischen souveränem staatlichen Ordnungswillen und Selbstverantwortung: Subjekte der Migration und Unterentwicklung.	12
2	TEIL 2 SICHERHEIT	16
2.1	Sicherheit als diskursiv errichtete Problematisierung	16
2.2	Soziale und politische Konstruktion der Unsicherheit? Securitization	18
2.3	„Kein Liberalismus ohne eine Kultur der Gefahr.“	21
2.4	Biopolitische Sicherheit: Leben machen und sterben lassen	24
3	TEIL 3 Zur souveränen Unterscheidung von gefährdeten und gefährlichen Individuen/ MIGRATIONSPOLITIK	28
3.1	Einleitendes	28
3.2	Das „Unternehmen“ Migration	30
3.3	Migration und der europäische Ausnahmezustand	34
3.4	Der Zusammenbruch des Begriffs der Menschenrechte	37
3.5	Der illegale Migrant als homo sacer	39
3.6	Biopolitische Legitimitäts- und Wirksamkeitsimperative	42
3.7	Biopolitische Sicherheit und Nicht-Bevölkerung	45
3.8	Autonome Subjekte der Migration zwischen ökonomischen Zwängen und selbstbestimmtem Exit	48
3.9	Viktimisierung als Entsubjektierung?	51
4	TEIL 4 Selbstverantwortliche Subjekte sichern sich selbst/ ENTWICKLUNGSPOLITIK	54
4.1	Liberale (Selbst)Führung	54
4.1.1	Subjektivitätspraktiken	55
4.1.2	Macht ungleich Zwang. Bedingungen der Akzeptabilität	57
4.2	Die Regierung der Armut	59
4.2.1	Natürliche Armut und Pauperismus als soziale Gefahr. Die klassisch liberale Rationalität	61
4.2.2	Risiko und Versicherung als „Technologie der Solidarität“. Die sozialstaatliche Rationalität	68
4.2.3	Armutsbekämpfung als Selbsttechnologie. Die neoliberale Rationalität	75

4.3	Resilienz statt Entwicklung	77
4.3.1	Die Unsicherheit regieren	77
4.3.2	Vulnerabilitäts- und Resilienzkonzepte als Objekte von Deutungsmacht.....	80
4.3.3	Risikomanagement <i>versus</i> Fortschritt im Kontext des <i>Post-Development</i>	83
4.3.4	Die Revision des Entwicklungsversprechens	86
4.3.4.1	Probleme der Überflussgesellschaft	86
4.3.4.2	<i>Small is beautiful?</i>	88
4.3.4.3	Therapeutische Governance	91
4.4	Die Grenzen der autonomen Selbstverantwortlichkeit	94
4.4.1	Menschliche Sicherheit.....	94
4.4.2	Die Pathologisierung von Konflikten.....	97
4.4.2.1	Die neuen Kriege (Eine Skizze nach H. Münkler)	99
4.4.2.2	Sind neue Kriege kriminell? <i>Deserving poor</i> und <i>undeserving leaders</i>	100
4.4.2.3	Neue Kriege als temporäre Normabweichung oder eine Form sozialer Transformation?	103
4.4.2.4	<i>Complex political emergencies</i> oder <i>emerging political complexes</i> ?.....	106
4.4.3	Neuer Humanitarismus	108
4.4.3.1	<i>Do no harm</i> - neuer Humanitarismus in neuen Kriegen	110
4.4.3.2	Angestrebte Konsequenzen und die Radikalisierung von Entwicklung.....	112
4.4.3.3	<i>Dangerous and inappropriate social engineering</i> ? Kritik am neuen oder politischen Humanitarismus.....	113
5	FAZIT	117
	LITERATUR.....	124
	ANHANG.....	132
	Abstract	132
	English Abstract	134
	Curriculum Vitae	136

1 EINLEITENDES

„We could not then escape noticing the way security impresses itself upon us as a kind of floating and radically inter-textual signifier which, by constant reference to all other signs of the times, transgresses disciplinary, political, corporeal and geographical boundaries as it courses throughout the defining technologically inspired discourses of Modernity. (...) It is not a noun that names something, it is a principle of formation that does things.“ (Dillon 1996:16)

1.1 Freiheit stirbt mit Sicherheit?

Ein Sicherheitsstaat? Seit 9/11 habe die Angst vor dem Terrorismus in einer Reihe von Ländern zur Errichtung eines breit angelegten Programms der Sicherheit (*Securitisation*) geführt. Neue Grenzkontrollen und Überwachungsregimes, neue Techniken der Individuierung und Identifizierung und umfassende Investitionen in neue Sicherheitstechnologien - es zeichnet sich, so die Schlagzeilen, das Entstehen eines „Big-Brother-Staates“ (Bigo 2008) und der „Überwachungsgesellschaft“ ab; eine „Weltrisikogesellschaft“ (Beck 1986) wird diagnostiziert; und glaubt man prominenten Sozialtheoretikern, sind die politischen Rationalitäten liberaler Demokratien zu Beginn des 21. Jahrhunderts unter Druck geraten und am Verschwinden (vgl. Agamben 2002). Neue veränderte Formen des Denkens und Handelns, wie zu regieren sei, würden diese ersetzen, nunmehr durchsetzt von der Problematik des Risikos und angeleitet vom Telos der Sicherheit. Ich will mich im Rahmen meiner Arbeit mit den erwähnten Diagnosen auseinandersetzen. Wo analysieren sie Prozesse treffend, ermöglichen Erkenntnisgewinn oder auch provokative Anstöße, die es sich lohnt weiterzudenken? Wo driften sie möglicherweise ins Fatalistische ab, wo kann und soll Kritik ansetzen?

Was ist Sicherheit? Was bedeutet es, Sicherheit heute zu regieren? Was wie eine sprachliche Formalsache erscheinen mag, hat reale Implikationen: Nicht Sicherheit wird regiert, eher schon Unsicherheit, noch treffender wird Sicherheit durch Unsicherheit regiert. Das betrifft insbesondere „fortgeschritten liberale“ (Rose 1999) Technologien des Regierens, die in vielen ‚westlichen‘ Demokratien in den letzten Dekaden des 20. Jahrhunderts Anwendung fanden und weiterhin finden um zu regieren: „Sie regieren durch verantwortlich gemachte Wahlfreiheiten (*responsibilized choices*) von autonomen Einheiten, seien diese nun Organisationen, Unternehmen, Krankenhäuser, Schulen, Gemeindegruppen oder auch Individuen und deren Familien“ (Lentzos/Rose 2008: 77).

Subjektivität ist dabei weder äußere Grenze der Machtbeziehungen noch ein Anwendungsfeld für Machttechnologien; moderne Machtmechanismen funktionieren vielmehr mittels spezifischer Subjektivierungsformen. Demnach soll es darum gehen, jene Formen von Subjektivität zu untersuchen, die die Regierung voraussetzt. Die Ebene des Möglichkeitsfeldes ist der Ort, an dem Macht operiert. Dort werden Wahrscheinlichkeiten produziert, mit denen Subjekte innerhalb dieses Feldes handeln. Regierung bedeute dann, das Feld eventuellen Handelns der anderen zu strukturieren (Karakayali 2008: 44). Die dafür notwendigen Bedeutungsproduktionen liefern Diskurse, die eingebunden sind in Dispositive, die wiederum als komplexes Ensemble von Vorkehrungen den beständigen Umschlag von Macht in Wissen und Wissen in Macht möglich machen. Ein *Dispositiv* ist

„ein entschieden heterogenes Ensemble, das Diskurse, Institutionen, architekturelle Einrichtungen, reglementierende Entscheidungen, Gesetze, administrative Maßnahmen, wissenschaftliche Aussagen, philosophische, moralische oder philanthropische Lehrsätze, kurz: Gesagtes ebenso wie Ungesagtes umfaßt. Soweit die Elemente des Dispositivs. Das Dispositiv selbst ist das Netz, das zwischen diesen Elementen geknüpft werden kann“ (Foucault 1978: 119)

und

„eine Art von - sagen wir - Formation, deren Hauptfunktion zu einem gegebenen historischen Zeitpunkt darin bestanden hat, auf einen Notstand (urgence) zu antworten. Das Dispositiv hat also eine vorwiegend strategische Funktion“ (Foucault 1978: 120).

Aus den Elementen eines Dispositivs entstehen Strukturen, die in Form von Regeln Antworten auf Probleme bereitstellen.

Handeln finalisiert sich auf ein gesellschaftliches Ziel hin, das Subjekt ist ein dadurch entstehender, den Regeln der Norm entsprechender Effekt. Spezifisches Wissen, erzeugt von Diskursen, macht es den Individuen möglich, sich auf eine bestimmte Weise zu denken und sich zur Welt in Verhältnis zu setzen. Das wiederum stützt das Dispositiv, indem es die Praktiken und Kontrollmöglichkeiten ausbauen hilft (Karakayali 2008: 45).

Sicherheit

Was Sicherheit anbelangt, ist daher zunächst zu untersuchen, wie diese konzeptionalisiert wird. Das zeitgenössische Verständnis von Sicherheit und Unsicherheit kann als „Problematisierung“ analysiert werden. Ein solcher Ansatz setzt die (un)sichere soziopolitische Realität nicht als gegeben voraus; vielmehr ist sie kontingent, strukturiert durch Diskurse und Dispositive, die wirkmächtig Realität produzieren. Wie Individuen als Subjekte Handlungsmacht, Autonomie, Freiheit aber auch Opferstatus, Passivität, Unfreiheit erfahren, hängt wesentlich mit dem Möglichkeitsfeld, in dem sie sich bewegen (können), zusammen. Wenn Diskurse bzw. Dispositive die Positivität von Realität herstellen, kann die Auseinandersetzung mit aktuellen Problematisierungen von (Un)sicherheit darüber Aufschluss geben, welche Mechanismen und Strategien wie und vielleicht auch mit welchem Ziel wirken, wenn Fluchthelfer skrupellose Menschenhändler sind, MigrantInnen kaum jemals etwas anderes als anonyme Massen armer Flüchtlinge oder abstrakte Überfremdungsgefahr. Europäische StaatsbürgerInnen aber vor dem Chaos globaler Zirkulation geschützt werden müssen und die *surplus populations* (Duffield 2007) Risikomanagement lernen (müssen), um resilient zu (über)leben.

Liberales Regieren mittels „verantwortlich gemachter Wahlfreiheiten“ (Rose 1999) folgt dem Imperativ der Effektivität und stellt im Zeichen der Sicherung von Sicherheit Legitimität hinter diesen Imperativ. Es taucht ein „Paradox der Liberalität“ (Duffield 2007) auf: Um die Freiheit zu sichern, unterscheidet man souverän zwischen den zu Sichernden und der Gefahr, die man auch mit illiberalen Mitteln bekämpfen darf. Im Rechtfertigungsdiskurs wirken (De-)Subjektivierungen: Migranten werden zu Opfern skrupelloser Menschenhändler, zu kriminellen Elementen oder zu „bloßem Leben“ (Agamben 2002), das nicht nach (Menschen)Rechten, sondern Überlebenssicherung verlangt - drei Figuren, die sich im Entwicklungsdiskurs wiederfinden: Viktimisierung, die Kriminalisierung von *undeserving leaders* im Gegensatz zu den *deserving poor* im Kontext der Pathologisierung von Konflikten, zu regulierende Überschussbevölkerung.

Die Herstellung von Sicherheit war stets zentrale Aufgabe sozialen Regierens, der Wohlfahrtsstaat damit ein „Sicherheitsstaat“. Fokussiert wurde auf den Typus von Sicherheit, der Freiheit vor Angst vor den Verheerungen, die die Wechselfälle des Lebens vordem angerichtet hatten, vor extremer Armut und vor den Konsequenzen von Erwerbslosigkeit,

Alter und Krankheit meint. Mit Hilfe der Sozialversicherung und verwandter Instrumente übernahm der Staat die Verantwortung für die Sicherung der Sicherheit aller. (Vgl. Lentzos/Rose 2008: 77f., Ewald 1993)

Kosten, Bürokratie, bestimmte paradoxe Effekte, Schwierigkeiten der Operationalisierung – während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde der Sozialstaat zunehmend in Frage gestellt. Neue Technologien zielten auf die Regierung quasi-autonomer Organe durch die Steuerung von deren Aktivitäten ab. Die „Abhängigkeit“, die der Apparat der sozialen Wohlfahrt scheinbar selbst hervorgerufen hatte, sollte durch seine Reform vermindert werden. Dabei handelt es sich aber nicht um die Verminderung der Fähigkeiten des Staates, Individuen in ihrem Verhalten zu lenken, eher passiert das Gegenteil: Permanent werde quasi-autonome individuelle Initiative und Verantwortung für Sicherheit, Gesundheit und Bildung angeregt und allen und allem ein Unternehmergeist eingepflanzt. (Vgl.: ebd.)

Unterschiedlichen Analysen dieser neuen Formen, das Regieren zu denken, und der Techniken, mit deren Hilfe diese neuen Rationalitäten Anwendung finden, ist, so Filippa Lentzos und Nikolas Rose (2008), eine Beobachtung gemeinsam: Die Rekonfiguration gouvernementaler Rationalitäten schließe eine Neukonzeption der Beziehung zwischen Regierung und Freiheit ein.

„Freiheit, verstanden als Prozess der Autonomisierung und des Verantwortlichmachens (responsibilisation) der Akteure, wurde zum leitenden Prinzip, das nunmehr in ‚post-sozialer‘ Weise mit den Imperativen staatlicher und nicht-staatlicher Akteure verkoppelt werden musste“ (ebd.: 78).

Wie verbinden sich diese Rationalitäten des Regierens durch Freiheit (seit den letzten Dekaden des 20. Jahrhunderts) mit dem (seit Beginn des 21. Jahrhunderts neu auftauchenden) Imperativ der Sicherung von Sicherheit? Die militärische Antwort der US-Regierung auf 9/11 taufte man „Enduring Freedom“ – der Begriff der Freiheit hat vor diesem Hintergrund nicht nur einen neuen prominenten Stellenwert in der internationalen Militär-Ideologie erhalten; er musste auch an der „Heimatfront“ neu konfiguriert werden – liberale Demokratien sind im Begriff zu versuchen, ihre gouvernementalen Strategien zu refigurieren. Ein Verständnis dieser Prozesse kann mit Michel Foucaults Überlegungen zu Sicherheit passieren. (Vgl. ebd.)

Sicherheit bei Michel Foucault

Michel Foucault (2004a) unterscheidet in seinen Vorlesungen, die unter dem Titel „Sicherheit, Territorium, Bevölkerung“ erschienen sind, einen „zentripetalen“ disziplinären und einen „zentrifugalen“ Sicherheitsmechanismus. Ersterer operiert in einem geschlossenen Raum, in dem er isoliert und seine Technologien konzentriert, um alles in diesem Raum zu regulieren. Mittel dazu sind Normen, die entlang des binären Prinzips „verboten/erlaubt“ unterscheiden. Auf kleinste Normüberschreitungen wird mit dem Versuch reagiert, diese unter Kontrolle zu bringen. Der Sicherheitsmechanismus hingegen ordnet nicht entlang eines Rasters, und hat nicht zum Ziel, alle Abweichungen zu kontrollieren und zu eliminieren. Die Realität der „natürlichen“ Phänomene und auch deren unvermeidliche Variationen soll erfasst werden; der Sicherheitsmechanismus - bzw. die ihm entsprechende Rationalität – versucht, das Zusammenspiel der verschiedenen Komponenten zu verstehen. Er zielt darauf ab, die komplexe Realität hinsichtlich erwünschter Ziele zu regulieren und zu handhaben.

„[O]hne Unterlass [werden] neue Elemente integriert, man integriert die Produktion, die Psychologie, die Verhaltensweisen, die Arten wie man Produzenten, Käufer, Konsumenten, Importeure, Exporteure macht, man integriert den Weltmarkt. Es handelt sich also darum immer weiträumigere Kreisläufe zu organisieren oder sich jedenfalls entwickeln zu lassen“ (Foucault 2004a:73).

Foucault zufolge besteht eine intrinsische Verbindung zwischen Sicherheit und liberalen Konzeptionen von Freiheit. Im *Laissez faire*- „Spiel“ des Liberalismus ist Freiheit das Korrelat der Einsetzung von Sicherheitsdispositiven; denn ein solches Sicherheitsdispositiv, so Foucault, könne nur unter eben der Bedingung funktionieren, dass man ihm Freiheit im modernen Sinn verleihe, die Möglichkeit von Bewegung, Umstellung, Zirkulationsvorgängen sowohl der Leute als auch der Dinge. (Vgl. Foucault 2004a: 78)

Diese Sicherheit, wie sie Foucault hier beschreibt, so Lentzos und Rose, sei nichts anderes als die spezifische Form der gouvernementalen Vernunft, die im 19. und 20. Jahrhundert das Gerüst des real existierenden Liberalismus, des sozialen Regierens bildet:

„Denn soziales Regieren ist im Wesentlichen das Regieren eines bestimmten Typs ‚sozialer‘ Unsicherheit – Unfälle, Krankheiten, Alter und Erwerbslosigkeit – im Namen einer ‚sozialen‘ Sicherheit und als Untermauerung eines bestimmten Typus von Freiheit, der in das Konzept sozialer Bürgerschaft eingeschrieben ist“ (Lentzos/Rose 2008: 80).

Die zentrifugale Offenheit gegenüber der Realität und die Möglichkeiten der Bewegung und Zirkulation von Personen und Dingen sehen die Autoren als Elemente der von Foucault beschriebenen Konstellation, die sich eindeutig in den gegenwärtigen Rationalitäten der Sicherheit finden lassen. Was die Freiheit und ihr Bezug zu Offenheit, Bewegung, Zirkulation betrifft, sind sie sich nicht sicher; sie scheine eine Leerstelle in aktuelle Konfigurationen zu sein, jedenfalls aber werfe sie Fragen auf: nach der Möglichkeit, Freiheit und Sicherheit kompatibel zu machen; nach der Art und Weise, wie Freiheit in einer offenen Gesellschaft zu sichern sei, ohne dass diese Sicherung wiederum die Freiheit in Frage stellt; nach dem Wie eines Gleichgewichts zwischen der liberalen Zuschreibung verantwortlicher Autonomie an jedes Individuum und der wechselseitigen Erhaltung der Bevölkerungssicherheit, von der die individuelle Autonomie letztlich abzuhängen scheint; nach den Aspekten der Freiheit des Einzelnen, die zu erhalten und jenen, die im Interesse der Sicherheit aller einzuschränken sind; nach der Bedeutung von Sicherheit heute. (Vgl. Lentzos/Rose 2008: 81)

In einem ersten Teil (Kapitel 2) will ich mich mit der Konzeptionalisierung von Sicherheit auseinandersetzen. Auf diskurstheoretischer Ebene soll Sicherheit als „diskursiv errichtete Problematisierung“ (Dillon 2004) verstanden werden, ein Ansatz, der meinen persönlichen Zugang zu politischen Konzepten widerspiegelt: Ihre realpolitische Wirkmächtigkeit soll nicht unterschätzt werden, daher ist es wesentlich zu analysieren und zu hinterfragen, wie eine Begrifflichkeit konstruiert wird, was sie impliziert und welchen Teil der Realität sie möglicherweise unsichtbar macht (siehe Kapitel 2.1). Die Theorie der *Securitisation* greift diesen Zugang auf (siehe Kapitel 2.2).

Denkt man Sicherheit mit Michel Foucault, so taucht eine „intrinsische Verbindung“ mit liberaler Freiheit auf, die nicht ohne Spannung auskommt. Obwohl in Foucaults Verständnis zeitgenössische Sicherheit Freiheit nötig hat, stehen sie auch in einem Gegensatz; dieser allerdings ist nicht einseitig zu Gunsten der Sicherheit zu lösen, Sicherheit meint nicht Disziplin, wie die Rede von Sicherheitsgesellschaft und *Big-Brother*-Staat suggerieren mag. Es handelt sich vielmehr um eine Situation, in der Autonomie möglich wird, indem Verantwortung delegiert wird. Die Transformation des Sozialstaats in Richtung neoliberaler Staatlichkeit kann anhand dieser Delegation nachvollzogen werden. Doch macht die Freiheit, die Verantwortung selbst zu tragen, die Individuen autonomer in einem Kontext, in dem die Ungleichheit zwar für alle gleich ist, nicht aber die daraus resultierenden (Über)Lebenschancen und Möglichkeiten der Emanzipation?

Andererseits baut der Liberalismus scheinbar auf einer „Kultur der Gefahr“ (siehe Kapitel

2.3), die nach staatlicher Sicherung der Sicherheit, nach souveräner Entscheidung im Angesicht der Gefahr und auch nach souveräner Unterscheidung zwischen Gefährdeten und Gefährlichen verlangt. Das Verhältnis von Liberalität und Sicherheit erzeugt paradoxe Konstellationen. Souveräne Macht taucht im Kontext liberaler Regierung auf. Vielfach analysiert reichen die Diagnosen verschiedener Autoren von der ursprünglichen Verbundenheit von Demokratie und Totalitarismus (Agamben 2002), über ein anachronistisches Auftauchen der Souveränität (Butler 2005) zur Analyse der Gewalt als Bestandteil des Interessens austauschs im Inneren des ökonomischen Spiels wie auch der Etablierung eines „Außen“ der Gouvernementalität (Meyer/Purtschert 2008:152) (siehe Kapitel 3).

Inwieweit ist der Begriff der „Biopolitik“ in dieser Diskussion hilfreich bzw. vonnöten (siehe Kapitel 2.4)? Biopolitisch kann die Entscheidung zur Sicherung der liberalen Freiheit global verstanden werden als Regulation von unkontrollierter Zirkulation, was die Zirkulation von Menschen auch durch die souveräne Unterscheidung zwischen europäischen Staatsbürgern mit ihren liberalen Rechten und dem bloßen (Über)leben von Flüchtlingspopulationen.

Biopolitik

„Offenbar meint jeder etwas anderes.“ (ebd.: 9), schreibt Thomas Lemke (2007a) über das Konzept der Biopolitik. Dem Wortsinn nach bezeichnet Biopolitik die Politik, die sich mit dem Leben (griech.: *bios*) befasst. Doch etabliert diese Definition keine klare Bedeutung des Begriffs, denn was für die einen eine Banalität – befasst sich Politik nicht immer mit dem Leben? –, ist für andere ein Ausschlusskriterium: Politik beginne erst dort, wo das biologische Leben ende. Biopolitik sei dann ein Oxymoron, Zusammenschluss zweier sich widersprechender Begriffe, „denn Politik im klassischen Sinn ist gemeinsames Handeln und Entscheiden, eben das, was über das ‚nur‘ Kreatürliche und Körperliche hinausgeht“ (ebd.). Die historischen Grenzziehungen sind gleichermaßen umstritten: Ist Biopolitik ein Ergebnis biotechnologischer Neuerungen der jüngeren Gegenwart, „Schwelle eines neuen Zeitalters“ oder ist sie zurück zu verfolgen bis in die Antike? (Vgl. Lemke 2007a: 9)

Als keinesfalls wertfrei beschreibt Lemke die Definition und Spezifizierung des Gegenstandsbereichs der Biopolitik. Anstatt an einer objektiven und universellen Forschungslogik ausgerichtet zu sein, ist diese immer schon Teil eines beweglichen und konflikthaften (theorie-)politischen Feldes. Welche Prozesse und Strukturen, welche Rationalitäten und Technologien, welche Epochen und Zeitabschnitte sind „biopolitisch“?

Antworten auf diese Fragen sollen als selektiv und partikular, als Resultat einer spezifischen Perspektive verstanden werden; jede Bestimmung von Biopolitik müsse in kritischer analytischer Auseinandersetzung mit Leer- und Schwachstellen konkurrierender Deutungen passieren (Lemke 2007a: 13).

Ausgangspunkt unterschiedlicher „biopolitischer“ Konzepte ist eine polare Konstellation, die Akzentuierung eines der beiden Bestandteile des Wortes „Bio-Politik“. Während naturalistische Konzepte auf die vermeintliche Naturbasis der Politik rekurrieren, ist für politizistische Ansätze „Biopolitik“ Handlungsfeld oder Teilgebiet der Politik. Organizistische Staatskonzepte Anfang des 20. Jahrhunderts, rassistische Argumentationsmuster des Nationalsozialismus und der Alten wie Neuen Rechten sowie biologistische Ansätze der zeitgenössischen Politikwissenschaft begreifen das Leben als Grundlage der Politik. Andererseits werden Lebensprozesse in zwei Varianten insbesondere seit den 1960er Jahren als Gegenstand der Politik verstanden: Ökologische „Biopolitik“ verfolgt konservative und defensive Ziele und will Politik auf die Sicherung und den Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen verpflichten; die dynamische Entfaltung und ökonomisch-produktivistische Erweiterung des „Lebens“ im Kontext medizinischer und technologischer Erkenntnisse und deren technologischer Umsetzung wird neues Politikfeld konzipiert.

Mit Lemke ist an beiden dieser Zugangsweisen kritisch anzumerken, dass wesentliche Dimensionen der Biopolitik außen vor bleiben: Bei allen Unterschieden beruhen sie gleichermaßen auf der gemeinsamen Grundlage einer stabilen Hierarchie und eines äußerlichen Verhältnisses von Leben und Politik. Jeweils ein Pol werde stabil gehalten, um von dorthin Variabilitäten im jeweils anderen zu erklären; eben dadurch entsteht ein blinder Fleck (Lemke 2007a: 13):

„Damit verfehlen sie (...) die in der Konjunktur des Begriffs der Biopolitik virulent werdende Instabilität der Grenze zwischen ‚Leben‘ und ‚Politik‘ und die Einsicht in die Relationalität und Historizität der scheinbar voneinander isolierten Pole“ (ebd.).

Der Begriff der Biopolitik signalisiere vielmehr eine Art doppelte Negation. Spätestens mit den biotechnologischen Innovationen wird deutlich, dass das Leben nicht als stabile ontologische und normative Referenz konzipiert werden kann, wie in naturalistischen Konzepten angenommen. Lebensprozesse sind dermaßen gestaltbar geworden, dass sich Natur nur noch als integraler Bestandteil von Gesellschaft denken lässt; der Begriff einer

unberührten Natur scheint (vergangene) Utopie zu sein. Gleichzeitig steht Biopolitik für eine Veränderung des Politischen. Das Leben „affiziert den Kern des Politischen“ (Lemke 2007a: 13), es ist nicht nur Gegenstand politischen Handelns. Biopolitik ist Verwaltung und Regulation von Lebensprozessen auf Ebene der Bevölkerung, nicht so sehr Ausdruck des Willens eines Souveräns. Ihr Fokus liegt nicht länger auf Rechtssubjekten, sondern auf Lebewesen - oder besser – auf Rechtssubjekten, die zugleich Lebewesen sind. Biopolitik lässt sich nicht auf Politik als bewusst geplanter Handlungen von Akteuren mit mehr oder weniger konkreten Zielen (bzw. Handlungsfolgen) beschränken, sondern schließt auch nicht intendierte Handlungsfolgen ein. Sie manifestiert sich in Wissensformen, Kommunikationsstrukturen und Subjektivierungsweisen. (Vgl. ebd.)

Biopolitik bei Michel Foucault

Michel Foucault entwickelte gegen die naturalistische und die politizistische Lesart einen relationalen und historischen Begriff der Biopolitik: „Leben [bezeichnet] weder die Grundlage noch den Gegenstand der Biopolitik, sondern deren Grenze – eine Grenze, die zugleich respektiert und überwunden werden soll, die gleichermaßen als natürlich und vorgegeben wie künstlich und revidierbar erscheint“ (Lemke 2007: 13).

„Biopolitik“ steht bei Foucault zunächst für eine Zäsur innerhalb der Ordnung des Politischen: Phänomene menschlichen Lebens werden Teil der Ordnung des Wissens und der Macht und des Feldes der politischen Techniken. Foucaults Begriff der Biopolitik setzt die Abstraktion des Lebens von dessen substanzhaften Trägern voraus (Lemke 2007:13). Biopolitik macht nicht singuläre menschliche Existenzen zum Thema, sondern deren biologische Eigenschaften, die auf Ebene von Bevölkerungen erhoben werden. Erst durch diese Abstraktionsleistung können Normen definiert, Standards festlegt und Durchschnittswerte ermittelt werden. „Leben“ werde so zu einer selbstständigen, objektivierbaren und messbaren Größe und zu einer kollektiven Realität, die von den konkreten Lebewesen und der Partikularität individueller Lebenserfahrungen abgelöst werden könne (Lemke 2007: 13f.). In unmittelbarem Zusammenhang mit der Biopolitik steht die Entwicklung eines spezifischen politischen Wissens und neuer Disziplinen wie Statistik, Demographie, Epidemiologie und Biologie. Dieses Wissen widmet sich der Analyse von Lebensprozessen auf dem Niveau von Bevölkerungen, um Individuen und Kollektive mittels korrigierender, normalisierender, disziplinierender, therapierender oder optimierender Maßnahmen zu „regieren“.

Foucault verweist darauf, dass die Natur im Rahmen einer Regierung von Lebewesen vom Regierungshandeln selbst abhängt. Sie ist kein autonomer Bereich, in den nicht eingegriffen werden kann. Sie sei kein materielles Substrat, auf das die Regierungspraktiken Anwendung finden, sondern ihr ständiges Korrelat (Lemke 2007a: 14).

Die politische Figur der Bevölkerung hat einen eigentümlichen Subjekt-Objekt-Status: Einerseits wird sie als kollektive Realität, die von politischen Interventionen grundsätzlich unabhängig ist und sich durch eine ihr eigene Dynamik und Selbststeuerungskompetenzen auszeichnet, konzipiert. Andererseits stellt diese Autonomie keine absolute Grenze politischer Interventionen dar, sondern sei im Gegenteil deren privilegierte Referenz. Die Entdeckung einer „Natur“ der Bevölkerung (etwa Geburten- und Sterblichkeitsraten, Krankheitsraten etc.) bedingt somit die Möglichkeit ihrer gezielten Steuerung. (Vgl. Lemke 2007: 14f.)

Lemke nennt als prominenteste Beiträge zur Aktualisierung des foucaultschen Begriffs der Biopolitik diejenigen von Giorgio Agamben (2002) und Michael Hardt/Antonio Negri (2002). Beide Theorien weisen Prozessen der Grenzziehung bzw. der Entgrenzung eine strategische Rolle zu. Nach Agamben bestimmt die prinzipielle Trennung zwischen „nacktem Leben“ – dem auf seine biologischen Funktionen reduzierten Dasein – und der rechtlichen Existenz die politische Geschichte des Abendlandes seit der Antike. Im Gegensatz zu Foucault fokussiert er im Wesentlichen darauf, dass die moderne Biopolitik auf dem soliden Fundament einer vormodernen Souveränitätsmacht beruhe.

Die Foucault'sche Konzeption bricht mit naturalistischen und politizistischen Interpretationslinien der Biopolitik. In Bezug auf erstere lehnt es Foucault explizit ab, politische Prozesse und Strukturen von biologischen Determinanten abzuleiten, Lebensprozesse also als Grundlage der Politik zu verstehen. Foucault analysiert jenen historischen Prozess, in dem „Leben“ als Einsatz politischer Strategien auftaucht. Anstatt von ursprünglichen und überzeitlichen Gesetzmäßigkeiten der Politik auszugehen, diagnostiziert Foucault eine historische Zäsur, eine Diskontinuität in der Praxis der Politik. Biopolitik steht in dieser Hinsicht für eine spezifisch moderne Form der Machtausübung.

Ebenso wenig stimmt Foucault mit Theorieangeboten überein, die Lebensprozesse als Gegenstand politischen Handelns konzipieren. Biopolitik impliziert Foucault zufolge keine Erweiterung traditioneller politischer Konzepte und Strukturmuster. Sie verändere deren Kern, indem sie Konzepte politischer Souveränität reformuliert und sie neuen Formen politischen Wissens unterordne (Lemke 2007a: 46f.). Politisches Handeln und seine Ziele werden nunmehr von den modernen Natur- und Humanwissenschaften und deren

Normalitätskonzepten strukturiert bzw. bestimmt. Weder ökologische Krise und verändertes Umweltbewusstsein noch Entstehung neuer Technologien ist in Foucaults Verständnis Biopolitik von maßgebender Bedeutung; vielmehr stehe sie für eine fundamentale Veränderung in der Ordnung des Politischen:

„Zum ersten Mal in der Geschichte reflektiert sich das Biologische im Politischen [...] Aber die ‚biologische Modernitätsschwelle‘ einer Gesellschaft liegt dort, wo es in ihren politischen Strategien um die Existenz der Gattung selber geht. Jahrtausende hindurch ist der Mensch das geblieben, was er für Aristoteles war: ein lebendiges Tier, das auch einer politischen Existenz fähig ist. Der moderne Mensch ist ein Tier, in dessen Politik sein Leben als Lebewesen auf dem Spiel steht“ (Foucault 1977: 170f.).

Foucault gebraucht den Begriff der Biopolitik nicht einheitlich, dieser verschiebt sich in seinen Texten permanent. Werkgeschichtlich sind mit Lemke (2007a) drei Bedeutungen festzumachen:

- Biopolitik bedeutet eine historische Zäsur im politischen Handeln und Denken, die eine Relativierung und Reformulierung souveräner Macht impliziert.
- Biopolitischen Mechanismen spielen Foucault zufolge eine zentrale Rolle bei der Entstehung des modernen Rassismus.
- Biopolitik steht für eine besondere Kunst des Regierens, die erst mit liberalen Führungstechniken auftaucht. (Vgl. ebd.: 47)

Unter dem Eindruck des Imperativs der Sicherheit, so meine These, können zwei Mechanismen insbesondere in den Politikfeldern der Migrations- und Entwicklungspolitik sichtbar gemacht werden - einerseits eine Relativierung und Reaktivierung souveräner Macht, andererseits das Wirken liberaler Führungstechniken. Beide Aspekte sind Begriffsdimensionen der Foucault'schen Biopolitik.

1.2 Zwischen souveränem staatlichen Ordnungswillen und Selbstverantwortung: Subjekte der Migration und Unterentwicklung.

Warum Migration?

„Bilder überladener Schiffe, skrupelloser Menschenhändler, anonymer Massen armer Flüchtlinge – Bilder die sich seit über einer Dekade ins kollektive Gedächtnis eingespeist haben, betrachtet mit Empathie oder Ablehnung. Selten jedoch verlassen Forscher, Journalisten oder Politiker die abgesteckten Pfade dieses Mythos und fragen, was eigentlich wirklich an der Grenze, in der Migration, aber auch in den angeblichen Zitadellen der Macht vor sich geht. (...) Sollte das doch passieren werden aus Menschenhändlern lokale Transportunternehmer, aus armen Flüchtlingen Menschen mit Plänen und Strategien und aus allmächtigen Behörden Institutionen der Improvisation, die dem Geschehen gleichsam hinterher rennen“ (Transit Migration Forschungsgruppe 2007: 3).

Sollte dieses Fragen stattfinden, können auch andere Zusammenhänge offenbar werden: Wie kommt es dazu, dass freie Zirkulation von Waren, Kapital, nicht aber die von Menschen proklamiert wird; dass letztere als Gefahr stilisiert werden; und in der Notfall- und Ausnahmesituation, die das Problem illegaler Migration für westliche Staatlichkeit und Gesellschaften permanent darstellt, mit Gewaltmaßnahmen re(a)giert wird, die nicht länger nach rechtsstaatlicher Legitimitätsprinzipien argumentiert werden, sondern den unabdinglichen Regeln effektiven Funktionierens folgen? Unterscheidung, Essentialisierung von Differenz ist der Mechanismus, der die Logik dieses diskursiven und realitätsmächtigen Systems ausmacht. Als *insured/non-insured* liest sich diese Unterscheidung bei Mark Duffield (2007), der diese global verortet, zwischen entwickelten Bevölkerungen, die ihren *way of life* verteidigen gegen die Instabilität, die von unkontrollierter globaler Zirkulation ausgeht. Während die erwünschte, regulierte Migration expandiert, versucht man Kriminalität, Drogen und nicht zuletzt illegale Migranten abzuwehren. Letztere sind Teil einer *surplus population*, deren ökonomische Relevanz längst nicht mehr existent ist, deren destabilisierendes Potential aber politisch bedeutsam ist - nicht zuletzt, weil der politische Imperativ der Gegenwart Sicherheit zu sein scheint. Daher werden Flüchtlinge reguliert, und die verwendeten Methoden machen Sinn in einem biopolitischen Sicherheitsdispositiv, das um *leben zu machen, sterben lassen* darf. Illegale Migranten als *bloßes Leben* (Agamben 2002), unterentwickelte Bevölkerungen, denen erlaubt wird zu sterben, während sie einer

Vorstellung von eigenverantwortlicher Resilienz folgen, während ein kleiner Teil der Weltbevölkerung über seine Mittel lebt. Doch

„zerstört die souveräne Gewalt – auch im Ausnahmezustand – niemals ‚bloßes Leben‘, - auch wenn dies zur Legitimation oder zur Akzeptanz der Tötung angeführt wird. Sie vernichtet soziale Einheiten, Wissen und Fähigkeiten, und sozial gewachsene Gefühle; sie zerstört Biografien und Lebensentwürfe von Individuen“ (Bogdal 2008: 24).

Autonomie?

Migration kann verstanden werden als Moment der Autonomie. Gemeint ist dabei nicht die Tatsache, dass es illegale Migration „immer schon“ gab, also ohne staatliche Regulation organisiert wurde; sondern in der Erzeugung eines spezifischen und damit in Bezug auf den Staat oder die „soziale Frage“ autonomen Konfliktfeldes: Dabei entgehen Migrationen nicht der Wirkungsmacht von Staat und/oder Ökonomie. Als von Machtverhältnissen losgelöstes, im klassisch-liberalen Verständnis souveränes und unabhängiges Handeln, würde Autonomie nicht existieren; denn keine soziale Praxis (und das gilt nicht nur für Migration) kann sich ihren Konstitutionsbedingungen vollständig entziehen (vgl. Karakayali 2008: 258). Die Metamorphosen der illegalen Migration – vom Scheintouristen zum Asylwerber zum *Sans Papiers* – sind Ausdruck einer transversalen Bewegung, die dabei insofern autonome Handlungsmacht haben, als sie das staatliche Migrationsregime verändern. „Illegalität“, betont Serhat Karakayali (2008), „ist damit weit davon entfernt, die Macht der Migration und die Ohnmacht der Staaten zu zeigen“ (ebd.: 256). Autonomie als Untersuchungsperspektive könne aber eine Alternative sein zu Beschwichtigungs- und Normalisierungsdiskursen, die das exzessive und damit politische Moment der Migration leugnen, einerseits und Anti-Immigrationsdiskursen, die Migration auf dieses exzessive Moment zu reduzieren trachten, andererseits (Karakayali 2008: 258). Insbesondere illegale MigrantInnen sind aber auch selbstverantwortliche Individuen *par excellence*, insofern sie zum autonomen Management ihrer (Über-)Lebensrisiken jenseits staatlicher Fürsorge gezwungen sind.

Warum Entwicklung?

Mark Duffield (2005a) zufolge stehen wir bereits nach dem Übergang vom globalen Versprechen auf Entwicklung zum *Containment* von Unterentwicklung durch die Sicherung der Grenzen. Er konstatiert das Auftauchen eines Dispositivs, das das

Entwicklungsversprechen aufgegeben hat und dem Primat der Sicherheit folgend das Überleben der Überschussbevölkerung auf niedrigem Niveau stabilisieren will.

„A small part of the world's populations lives beyond its means within the fragile equilibrium of mass society while the larger part is allowed to die chasing the mirage of self-reliance. Rather than addressing these divergent life-chances, the securitisation of development is further entrenching them.” (Duffield 2005a:1)

Es wird regiert durch „verantwortlich gemachte Wahlfreiheiten“ (*responsibilized choices*), also liberale Führungstechniken, die Lemke (2007a) als dritte Bedeutungsdimension der Biopolitik nennt. Sicherheit steht dann unter dem Zeichen individueller Risikoabschätzung und -bearbeitung, die eigene Vulnerabilität soll selbstverantwortlich in Resilienz umgewandelt werden.

Resilienz (*self-reliance*), im deutschen auch zu übersetzen mit „Belastbarkeit“, „Widerstandsfähigkeit“, meint die Fähigkeit, jedwede krisenrelevante Herausforderung bewältigen zu können. Bezeichnenderweise, so Lentzos und Rose (2008) sei Resilienz heute zu etwas geworden, das in Systeme und Organisationen, und vielleicht auch in Staaten und Personen eingearbeitet werden kann (und muss?) (vgl. ebd.: 98). Durch eine systematische, strukturelle und persönliche Stärkung subjektiver und materieller Gefüge sollen Störungen innerhalb komplexer Welten antizipiert und toleriert werden.

„Die Logik der Resilienz [zielt] im Gegensatz zum ‚Big-Brother-Staat‘ darauf ab, einen subjektiven und systematischen Zustand herzustellen, der alle und jeden befähigt auch in einer Welt voller Risiken frei und vertrauensvoll zu leben“ (Lentzos/Rose 2008: 99).

Individuen und Organisationen müssen ihre Leistungen permanent den aktuellen Bedingungen anpassen; weil aber Ressourcen wie Zeitvorräte endlich sind, sei es unvermeidlich, dass solche Anpassungsprozesse nur Annäherungen sein können. Resilienz als - salopp formuliert - gute Idee stößt spätestens da an ihre Grenzen, wo das abzuschätzende und im voraus einzuplanende Risiko das mögliche Nicht-Überleben ist, die Ressourcen zu reagieren nicht vorhanden sind und die Selbstverantwortung tödliche Konsequenz hat. Selbstverantwortung kann hier nicht länger Autonomie sein.

Während in der „entwickelten Welt“ Vorsorgestaat und Versicherungsgesellschaft (Ewald 1993) längst unter neoliberalem Vorzeichen am Zerbröckeln sind, ist nach Aufgabe des Entwicklungsversprechens auch das „unterentwickelte“ Subjekt selbstverantwortlich (gemacht) worden: „allowed to die chasing the mirage of self-reliance“ benennt Duffield

(2007) diese neue Freiheit und „global life chance divide“ (ebd.), die globale Situation, in der die Ressourcen diese Freiheit in Lebenschancen umzusetzen ungleich verteilt bleiben.

Doch die Autonomie des selbstverantwortlichen Umgangs mit Risiken stößt abermals auf Grenzen, sobald sie zur Quelle globaler Instabilitäten zu werden droht. Die Gewaltökonomien der *failed states* könnten durchaus als gewaltsames Risikomanagement und Sicherheitsstrategie verstanden werden, gutgeheißen werden sie nicht, der Autonomie durch Intervention ein Ende gesetzt.

Während dem „gefährlichen Individuum“, das die souveräne Macht identifiziert, jede Handlungsmacht abgesprochen werden muss, um für Sicherheit zu sorgen, soll stattdessen „das selbstverantwortliche Subjekt“ mittels liberaler Führungstechniken dazu gebracht werden, sich selbst zu sichern, solange es sich nicht gewaltsam daranmacht, seine (Über-) Lebenschancen zu erweitern.

2 TEIL 2 SICHERHEIT

2.1 Sicherheit als diskursiv errichtete Problematisierung

„The bottom line recourse to which cuts the crap of discourse and its equivocal relation to truth“ (ebd.: 84) – für traditionelle Analysten sei Sicherheit und Krieg der finale Ort des Realen, so Michael Dillon (2004). Eine Foucault'sche Analyse beschäftige sich hingegen nicht nur damit, wie wir dazu gekommen sind, Sicherheit als diesen Ort des Realen zu verstehen und zu praktizieren; sondern auch mit dem Kollateralschaden, dem Preis, der zu zahlen ist für die Wahrheit und Realität der Sicherheiten, die uns regieren. Foucault selbst habe zur Annahme tendiert, dass eines der Merkmale gegenwärtiger Sicherheitsdiskurse die (strittigen) Einsätze sind, die auf dem Spiel stehen. Realistische und neorealistische Analysten thematisieren diese Einsätze in Formen, die gemacht sind, um die Problematisierung von Sicherheit auszulassen; Foucault hingegen ruft sie an, als machtvollen Ansporn dazu, eine kritische Analyse moderner Macht zu betreiben. Man muss, kurz gesagt, so Dillon, voraussetzen, dass Sicherheit eine diskursiv errichtete Problematisierung ist. (Vgl. Dillon 2004: 84)

Den Begriff der „Problematisierung“ führt Michel Foucault in seine letzten Arbeiten ein, um eine stärkere Abgrenzung seiner methodischen Vorgehensweise eines „historischen Nominalismus“ von realistischen Konzeptionen zu forcieren:

„Wenn ich sage, dass ich die ‚Problematisierung‘ von Wahnsinn, Verbrechen oder Sexualität studiere, dann bedeutet das nicht, die Realität dieser Phänomene zu leugnen. Ich habe im Gegenteil zu zeigen versucht, dass es tatsächlich etwas Reales in der Welt gab, welches das Ziel einer sozialen Regulation zu einem bestimmten Moment war [...] ich denke, dass es eine Beziehung gibt zwischen dem Ding, das problematisiert wird, und dem Prozeß der Problematisierung. Die Problematisierung ist eine Antwort auf eine konkrete Situation, die real ist“ (Foucault, zit. nach Lemke 2007b: 38f.).

Problematisierung, das bedeutet bestimmte historische Wahrheiten zu konstatieren und diese zum Ausgangspunkt einer Analyse zu nehmen, die einen praktischen Zweck verfolgt: die Problematisierung der Art und Weise, wie wir über bestimmte Gegenstände urteilen und denken, um sie ihrer „Selbstverständlichkeit“ oder „Natürlichkeit“ zu entreißen und neue Erfahrung zu ermöglichen; Wenn es richtig ist, dass Gegenstände zugleich „real“ und historisch kontingent sind, ist zu fragen, was sie als Objekte „objektiviert“ hat: Scheinbar

paradox stelle sich die Machtfrage also nicht aufgrund einer notwendigen Determination, sondern umgekehrt wegen einer nicht-notwendigen Beziehung (Lemke 1997: 339f.).

„Zweifellos muss man Nominalist sein: Die Macht ist nicht eine Institution, ist nicht eine Struktur, ist nicht eine Mächtigkeit einiger Mächtiger. Die Macht ist der Name, den man einer komplexen strategischen Situation in einer Gesellschaft gibt“ (Foucault 1983: 126).

Während Foucault in frühen Arbeiten Herrschaft (zumindest implizit) als eine Tatsache vorausgesetzt hätte, sei er an diesem Punkt bei den Unklarheiten seines eigenen Diskurses angelangt. Die nominalistische Konzeptionalisierung will die Alternative Faktum oder Fiktion vermeiden, und Herrschaft als „ein wechselseitiges Produktionsverhältnis“ verstehen. (Vgl. Lemke 1997: 340)

Die Problematisierung fokussiert auf die Analyse der Beziehungen zwischen Denk- und Handlungsformen. Die historische Arbeit macht die Willkürlichkeit und Kontingenz dieser Beziehungen sichtbar. Es entstehen Freiheitsspielräume und Widerstandspotentiale, andere Praktiken werden denkbar. Wenn Denken, erklärt Thomas Lemke, auf der einen Seite unlösbar an eine historische Konfiguration von diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken gekoppelt sei, so sei es andererseits das Mittel, von sozialen HandlungsROUTINEN zurückzutreten, um sie in einer Distanzierungsbewegung zu problematisieren. Darum werden die „anderen“ Praktiken nicht entgegen, sondern gerade aufgrund des engen Zusammenhangs von diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken mit den Formen der Problematisierung denkbar (Lemke 1997: 341).

„Problematisierung bedeutet nicht die Repräsentation eines präexistenten Objekts und auch nicht die diskursive Erschaffung eines nicht-existierenden Objekts. Es ist das Ensemble diskursiver und nichtdiskursiver Praktiken, das etwas ins Spiel des Wahren und Falschen eintreten lässt und es als Gegenstand für das Denken konstituiert (sei es in Form moralischer Reflexion, wissenschaftlicher Erkenntnis, politischer Analyse etc.)“ (Foucault 1984, zit. nach Lemke 1997: 341).

Foucault geht es um den Nachvollzug von Strategien des Plausibel-Machens bestimmter Regierungserfordernisse bzw. darauf ausgerichteter Technologien. Sein Ansatzpunkt seien diskursive Prozesse der *Veridiktion*, also der Wahrheitspolitiken, die sich hinter historisch-institutionellen Prozessen verbergen, verborgen werden. „Es ist nicht die Geschichte des Wahren und nicht die Geschichte des Falschen, sondern die Geschichte der Veridiktion, die politische Bedeutung hat“ (Foucault 2004b: 162). Am Beispiel des Neoliberalismus zeigt Foucault, wie diese Wahrheitspolitiken funktionieren, wie es um das scheinbar paradoxe

Gegenüber von präexistenter Realität und ihrer diskursiven Erschaffung bestellt ist: Anstatt von einer polit-ökonomischen Realität oder einer ideologischen Rhetorik auszugehen, nimmt man ein politisches Projekt sozialer Transformation auf unterschiedlichen Feldern wahr, das darauf ziele, eine soziale Realität herzustellen, die es gleichzeitig als bereits existierend voraussetzt. (Vgl. Pühl 2008: 106)

Katharina Pühl vertritt daher vor diesem Foucault'schen Hintergrund die These, es mache keinen Sinn, *ein* Sicherheitsverständnis hinter den multiplen Formen der Thematisierung und Problematisierung von Sicherheit finden zu wollen. Unterschiedliche Legitimationsnotwendigkeiten und unterschiedliche diskursive Oberflächen sind die Orte, an denen Sicherheit auftaucht und verhandelt wird; deren Sinnzusammenhang aber sei nicht intentional, sondern ließe sich effektiv erst diskursiv herstellen bzw. performativ verketteten. Zeitgleich wird in unterschiedlichen Zusammenhängen Ähnliches diskutiert, im Sinne einer „paradoxalen Konvergenz“. Wohin das führen soll, kann oder wird, bleibt einstweilen noch offen; um die Möglichkeit einer politischen Alternative – hier zu den neoliberalen Sachzwang-Argumenten – ebenso offen zu halten, liege es nahe, den Blick auf die unterschiedlichen umkämpften Momente gesellschaftlicher Selbstverständigung bezüglich Sicherheit zu richten (Pühl 2008: 106f.).

„Security is a regime of truth expressed as a discourse of danger through which government takes place in the name of fears that are nonetheless functional to the reproduction of the political order“ (Dillon 2004: 88).

Demgemäß soll (mit Foucault und Dillon) gefragt werden: Wie wird der aktuelle Sicherheitsdiskurs als Wahrheitsregime plausibel gemacht?

2.2 Soziale und politische Konstruktion der Unsicherheit? Securitization

“Security is not a unified practice, is not about survival, is not a common good, is not a specific right, is not the first form of freedom” (Bigo 2008: 4).

Die multiplen Formen der Thematisierung und Problematisierung von Sicherheit, die Pühl angesprochen hat, greifen auch das Konzept der *Securitisation* auf. Sicherheit ist zu einem Schlüsselbegriff geworden. Der Bezug auf und der Ruf nach „Sicherheit“ stelle die amorphen Legitimationsgrundlagen her für die Zergliederung und Demontage von Grundrechten, für erhöhte Eingriffe in die Privat- und Intimsphäre durch Überwachungs- und Kontrolltechniken sowie für einen tiefgreifenden Sozialabbau (Purtschert et al. 2008: 7). Die Diagnose eines

schmutzigen Kriegen auf globalem Level, einer neuen Ära, geprägt von einer außerordentlichen Praxis der Gewalt, die keine vernünftigen Ansprüche habe, mit denen in einem “normalen Rahmen” umgegangen werden könnte, fungiert als ein Erklärungsansatz illiberaler Praktiken liberaler Regime. Der gegenwärtigen Situation könne nur mittels radikaler Notfallmaßnahmen und einer Neudefinition der Beziehung zur Freiheit der Bevölkerung innerhalb des nationalen Territoriums wie außerhalb begegnet werden. Veränderung sei daher unumgänglich, einschließlich einer Veränderung der Balance von Gefahr, Freiheit und Sicherheit. (Vgl. Purtschert et al. 2008: 7f.)

Dieser Argumentation, die staatliche Interventionen mit dem Argument der veränderten Situation absichert und legitimiert, widersprechen Kritiker. Sie sehen mit 9/11 samt seiner Konsequenzen das wahre Gesicht liberaler Demokratie und der Moderne enthüllt. 9/11 sei Zeuge der langsamen Transformation der repräsentativen Demokratie und ihrer Erosion zugunsten einer *gouvernementalen* Politik ohne *checks and balances*. Es passiere die Etablierung eines permanenten Ausnahmezustandes, einer andauernden Notfallsituation, die die Einführung harter Maßnahmen rechtfertige, in vielen Bereichen, über das Management politischer Gewalt hinaus und insbesondere in Beziehung zu Asylsuchenden und Migranten. Auch die kritischen Stimmen, darunter prominent Giorgio Agamben, akzeptieren die behauptete Neuheit der Situation. Sie stellen aber die Antwort darauf, die Legitimität des *war on terror*, in Frage und fordern Reflexion und neue Antworten. Denn gesicherte Freiheit sei keine Freiheit, liest sich diese Kritik bei Agamben. (Vgl. Purtschert et al. 2008: 8)

Beide Ansätze – diejenigen, die radikale Notfallmaßnahmen rechtfertigen, wie auch die kritischeren Stimmen –, so Didier Bigo (2008), würden eine Ästhetisierung des Politischen auf ein einziges Prinzip hin betreiben: der Identifizierung eines Feindes nämlich, und der öffentlichen Erklärung, wer dieser Feind sei. Der Fokus würde zu sehr auf dem Spektakulären liegen; die Routine und die Alltagspraktiken der späten Moderne würden hingegen nicht zur Kenntnis genommen, insbesondere Heterogenität und die multiplen Fluchtlinien vor diesen Praktiken. Bigo besteht auf einer anderen Art und Weise, den Prozess der *(In)Securitization* zu konzeptionalisieren. Nicht um Freiheit von Angst und Terror solle es gehen, sondern um Unsicherheit als Risiko und *unease*. Im Zentrum stehen solle die soziale und politische Konstruktion von Unsicherheit. (Vgl. Bigo 2008: 3f.)

Positive wie negative Konnotation einer *Securitization* sei abzulehnen, auch wenn institutionelle Narrative dazu tendieren, auf ersterer zu beharren, und “kritische” Narrative auf zweiterer. Der *(In)Securitization*-Prozess sei vielmehr eine soziale und politische

Konstruktion verbunden mit einem Sprechakt. Die Sprechakte seien Ergebnis struktureller Konkurrenz zwischen Akteuren mit unterschiedlichen Formen von Kapital und Legitimität über sich widersprechende Definitionen von Sicherheit und unterschiedlichen Interessen, “dependent on the capacities of field actors to patrol the boundaries of the field, to open or to restrict the definition of what security is, to block or to limit the alternatives” (Bigo 2008: 5).

Das Konzept der „Securitization“ führten Barry Buzan, Ole Waever und Jaap de Wilde mit ihrer Monographie *Security. A New Framework for Analysis* (1998) im Kontext der Diskussion um die *European Security Studies* in den 1990ern ein. Was heute unter dem Label “Copenhagen School” firmiert, war Reaktion auf die Debatte um einen erweiterten Sicherheitsbegriff, der von internationaler Kriminalität bis zur Bedrohung internationaler Finanzströme reicht. Den Autoren zufolge gelte es aber, der militärischen und staatszentrierten Bestimmung der Sicherheit durch neorealistische Analysen einen anderen Fokus entgegenzusetzen: Der Blick ihres “nominalistischen” Ansatzes richtet sich auf gesellschaftlich verstreut auftretende Akte der *Securitization*. (Vgl. Opitz 2008: 214)

Sven Opitz (2008) beschreibt das Konzept der *Securitization* als Abschied von der Feststellung, was Sicherheit “ist”, welches Problem “wirklich” auf die Sicherheitsagenda gehört. Sicherheit ist nicht länger kontextunabhängige, objektive Gegebenheit. Die Verwendung von Sicherheit als diskursive Figur macht Probleme erst zu Sicherheitsproblemen und dadurch einer spezifischen Behandlung zugänglich. (Vgl. ebd.: 215)

Im Fokus stehen diskursive Operationen der *Securitization* in ihrer jeweiligen Kontingenz.

Sicherheitslagen können demnach nicht substantiell bestimmt werden, sie ergeben sich erst aus der diskursiven Behandlung eines bestimmten Themas im „Sicherheitsmodus“; eine nähere Charakterisierung der *Securitization* ist dennoch wesentlich. Sie geht von einer Situation aus, in der einerseits, was als Sicherheitsproblematik auftaucht, nur in der Verhandlung über Sicherheit als diskursive Figur auftaucht; andererseits reicht die Nennung des Sicherheitsbegriffs nicht aus, um einen diskursiven Prozess zur *Securitization* zu machen. Sicherheit weist im Modus der *Securitization* eine spezifische rhetorische Struktur auf, die etwas als *existentielle Bedrohung* figuriert, auf ein *zu schützendes Referenzobjekt in seinem Überleben* bezieht, so dass das *Ergreifen außerordentlicher Maßnahmen* gerechtfertigt erscheint. (Vgl. Opitz 2008: 214f.)

Securitization ist, so Opitz, ein bestimmtes Moment der Problematisierung von Sicherheit: Sicherheit konstruiert als

„gouvernementale Problematisierungsweise ein Problem im Zuge der Figurierung eines Interventionsgebiets, auf eine Weise, die bereits bestimmte Lösungen des Problems nahelegt. Sie ist ein Dispositiv verwoben und materialisiert sich in spezifischen Technologien“ (Opitz 2008: 213).

Vom fixierten normativen Wert von Sicherheit solle unabhängig von den Akteuren, die den Anspruch erheben, sowie des Kontexts (Referenzobjekt, historischer Bezug, Verbindung zu gewaltsamen Praktiken und Zwang im Namen des Schutzes/der Sicherung) abgesehen werden (Bigo/Tsoukala 2008: 4). Denn in performativen Akten der *Securitization*, die wie jeder andere Sprechakt gelingen oder misslingen könnten, werde die Sicherheitsrelevanz eines Themas erst konstruiert. Ein Potential des Ansatzes besteht darin, dass er “den Blick auf eine gegenwärtig flottierende rhetorische Struktur [lenkt], welche potentiell gewaltsame Ausnahmen erwirkt” (Opitz 2008: 216). Das Konzept der *Securitization* macht den rhetorischen Aufwand sichtbar, der offenbar nötig sei, um dem liberalen Regierungskalkül die unverhohlene Chance der Illiberalität zu eröffnen (ebd.).

2.3 „*Kein Liberalismus ohne eine Kultur der Gefahr.*“

„The tragic irony of modern politics is not only often compelled to take away human freedom in effort to secure it. In the process we are also led to the brink of destruction. This tragedy is, nonetheless, a classic one” (Dillon 1996: 11).

Die Problematisierung von Sicherheit sei ein Vektor im Inneren des Liberalismus, der die Prinzipien der Liberalität potentiell überschreitet (Opitz 2008: 217). Liberalismus taue insofern zur paradigmatischen Gouvernamentalität der Moderne als er die Freiheit ins Spiel der Macht einschreibt. Das Kalkül der Sicherheit organisiert auf diesem neuen epistemischen Terrain eine spezifische Topographie des Politischen und eine neue Form der Machtausübung. Die Problematisierung der Sicherheit jener selbstregulativen Zusammenhänge rechtfertigt nämlich ein Eingreifen, das ein Nicht-Eingreifen ermöglicht. Diese Paradoxie bildet die „generative Unruhe im abstrakten Gefüge der Regierungsmacht“ (Opitz 2008: 211).

Gouvernamentalität steht für ein verallgemeinertes liberales Prinzip, für eine Kunst der Menschenführung, der es effektiver erscheint, Menschen über ihre Freiheit und Formen der Einbindung in Technologien der Macht zu regieren als mittels Gewalt, Zwang und Repression

zu operieren (vgl. Krasmann 2006: 239). Liberalismus schränkt das Ausmaß politischer Intervention ein, ist andererseits aber auch abhängig von Interventionen, die effektiv als Bedingung von Ordnung und liberaler Regierung wirken. Aus dieser Perspektive ist Liberalismus nicht eine historische Periode, Produkt spezifischer Gruppen oder eine substantielle Doktrin. Mark Duffield (2004) beschreibt Liberalismus als „an ethos of government, that attempts to govern life through freedom“ (ebd.: 6). Historisch ist der Liberalismus in Foucault'scher Perspektive somit nicht nur als eine politische Theorie zu begreifen, die Freiheit als ein Bürgerrecht garantiert und verteidigt wissen will. Liberalismus meint nicht so sehr einen Imperativ der Freiheit; es geht um die Einrichtung und Organisation der Bedingungen, unter denen man frei sein kann. Freiheit ist dann keine natürliche Ressource, das Thema nicht die Erweiterung der Rechte von Individuen und damit ein Mehr an Freiheit. Die Freiheit ist ein gesellschaftliches Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten. Sie ist Produkt der Regierungspraxis, eine „künstliche“ Freiheit, die erst produziert wird. (Vgl. Lemke 2004: 89f.)

Aus der Freiheit als abstraktem Ziel des Regierens wurde eine praktische Ressource – Foucault geht es darum zu untersuchen, wie diese Umdeutung passierte. Der Schlüssel zur Kunst effektiven Regierens liegt nun nicht (mehr) in den Freiheitsrechten (bzw. deren souveräner Begrenzung), sondern in der Freiheit, die wie eine Ressource nutzbar zu machen ist. Das Prinzip der Regierung verschiebt sich damit von der Orientierung an äußerer Begrenzung über das Recht hin zu interner Regulation über die politische Ökonomie.

„Die liberale Freiheit ist nicht das (negative) Recht der Individuen, sich der Macht entgegenzustellen, sondern sie bildet ein unverzichtbares Instrument der Regierungskunst und den positiven Effekt des Regierungshandelns“ (Lemke 2004: 90).

Freiheit und Unordnung

Der Liberalismus setzt die Freiheit gleichsam künstlich voraus und ermuntert zu ihrem Gebrauch, den es freilich zugleich zu steuern und zu begrenzen gilt. Denn gleichzeitig ist er sich der Unordnung bewusst, in der ein Übermaß an Freiheit resultieren kann. Der Liberalismus begründet Freiheiten und gefährdet sie im Prozess ihrer Produktion selbst. Das zentrale „freie Spiel der Kräfte“ bedroht die Freiheiten permanent. Immer neue „schützende“ und „stabilisierende“ Interventionen werden erforderlich. Wie hoch sind die Produktionskosten der Freiheit? „Dispositive der Sicherheit“ sind die Kehrseite und die Existenzbedingung liberaler Freiheit (vgl. Lemke 2004: 91). Der Liberalismus produziert

nicht nur Freiheiten, die permanent – durch ihre eigenen Produktionsbedingungen – bedroht sind und eben deshalb die Etablierung von Sicherheitsmechanismen notwendig machen; vielmehr ist die Gefahr bzw. die permanente Bedrohung durch „Unsicherheit“ existenzielle Voraussetzung und elementarer Bestandteil liberaler Freiheit. Daher kultiviert der Liberalismus die Gefahr, er unterwirft sie einem „ökonomischen Kalkül“, wägt ihren Nutzen gegen ihre Kosten ab. Die liberale Regierungskunst bedarf der Sicherheit ebenso, wie sie diese niemals fixieren darf; vielmehr sind das Streben nach Sicherheit und ihre Bedrohung komplementäre Aspekte der liberalen Gouvernamentalität:

„[Ü]berall sehen Sie diese Anreizung der Angst vor der Gefahr, die in gewisser Weise die Bedingung, die psychologische Entsprechung und die innere Kultur des Liberalismus ist. Kein Liberalismus ohne eine Kultur der Gefahr“ (Foucault 2003c: 209, Übersetzung T.L., zit. nach Lemke 2004: 91).

Jeder Sicherheitsdiskurs wird reproduziert und verfeinert, häufig in dem er die Gefahr gegen die er mobilisiert wird, vergrößert und ausdehnt. Auch jene Regime globaler liberaler *Governance*, die versuchen das Leben von Bevölkerungen durch biopolitische Mechanismen zu sichern, dehnen die Bedrohungen aus. Sicherheit ist ein Wahrheitsregime, ausgedrückt als ein Diskurs der Gefahr durch den Regierung im Namen von Ängsten stattfindet, die nichtsdestotrotz funktional für die Reproduktion der politischen Ordnung sind. In seiner Spezifität, detailliert dieser Diskurs Bedrohungen als Gefahren, die wiederum eng verknüpft sind mit der Art und Weise, in der Wahrheit, Macht und Wissen formuliert wurden und mit den differenzierenden Praktiken, aus denen soziale Machtbeziehungen bestehen. (Vgl. Dillon 2004: 88)

Freiheit bedarf nicht nur der Sicherheit, der Absicherung eines Freiheitsraums; Unsicherheit, die Bedrohung der Freiheit, bildet vielmehr den Horizont ihrer Begrenzung. Der Verweis auf die Freiheit der Bürger, die bedroht ist, begründet den Einsatz von Sicherheitsmechanismen. Freiheit und Unsicherheit sind gleichermaßen Schlüssel effektiven Regierens. Gewalt und Zwang sind mit der Gouvernamentalität folglich nicht verschwunden, sondern den Formen der Machtausübung inhärent oder systemisch mit ihnen verknüpft (Foucault). Bio-Macht bildet hier ein wichtiges Scharnier. Im Namen der Bevölkerungspolitik erscheint das Recht, Leben zu vernichten und Menschen zu töten, wie eine Notwendigkeit, um den Wohlstand oder das Überleben der Bevölkerung zu sichern. (Vgl. Krasmann 2006: 23)

Der Angststaat als die andere Seite des Rechtsstaats

Der „Angststaat“ sei die andere Seite des „Rechtsstaats“, diagnostizierte Foucault Ende der 1970er auf der Höhe der linksextremistischen Gewalt in Europa, auf die mit relativer Abwertung rechtsstaatlicher Regulationsformen und den schleichenden Aufbau eines autoritären Sicherheitsregimes, das gegen und außerhalb von Rechtsvorschriften operierte, reagiert wurde. „Von nun an steht die Sicherheit über dem Gesetz“ (Foucault 2003b). Lemke ist zuzustimmen: Foucaults Gesellschaftsdiagnose hat, obwohl inzwischen mehr als ein Vierteljahrhundert alt, eher an Brisanz gewonnen als verloren. (Vgl. Lemke 2004: 94f.)

„Der Bezug auf und der Ruf nach ‚Sicherheit‘ stellt die amorphen Legitimationsgrundlagen her für die Zergliederung und Demontage von Grundrechten, für erhöhte Eingriffe in die privat- und Intimsphäre durch Überwachungs- und Kontrolltechniken sowie für einen tiefgreifenden Sozialabbau“ (Purtschert et al. 2008: 7).

Es passiert gewissermaßen eine Umkehr des traditionellen Verhältnisses von Staat und Bürger: Grundrechte sind nicht länger Abwehrrechte gegen den Staat, sondern erlauben diesem durch den Rekurs auf Sicherheit als „Supergrundrecht“ (Gössner 2000) in Bereiche einzudringen, die bisher „Privatsache“ waren. Gleichzeitig passiert eine neue Verbindung zwischen Klassen- und Risikogesellschaft, in der Sicherheit ihren Preis hat. Dem politischen Risikomanagement entspricht eine ökonomisierte Sicherheitspolitik, in der die Sicherheitsgarantie nicht mehr für alle gleichermaßen gilt. (Vgl. Lemke 2004: 97)

Jenseits der Stacheldrahtzäune der *gated communities* bleiben jene, die nicht in der Lage sind, den Preis für Sicherheit zu bezahlen und ihre Lebensrisiken daher selbst abschätzen und damit im Rahmen ihrer Möglichkeiten umgehen müssen. Es ist dort aber auch der Ort derer, die selbst als die Gefahr konstruiert werden.

„The knowledge of who needs to survive, be protected and from what, also supposes knowing who is sacrificed in this operation. (...) Security is also, and mainly, about sacrifice“ (Bigo/Tsoukala 2008: 2).

2.4 Biopolitische Sicherheit: Leben machen und sterben lassen

Etwas sehr Wichtiges geschehe mit der Problematisierung von Sicherheit und Krieg, sobald das Referenzobjekt der Biomacht – das Leben der Gattung (*species life*) – zum Material dafür

werde, die Machtstrategien zu bestimmen. Da der Liberalismus in seinen gouvernementalen und biopolitischen Formen ein Regime ist, das auf der Verwaltung, Sicherung, Entwicklung, Bewirtschaftung des Lebens der Gattung gründet, ist er ernstlich verwickelt in diese Re-Problematisierung von Sicherheit und Krieg. Globale Gouvernementalität ist ein außergewöhnlicher Komplex von Machtbeziehungen, in die Imperative zu bestrafen und zu töten in die politischen Rationalitäten, Technologien und Subjektivitäten der Gouvernementalität eingeschrieben sind. (Vgl. Dillon: 2004: 78)

Michael Dillon (2004) zufolge wird Sicherheit in Foucault'scher Perspektive viel mehr als eine Problematisierung; untersucht werden muss das Wahrheitsregime und die „Moralökonomie“ der Sicherheit. Die Art, in der die diskursiven Formationen der Biomacht ihre Subjekte dazu einladen, sich gemäß ihres Wohlergehens selbst zu regulieren, ist Teil dieser Moralökonomie. Seit dem Verschwinden der Geopolitik des Kalten Kriegs wurde die Sicherheitspolitik globaler Governance zunehmend abhängig von Risiko, Versicherung, Überwachung und Kriminalisierung, um das rationale Verhalten sicherheitsbewusster Subjektivitäten zu formen. Zusätzlich müssten Sicherheitsdiskurse danach fragen, wie man strafen soll und wem es erlaubt ist zu töten (Dillon 2004: 80).

Das „Bio“ der Biomacht - wie menschliches „Material“ gedeutet werden muss damit verschiedene Idiome der Macht darauf anschlagen – verändert sich gemäß verschiedener rassischer und kultureller, ebenso wie digitaler und molekularer Kontexte, in denen es thematisiert wird. Vor allem werde klar, dass es keine Macht über Leben gibt, die nicht gleichzeitig dieses Leben tödlicher Gefahr und Tod aussetzt:

„Above all, it becomes clear, there is no power over life that does not simultaneously expose that life to mortal danger or death. Life exposed to death, one might say, is the human condition. But that truism is not the issue. Different regimes of order expose life to death in ways peculiar to the operation of those regimes“ (Dillon 2004: 78).

Unterschiedliche Ordnungsregime setzen Leben dem Tod in Art und Weisen aus, die typisch für das Operieren dieser Regime sind. Wenn Macht „idiomatisch“ sei, so seien es auch ihre Grausamkeiten: „If power is idiomatic so too are its cruelties“ (Dillon 2004: 78). Das Leben tödlichen Gefahren auszusetzen wird zum entscheidenden Element verschiedener Diskurse über Gefahr und Problematisierungen von Sicherheit. Verschiedene Problematisierungen von Sicherheit und Krieg hängen davon ab, was über das Leben gewusst wird und wie es klassifiziert wird, und auch davon, welche Macht-Wissenstechniken und politischen Rationalitäten eingesetzt werden. (Vgl. Dillon 2004: 78)

Adressat der Biopolitik der Bevölkerung ist nicht der individuelle Körper, sondern die Gesamtheit der Lebensäußerungen einer Bevölkerung; die der Bevölkerung eigenen Massenphänomene sind ihr Gegenstand, die Bedingungen ihrer Variation, die Kontrolle von Wahrscheinlichkeiten und die Modifikation ihrer Effekte, denn aus dem Zusammenleben einer Bevölkerung als biologischer Gesamtheit resultieren Gefahren, die es abzuwenden oder auszugleichen gelte. Nicht Dressur und Überwachung sind die Mittel, die Biopolitik zur Anwendung bringt – aus der unterschiedlichen Zieldefinition folgt ein differenter Mitteleinsatz: Im Gegensatz zur Disziplinartechnologie fungieren Regulierung und Kontrolle als hauptsächliche Instrumente einer Sicherheitstechnologie, „die nach so etwas wie Homöostase strebt, der Sicherheit des Ganzen hinsichtlich der ihm inhärenten Gefahren, und zwar nicht durch individuelle Dressuren, sondern durch ein globales Gleichgewicht“ (Foucault 1991, zit. nach Lemke 1997: 36). (Vgl. Lemke 1997: 136)

„Wie kann eine solche Macht töten, wenn es sich in Wirklichkeit darum handelt, das Leben zu verbessern (seine Dauer zu verlängern, seine Chancen zu vervielfachen, die Unfälle von ihm fernzuhalten oder darum, seine Mängel zu kompensieren)?“ (Foucault 2004b: 60).

Auf die Frage nach der Auflösung dieser Paradoxie antwortet das Vornehmen von Einschnitten innerhalb des Sozialen als biologischem Kontinuum, innerhalb der Bevölkerung, oder der menschlichen Spezies insgesamt. Die Fragmentierung des biologischen Feldes macht die Qualifizierung von gut und schlecht, die Hierarchisierung von höher und niedriger, die Unterscheidung von aufstrebend und absinkend, das Ziehen der Trennungslinie erst möglich. Zugleich wird durch diese Aufspaltung der allgemeine Operationsbereich einer „Bio-Politik“ definiert und die Modi der konkreten Eingriffe strukturiert. Dieser moderne Rassismus sichert die Funktion des Tötens unter den Bedingungen der Bio-Macht. (Vgl. Lemke 1997: 232)

Pointiert ausgedrückt, ist das Nebeneinander von Todesmacht und Lebensmacht, die Gleichzeitigkeit von Massenvernichtung und Sozialversicherung und die Begründung moderner Kriege aus dem Prinzip des (Über-)Lebens der Völker das umfassendere Problem. Die Etablierung einer Trennlinie „zwischen dem, was leben muss und dem, was sterben muss“ ist ein Teil eben dieses Problems, für Foucault eine der „zentralen Antinomien unserer politischen Vernunft“ (Foucault 1988: 170f.).

„Kriege werden nicht mehr im Namen eines Souveräns geführt, der zu verteidigen ist, sondern im Namen der Existenz aller. Man stellt ganze Völker auf, damit sie sich im Namen der Notwendigkeit ihres Lebens gegenseitig umbringen. Die Massaker sind vital geworden“ (Foucault 1977:163).

Anwenden ließe sich das selbst auf Regime, die „im guten Glauben“ der Förderung des Lebens der Gattung verpflichtet sind. Es sei auch kein Paradox, so Dillon (2004), sondern ein Effekt der Logik dieser Regime, eine Funktion ihrer biopolitischen generativen Formationsprinzipien; weshalb der biopolitischen Regierung eine Logik eingeschrieben ist, die zu einer „Hyperbolisierung“ der gouvernementalen Sorge um Sicherheit tendiert: „That said, a further, more threatening logic is deeply installed in the biopolitics of governance.: one that leads to a hyperbolicisation with security“ (Dillon 2004: 78).

Es bleibt nicht bei der Fragmentierung durch die Einschnitte innerhalb des biologischen Kontinuums, vielmehr wird ein neues Artikulationsprinzip zwischen den beiden Seiten etabliert: Anstatt des Entweder-Oders, der negativen Beziehung zwischen dem Leben der einen und dem Tod der anderen, wird eine positive, produktive Beziehung zwischen einem Mehr und einem Weniger hergestellt. „Je mehr du tötest, je mehr du sterben machst, umso mehr wirst du deshalb leben.“ Lemke (1997) weist darauf hin, dass Foucault „Tod“ in einem weiten Sinn versteht; er geht über die physische Vernichtung hinaus und umfasse ebenso alle sozialen und politischen Formen eines „indirekten Todes“, wie jemanden der Gefahr des Todes auszusetzen, das Todesrisiko für bestimmte Menschen zu vervielfachen oder einfach den politischen Tod, die Vertreibung, Zurückweisung (vgl. ebd.: 233).

Zwischen dem Leben der einen und dem Tod der anderen entsteht eine Beziehung, die anstatt militärisch-politisch eine biologisch-medizinische ist. Die Feinde, die es zu eliminieren gelte, seien dann nicht länger Gegner im politischen Sinn des Begriffs, sondern externe oder interne Gefahren in Bezug auf die Bevölkerung und für die Bevölkerung. Der Imperativ des Tötens im System der Bio-Macht ist an den Zweck der Elimination der biologischen Gefahr gebunden und nur dann zulässig; denn gelingt die Eliminierung wird dadurch die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit stärker, kraftvoller, lebendiger. (Vgl. Lemke 1997: 233)

3 *TEIL 3 Zur souveränen Unterscheidung von gefährdeten und gefährlichen Individuen/ MIGRATIONSPOLITIK*

3.1 *Einleitendes*

„Menschenleben werden auf unterschiedliche Weise unterstützt und aufrechterhalten, und die physische Verletzbarkeit des Menschen ist in ganz verschiedenen Formen auf der Erde verteilt. Bestimmte Menschenleben werden in hohem Maße vor Verletzung geschützt, und die Nichtachtung ihrer Ansprüche auf Unversehrtheit reicht aus, um Kriegsgewalten zu entfesseln. Andere Menschenleben werden nicht so schnell und entschlossen Unterstützung finden und werden nicht einmal als ‚betrauenswert‘ gelten“ (Butler 2005: 49).

Grenze, Ordnung und mögliche Gefahren für die Identität in Verbindung mit Immigration – diese Themen und die mit ihnen verbundenen Politikbereiche betreffend, würden sich die Institutionen Polizei und Armee einander annähern, so die Einschätzung Didier Bigos (2001). Könne aus der Übereinstimmung der Institutionen, die ehemals den klar voneinander abgegrenzten Bereichen der Inneren und Äußeren Sicherheit zuordenbar waren, ein Zusammenwachsen der Sicherheitsbereiche gefolgert werden? (Bigo 2001: 91) Der Kollaps der Dichotomie zwischen Nationalem und Internationalem in der politischen Imagination beruhe auf dem Auftauchen und der Entdeckung neuer Bedrohungen für den *way of life* der Massengesellschaft, schreibt Mark Duffield (2006: 69). Ein von Duffield (2007) angeführtes Zitat des britischen Premiers Tony Blair bringt das Bewusstsein globalisierter Gefährdungslagen und Möglichkeiten der Sicherheit auf den Punkt:

„Today the threat is chaos, because for people with work to do, family life to balance, mortgages to pay, careers to further, pensions to provide, the yearning is for order and stability and if it doesn't exist elsewhere, it is unlikely to exist here. I have long believed this interdependence defines the new world we live in“ (Blair 2001, zit. nach Duffield 2007: 185).

Aus dieser Perspektive hänge die Sicherheit von Lebenserhaltungssystemen und wesentlicher Infrastruktur des *homelands* von den erneuten Bemühungen ab, das aufständische und krisengeschüttelte globale Grenzland zu sichern. Die neuen Gefahren, die somit Grenzziehungen zwischen interner und externer Sicherheit verwischen, sind produktiv: Sie würden neue Möglichkeiten für die Strategisierung souveräner Macht in Verteidigung der Massengesellschaft schaffen. (Vgl. Duffield 2006: 69)

Das Massenphänomen eines industriellen Lebens, das durch Enteignung seine auf landwirtschaftlicher Subsistenz basierende Resilienz verloren hat, ist der Zusammenhang, in dem regulatorische Biopolitik auftaucht. Anstatt sich auf das Individuum zu fokussieren, interveniert Biopolitik auf dem aggregierten Level der Bevölkerung. „It is concerned with supporting and promoting life through interventions that aim to maintain the equilibrium of a non-sustainable population by compensating for differences or ameliorating risk“ (Duffield 2006: 69). Biopolitik widmet sich der Unterstützung und Förderung von Leben; biopolitische Interventionen versuchen das Gleichgewicht einer nicht-nachhaltigen Bevölkerung zu erhalten, indem sie Unterschiede kompensieren und Risiken abfedern.

Während des 19. Jahrhunderts wurde es das Definitionskriterium einer „Kunst der Regierung der Massengesellschaft“ als Leben der Nation durch Interventionen auf dem Level der Bevölkerung zu unterstützen. Biopolitik umfasste schließlich auf Versicherung beruhende Wohlfahrtsregime, die für eine Reihe von Sicherungsnetzen betreffend Gesundheit, Bildung, Arbeitsplatzsicherung und Pensionen betreffend sorgten. Für eine Gesellschaft, die das Leben feiert und riesige Investitionen in seine Förderung und seine Sicherung tätigt, sei Rassismus ein Mittel, durch das diese Gesellschaft Tod erlauben und autorisieren könne. Rassismus unterteilt eine Bevölkerung und macht es damit möglich, gewisse Kategorien von Leben auszuschließen – ihnen zu erlauben zu sterben, sowohl wörtlich als auch metaphorisch – um die Gesellschaft als Ganzes zu säubern und zu stärken: ein unmittelbar mit souveräner Macht verbundenes Manöver, so Duffield (2006: 69).

Das Auftauchen einer im Namen der Biopolitik dennoch souverän exkludierenden Macht soll Gegenstand des zweiten Kapitels meiner Arbeit sein. Ein biopolitisches Muster sei die Revitalisierung und Umcodierung souveräner Macht. Sicherheitspolitik und somit auch Migrationsmanagement, das zunehmend unter dem Vorzeichen der Sicherheit gedacht und umgesetzt wird, erscheinen prädestiniert dazu, diese Mechanismen aufzuzeigen. Giorgio Agambens Auseinandersetzung mit der Figur des *homo sacer* (2002), und seine aktuelle Verortung dieses „heiligen Mannes“, der für das bloße Leben im Gegensatz zum politischen steht, soll hier als provokanter Anlass genommen werden um aufzuzeigen, wie Biopolitik mittels Ausnahmen funktioniert, Liberalismus mittels souveräner (Gewalt-)Maßnahmen gesichert wird.

Katrin Meyer und Patricia Purtschert (2008) kommen zu dem Schluss, dass man in der Analyse der (auch) gewaltsamen Realität aktuellen Migrationsmanagements die Logik wirtschaftlicher Regulierung – „Migration als Unternehmen“ – mit dem Aspekt der

Bevölkerungspolitik zusammendenken muss. Nicht nur geht es darum, einen kohärenten Bevölkerungskörper im (noch immer, trotz neoliberalen Zugang!) nationalstaatlichen Rahmen zu regulieren; damit das funktioniert, wird Nicht-Bevölkerung abgetrennt und in anderer – auch gewaltsamer Weise – regiert bzw. ausgeschlossen. In diesem Zusammenhang bekommt Hannah Arendts Diktum vom „Zusammenbruch der Menschenrechte“ vor dem Hintergrund des „Migrationsproblems“ neue Aktualität: Der Migrant als *homo sacer* wird souverän als „bloßes Leben“ ausgegrenzt. Politik bleibt diesbezüglich nicht länger Frage der Legitimität, sondern orientiert sich zunehmend an Effizienzkriterien des Bevölkerungsmanagements. Serhat Karakayali (2008) weist darauf hin, dass man die Funktionalität des Ausschlusses für Staatlichkeit dennoch nicht absolut setzen dürfe und autonome Handlungsfähigkeit von MigrantInnen trotz allem ein relevanter Faktor bleibe. Es stellt sich abschließend die Frage, ob eine Kategorisierung von MigrantInnen als „bloßes Leben“ einer Viktimisierung und damit Entsubjektivierung das Wort redet.

3.2 Das „Unternehmen“ Migration

Regulierung ist das zentrale Konzept des Migrationsmanagements, einer Verdichtung von für die europäische Migrationspolitik seit einigen Jahren bestimmenden Gedanken und Praktiken. Migration könne weder totgeschwiegen noch verändert werden und sei daher als integraler Bestandteil gegenwärtiger Gesellschaften zu verstehen, so der Kern dieser Verdichtung. (Meyer/Purtschert 2008: 156). Im Verständnis von Migration als zu regulierende Freiheit also wird der gegenwärtige liberale Konsens deutlich. „Regularität“ resultiert als dynamische, flexible, vielfältig einsetzbare Kategorie nicht aus einem starren Gesetz, sondern ist Effekt einer politisch-sozialen Steuerung. Effektive Migrationssteuerung funktioniert über die proaktive Strukturierung eines Felds von Handlungsmöglichkeiten, durch die Interessen, Handlungen und Mächte entstehen, die sich selbst reproduzieren. Selbstregulierte Natürlichkeit sozialer Phänomene und eine Kunst der Regierung, die nur insofern in natürliche Prozesse interveniert, als dadurch diese Phänomene auf eine ihnen bereits inhärente Weise gelenkt werden – die „moderne“ oder „liberale“ Gouvernamentalität kommt letztlich einer Selbstbeschneidung der Politik gleich. (Vgl. Meyer/Purtschert 2008: 153)

Wenn die Natürlichkeit der durch die bestmögliche Regulierung gesteuerten ökonomischen Interessen für sich spricht, verliert die aufwändige Legitimation von Herrschaftseinsätzen ihre essentielle Bedeutung. Es passiert gewissermaßen eine Depolitisierung: Das „Unternehmen“ Migration verlangt nicht länger nach einer politischen Entscheidung über

Aufnahme oder Ablehnung von MigrantInnen. Sind in gouvernementaler Perspektive die MigrantInnen als SelbstunternehmerInnen um den effizienten Einsatz und die Optimierung ihres Humankapitals innerhalb ihres Handlungsspielraums bemüht, so wird hier die Pointe der gouvernementalen Natürlichkeitsvorstellung deutlich: Natürlich sei, was einer ökonomischen Logik entspricht. Der traditionelle Flüchtlingsbegriff und die ihn fundierende Gedankenwelt würden an Relevanz verlieren. (Vgl. Meyer/Purtschert 2008: 156)

Historische und politische Bedingungen der kapitalistischen Ökonomie würden damit ausgeblendet, hinterfragen Purtschert und Meyer die Natürlichkeit dieser Prozesse. Koordination anstatt Bekämpfung, Gewährleistung von Sicherheit und Wohlergehen der betroffenen MigrantInnen und Gesellschaften – so der Fokus; Interessenskonflikte von Herkunfts-, Transit- und Zielstaaten lösen sich scheinbar auf, sobald ein Konsens bezüglich der positiven Effekte „gelenkter Migration“ und den Gefahren „unkontrollierter Migration“ entsteht.

Die Hoffnung auf eine ‚natürliche‘ Regulierung der Migration würde einer sanften Rhetorik folgen. Wesentlich für die Logik des Migrationsmanagements sind allerdings auch ihre harten Effekte, die die sanfte Rhetorik parallel zur Unterscheidung zwischen regulären und nicht-regulären MigrantInnen ergänzen: „Das Migrationsregime sagt, in den Worten Foucaults, nicht nur Ja, sondern auch vehement Nein.“ (Meyer/Purtschert 2008: 157) Demnach gibt es eine internationale Tendenz in Richtung einer doppelten Strategie, die erwünschte Migration indirekt stimuliert und unerwünschte direkt bekämpft. Dass sich die Regulierung der Migration scheinbar flexibel an wirtschaftlichen Interessen ausrichtet, während Zwangsmaßnahmen und Repression der irregulären Migration streng legalistisch argumentiert werden, erscheint als Paradox. Das Paradox ist der Ort, wo die gouvernementale Regierung scheinbar hinter sich zurückfällt und zur „souveränen“ Herrschaft wird. Sie setze feste Grenzen und unterwerfe Menschen dem Gesetz, statt Interessen gemäß unternehmerischer Logik flexibel zu managen. (Meyer/Purtschert 2008: 157) Der eingeforderte Bedarf an billigen LandarbeiterInnen gegen strenge ausländerrechtliche Bestimmungen; Abschiebung von Elternteilen und Heiratsverbote gegen bürgerlich-liberale Familiennormen – der inhärente Widerspruch kommt auch in politischen Auseinandersetzungen zum Ausdruck. (Vgl. Meyer/Purtschert 2008: 159)

Serhat Karakayali (2008) weist darauf hin, dass es nicht ausreiche, einen entsprechenden Straftatbestand zu schaffen oder das Strafmaß zu erhöhen, um aus dem Delikt der Grenzübertretung eine gefährliche und kriminelle Handlung zu machen. Zum Aufbau eines

Grenzregimes gehöre die Konstruktion von Migration als Problem. (Vgl. Karakayali 2008: 34) Im Kontext der Globalisierung wird häufig auf den scheinbaren Widerspruch zwischen Mobilität von Waren und Immobilisierung von Arbeitskraft hingewiesen. Lässt sich das Befürworten der Existenz nationaler Grenzen – als der Ort, an dem der Status der Illegalität entsteht – unabhängig von ökonomischen Dynamiken erklären? Nationalismus und Rassismus als in Bezug auf diese Dynamiken exogen gefasste Phänomene? Und nationalstaatliche Migrationskontrolle als notwendig zur Stabilisierung nationaler Identität und zum „Schutz“ der eigenen Bevölkerung? Die Rationalität staatlichen Handelns wird in diesem Fall nicht-ökonomisch begründet.

Andererseits wird in polit-ökonomischen Ansätzen die Tendenz deutlich, so Karakayali, den sozialen Gehalt der staatlichen Handlungen klassenreduktionistisch zu konzeptionalisieren: Illegale Migration erklärt sich als Resultat von Strategien zur Errichtung einer flexiblen „Reservearmee“ an Arbeitskräften; gerade der rechtlose Status würde den Erfordernissen einer neoliberal restrukturierten Arbeitswelt entsprechen: mit gesetzlichen Mitteln zurückgewiesen, aus wirtschaftlichen Gründen angeworben. Was Meyer und Purtschert (2008) als Paradoxie bzw. Agonismus bezeichnen, wird anderweitig als positiver Zusammenhang einer staatlichen Duldung verstanden. Zunehmende Flexibilisierung und Deregulierung der Arbeitswelt ist dann nicht auf die Praktiken der MigrantInnen zurückzuführen, sondern auf den Neoliberalismus, für den die *Sans Papiers* die Masse perfekt flexibler Arbeitskräfte seien. Illegalisierung ist in diesem theoretischen System unmittelbar funktional für die Produktion eines Subproletariats. Nicht die Abschiebung selbst, ihre *Abschiebbarkeit* – die Möglichkeit ihrer Abschiebung – macht die illegalen MigrantInnen zum flexiblen Arbeitskräftereservoir. (Vgl. Meyer/Purtschert 2008: 35)

So plausibel eine solche Argumentation erscheinen mag – Karakayali weist darauf hin, dass unautorisierte Migration keinesfalls ausschließlich unter neoliberalen Vorzeichen organisierte Entwertung von Arbeitskraft sei, wie die Realitäten illegaler Migration der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte zeigen. Das Argument einer heimlichen staatlichen Duldung der illegalen Migration zu wirtschaftlichen Zwecken tendiere als Funktionalismus zu einem teleologischen Charakter:

„Es muss unterstellt werden, dass die Verbindung zweier Elemente in einer Gesellschaft einen außerhalb dieser Relation liegenden Sinn habe. Gesellschaftliche Verhältnisse haben jedoch keinen Telos, sondern bestehen aus Widersprüchen und Konflikten“ (Meyer/Purtschert 2008: 36f.).

Nach Alain Lipietz (1998: 80) reproduziert demnach eine Gesellschaft nicht zu allererst sich selbst, sondern ihre Widersprüche. Viele soziale Phänomene charakterisiert eine „Dysfunktionalität“ – worin ihre manifesten oder latenten Funktionen eigentlich bestehen könnten, ist deshalb nicht von vornherein zu klären. Die systemfunktionale Perspektive setze die „Brauchbarkeit der Illegalität“ voraus und unterschätze damit die Infragestellung des Systembestands durch Abweichungen (Karakayali 2008: 37).

Eine „postfunktionalistische“ politische Ökonomie der Migration (Samers 2003) will das Verhältnis von Migration und Arbeitskraft nicht negieren, sondern Kämpfe innerhalb und zwischen staatlichen Apparaten sowie Konflikte von VertreterInnen von KapitalbesitzerInnen und andere Positionen aus der Zivilgesellschaft mitdenken. Politische Rhetoriken über Migration sind mit materiellen Dimensionen in Beziehung zu setzen, d.h. das Reden über Migration konstruktivistisch zu interpretieren:

„That is if undocumented immigration is produced by stricter regulations, then the state is not so much *controlling* it, the popular press is not so much *reporting* it, as they are both *creating* it“ (Samers 2003: 576).

Apparate und Diskurse spielen demnach eine produktive Rolle. Es gelte zu betonen, so Karakayali, dass die Rolle der Diskurse nicht auf eine bloße Umkehrung des Kausalitätsschemas zu beschränken sei, indem nicht die Diskurse die Realität abbilden, sondern den epistemologischen Platz der „Realität“ selbst einnehmen. (Vgl. Meyer/Purtschert 2008: 38)

Das ist nicht misszuverstehen: Migration und Mobilität werden nicht von politischen Apparaten erzeugt und sind daher artifiziell. Sandro Mezzadra (2007) konstatiert eine für den Kapitalismus charakteristische strukturelle Spannung zwischen einer Gesamtheit subjektiver Praxisformen und dem Versuch seitens des Kapitals darüber eine „despotische“ Kontrolle auszuüben, in ihrem Kern durch den Staat (ebd.: 179). Das sei eine Spannung zwischen notwendiger, marktförmiger Mobilität und einer, die sich den marktförmig vermittelten Zwängen entzieht (Karakayali 2008: 60). Diese strukturelle Spannung liege der Behandlung der Mobilität als Problem seit den Anfängen der kapitalistischen Produktionsweise zugrunde, führe aber dennoch nicht zu einer einheitlichen und immer gleichen Politik der Mobilität. Einerseits weil eine solche Spannung ein strukturelles Ungleichgewicht impliziert; andererseits seien Migrationen auch Gegenstand der Bevölkerungspolitik und würden keineswegs nur ökonomischen Imperativen folgen. (Vgl. Karakayali 2008: 60)

3.3 *Migration und der europäische Ausnahmezustand*

„However, as Hannah Arendt (...) has taught us, each new state and its fresh batch of citizens necessarily increases the number of potential non-citizens, stateless persons and refugees. Besides a world of states decolonization also gave rise to an emergent, vibrant, but threatening ,world of peoples“ (Duffield 2006: 71).

Beinahe von ihrem Beginn an bewegte sich die Welt der neu unabhängigen Staaten auf eine sich vertiefende Kapazitäts- und Legitimitätskrise zu. Die mit der Dekolonialisierung verbundene Neuausrichtung internationaler Bevölkerungsbewegungen zeitigte bald eine neues Phänomen: eine zunehmende Anzahl an Menschen, entweder auf der Suche nach einem besseren Leben oder auf der Flucht vor Kriegen, Katastrophen und anderen Schwierigkeiten, fähig sich legal oder illegal über internationale Grenzen zu bewegen, fähig global zu zirkulieren. Soziokulturelle Kategorien stellen die Mittel für eine Unterteilung bereit, die notwendig ist für die Klassifizierung und das Management dieser vielfältigen, vernetzten und sich ständig verändernden Welt. Diese markieren eine Veränderung im Rassendiskurs von einer kolonialen Beschäftigung mit einem „biologischen Typ an Ort und Stelle“ zur gegenwärtigen Auseinandersetzung mit „kulturellen Typen in Bewegung“. Der Immigrant – die Verkörperung der kulturellen Differenz in Bewegung – sei zu ihrer ersten ikonenhaften Figur geworden. (Vgl. Duffield 2006: 71)

Seit den 1980er Jahren haben die europäischen Staaten Immigrationsregimes und Praktiken diesbezüglich entwickelt, die einmal nur in Kriegszeiten möglich gewesen wären, heute aber als „normal“ angesehen werden, Teil der Alltagserfahrungen hunderttausender Menschen in ganz Europa. Der politische Konsens über die Notwendigkeit Immigration zu kontrollieren, der in Großbritannien Mitte der 1960er Jahre aufgetaucht sei, nahm die Immigration und den Migranten/ die Migrantin aus der Politik heraus. Diese ambivalente Situation der Depolitisierung habe sich seitdem zu einem manifesten Ausnahmezustand entwickelt, so Duffield (2007: 208). Obwohl wenig qualifizierte MigrantInnen nicht kriminell handeln, indem sie versuchen europäischen Boden zu betreten, wird ihre Freiheit, das zu tun, als Bedrohung wahrgenommen. Mit Maßnahmen aus Kriegszeiten – Zerstreuung, Inhaftierung, Deportation - werde auf den „Freiheitsüberschuss“ der MigrantInnen reagiert: „As a way of countering this excess freedom, such wartime countermeasures as dispersal, detention and deportation have reappeared“ (Duffield 2007: 208). Die Verteilung auf wenig oder nicht besiedelte Regionen im Namen des *burden sharing* trennt AsylwerberInnen ab von Schutz und Unterstützung durch andere mit ähnlicher Geschichte; die Reduktion des Levels an

sozialer staatlicher Unterstützung unter gesetzliche Minimalstandards und Zahlungen über Gutscheine schließt sie aus dem wohlfahrtsstaatlichen Gefüge aus; ihre Unterbringung in Herbergen oder Erstaufnahmezentren grenzt sie von lokalen Gemeinden ab; ihre Inhaftierung während der Bearbeitung ihrer Fälle setzt sie außerhalb der *checks and balances* des strafrechtlichen Systems. Abgetrennt, ausgeschlossen, abgegrenzt – die Öffnung eines Ausnahmezustands in Mitten unserer Massenkonsumgesellschaft lässt sich konstatieren.

„In response to our genuine fears, the liberal state has reduced undocumented migrants and asylum seekers, as a surplus population with excess freedom to circulate, to a condition of bare life stripped off all legal and political rights” (Duffield 2007: 2008).

Vom liberalen Staat als Überschussbevölkerung auf einen Zustand bloßen Lebens ohne jegliches gesetzliche oder politische Recht reduziert, administriert und kontrolliert von einer Armee privater Sicherheitsdienste, fänden sie sich selbst in einer Zone der Ununterscheidbarkeit zwischen Gesellschaft, Moralität und dem Gesetz wieder, so Duffield (2007: 208).

Der Ausnahmezustand tendiere dazu, das dominante Paradigma gegenwärtiger Politik zu werden, warnt Giorgio Agamben (2004). In Bezug auf Immigration beginnt ein solches Paradigma mit restriktiven und exkludierenden Politiken aufzutauchen, die nicht länger irgendeine Verbindung zu aktuellen Trends haben – zur Anzahl an Kriegen, dem Ausmaß spontaner Migration, der Nachfrage nach Asyl/ den vorliegenden Asylanträgen. Auslöser genug sei die Gefahr undokumentierter Migration oder das Risiko des Ansuchens um Asyl, aktuell oder in der Zukunft, real oder vorgestellt, um Ängste zu wecken und präventive Handlungen zu setzen. Als Reflektion des Trends zu weniger internen Konflikten weltweit sei beispielsweise in Großbritannien seit einer Höchstzahl an Asylanträgen in den frühen 1990er Jahren deren Anzahl zurückgegangen; die Abschiebungen und die Stimmung der Dringlichkeit jedoch, die sie umgibt, habe zugenommen. (Vgl. Duffield 2007: 208)

Im März 2003 stellte die britische Regierung einen zweistufigen Plan zur Bearbeitung von Asylanträgen außerhalb des United Kingdom vor. In regionalen *processing areas* in der Nähe von Schauplätzen von Konflikten und Naturkatastrophen sollten zukünftig Asylanträge an Ort und Stelle bearbeitet werden. In *transit processing zones*, organisiert in Kooperation mit dem UNHCR, situiert in Nachbarländern der EU, bspw. Albanien, Kroatien, Rumänien oder der Ukraine, seien Asylanträge abzufertigen, ohne dass Menschen überhaupt erst in ihr bevorzugtes Staatsziel migrieren müssten. Weiters wurde vorgeschlagen, jene zukünftigen

AsylwerberInnen, die mittels anderer Mittel und Wege ankämen, in diese Zonen zurückzubeordern. Nur jene, die durch diese externen Zentren passieren und vom UNHCR anerkannt würden, würden als „authentisch“ klassifiziert. Seit ihrer Ankündigung hatten Varianten dieser Initiative eine bewegte Geschichte – sie kamen in manchen in Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gut an, um dann allerdings auf EU-Ebene für die Verhandlung und letztliche Annahme Druck zu machen. (Vgl. ebd.)

Der Punkt, der hier zu betonen sei, schreibt Duffield (2007: 209), sei nicht so sehr die Durchführbarkeit des Projekts; wesentlich sei der Wille zur Macht, den es verkörpert. Würde man solche Initiativen umsetzen, würde das eine ernst zu nehmende Herausforderung für die Institution des Asyls, wie es bis heute bekannt ist, sowie allgemein des Verhältnisses zwischen Staat und Migration bedeuten. Duffield zufolge gibt es aktuell (bzw. 2007) keine Krise der Immigration in Europa, die Zahlen sind rückläufig, es besteht Arbeitskräftebedarf in bestimmten wirtschaftlichen Bereichen. Trotzdem ist die britische Initiative als proaktive Maßnahme zu verstehen, eine Zone der Ausnahme zu etablieren, in Form von Lagern nämlich, um jegliches zukünftige Risiko spontaner Migration unter Kontrolle zu bringen und in Schach zu halten. „Already effectively removed from society and the law within Europe, such camps would be even further removed from public scrutiny and judicial control” (Duffield 2007: 209).

Die Ursache für die Herstellung eines solchen Ausnahmezustands ist nicht in einer veränderten Situation, einer Krise zu suchen, sondern allein im politischen Willen der europäischen Staaten. Duffield sieht das außergewöhnliche Verlangen zu regieren – und zwar mittels Ausnahmezustand - in Verbindung mit der veränderten Gangart des westlichen humanitären und entwicklungspolitischen Interventionalismus nach Ende des Kalten Krieges. Die Versuche, spontane Migration zu kontrollieren bzw. maßzuregeln, seien intrinsisch verbunden mit umfassenderen Technologien, die darauf gerichtet sind, die globale Überschussbevölkerung unter Kontrolle zu halten. Humanitäre Intervention, nachhaltige Entwicklung, menschliche Sicherheit und die Unterstützung fragiler Staaten zählen zu diesen Technologien. (Vgl. Duffield 2007: 209) (Siehe Kapitel 3.3)

3.4 Der Zusammenbruch des Begriffs der Menschenrechte

„Und keine Paradoxie zeitgenössischer Politik ist von einer bittereren Ironie erfüllt als die Diskrepanz zwischen den Bemühungen wohlmeinender Idealisten, welche beharrlich Rechte als unabdingbare Menschenrechte hinstellen, deren sich nur die Bürger der blühendsten und zivilisiertesten Länder erfreuen, und der Situation der Entrechteten selbst, die sich ebenso beharrlich verschlechtert hat, bis das Internierungslager (...) zur Routinelösung für die ‚displaced persons‘ geworden ist.“ (Arendt 1993 [1951]: 436, Hervorh. im Original)

Zum Abschluss der Ministerkonferenz in Genf im Dezember 2011 appellierte UN-Flüchtlingskommissar António Guterres eindringlich an die Teilnehmerstaaten, Lösungen für die Problematik der Staatenlosigkeit auszuarbeiten (vgl. UNHCR 2011). Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) beschäftigt sich mit internationalen Flüchtlingsfragen. Laut Statut sind seine Aktivitäten humanitären und sozialen Charakters, nicht aber politisch. Wenn Flucht nicht länger auf individuelle Fälle beschränkt sei, wenn sie also, wie zwischen den beiden Weltkriegen und in der globalisierten Welt Ende des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts erneut, als Massenphänomen auftrete, schreibt Agamben (2001), würden sich die Organisationen wie auch die einzelnen Staaten – ungeachtet all der feierlichen Beschwörungen unveräußerlicher Menschenrechte – als absolut unfähig erweisen, das Problem zu lösen oder es auch nur adäquat zu stellen; stattdessen habe man die Frage der Flüchtlinge humanitären Organisationen überlassen – und der Polizei (ebd.: ohne Seite?)

Nach Agambens Einschätzung sind die Gründe für solches Unvermögen nicht allein im Egoismus und der Blindheit bürokratischer Apparate zu suchen. Hannah Arendt betitelte das fünfte Kapitel ihres Werks *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* (1951) mit „Der Niedergang des Nationalstaats und das Ende der Menschenrechte“. Agamben plädiert dafür, diese Formulierung ernst zu nehmen: Das implizite Obsoletwerden der Menschenrechte sei an den Niedergang des Nationalstaats geknüpft.

„Der Begriff der Menschenrechte, der auf einer angenommenen Existenz des Menschen als solchen basiert, brach in dem Augenblick zusammen, als diejenigen, die sich zum Glauben daran bekannten, zum ersten Mal mit Leuten konfrontiert waren, die wirklich alle ihre anderen Eigenschaften verloren hatten – außer dass sie immer noch Menschen waren“ (Arendt [1951]: 295, zit. nach Agamben 2002: 135).

Das Paradox bestehe darin, dass der Flüchtling, die Figur, die die Menschenrechte schlechthin verkörpern hätte sollen, stattdessen die radikale Krise dieser Konzeption bezeichne: „Bar allen Schutzes und aller Realität“ (Agamben 2002: 135) sind die Menschenrechte, genannt

heilig und unveräußerlich, im System des Nationalstaates, sobald sie nicht als Rechte eines Staatsbürgers zu handhaben sind. Agamben will

„auf[...]hören, die Erklärungen der Menschenrechte als wohlfeile Proklamationen von ewigen metajuridischen Werten anzuschauen, die (in Wirklichkeit ohne viel Erfolg) den Gesetzgeber zu Respekt vor ewigen ethischen Prinzipien verpflichten sollen, um ihre reale historische Funktion bei der Herausbildung des modernen Nationalstaats zu betrachten“ (Agamben 2002: 136).

Die Menschenrechte werden dem Menschen nur in dem Maß zugeschrieben, in dem er das Fundament des Bürgers abgibt, das unmittelbar wieder verschwinden oder vielmehr gar nie ans Licht treten würde. Über Flüchtlinge sollte paradoxerweise als Teil des Systems der Nationalstaaten nachgedacht werden. Das System des Nationalstaats sei für Agamben der regularisierende Prozess, durch den die Bedeutung des Menschseins, das heißt, was es bedeute Mensch zu sein, politisiert werde (vgl. Prem Kumar/Gundry-Warr 2004: 35).

Eine Einschränkung des demokratischen und egalitären Prinzips in schreiendem Widerspruch mit Geist und Buchstaben der Erklärung? Nicht unbedingt; man müsse vielmehr die Kohärenz der biopolitischen Bedeutung zu erfassen wissen:

„Einer der wesentlichsten Züge der modernen Biopolitik (der in unserem Jahrhundert rasend wird) ist die Notwendigkeit, im Leben laufend die Schwelle neu zu ziehen, die das, was drinnen ist und das, was draußen ist, verbindet und trennt“ (Agamben 2002: 140).

Für Agamben ist die Geschichte der Politik eine Geschichte der Biopolitik, eine Reihe von diskursiven und nicht-diskursiven Handlungen, getätigt um die Bedeutung dessen festzulegen, was menschlich sei; und dadurch einen Überschuss zu unterscheiden, einen Abfall, ein Übriges, ein nicht-länger-Menschliches. Politik ist für Agamben ein laufender Prozess der Klarstellung von Inklusion und Exklusion, der Unterscheidung zwischen den Formen des Lebens, die sie schützt und repräsentiert und jenen, die sie nicht schützt und repräsentiert. (Vgl. Rajaram/Gundry-Warr 2004: 34f.)

„The territorialization of modern existence means that the family of nations keeps the law within itself. That is, the remit of the law, of justice, ends at the borders of the nation-state. The refugee, at the border of the nation-state, is outside the law“ (Rajaram/Gundry-Warr 2004: 40)

3.5 *Der illegale Migrant als homo sacer*

„The structure of sovereignty is, in Agamben's view, the originary structure in which law refers to life and includes it in itself by suspending it'. That is, sovereignty refers to bio-politics as the creation and maintenance of politicized life and the consequent remainder left behind by 'problemsolving procedures' such as the question of what to do with the inchoate human being (answer: turn him into a governable citizen)" (Rajaram/Gundry-Warr 2004: 41).

Agambens Fokus liege auf dem Abfall des Systems, und es sei durch diesen Müll - paradoxerweise inkludiert durch den Akt der Differenzierung und Exklusion -, dass das System sich selbst erhalte (ebd.). Das Zentrum der Überlegungen Agambens sei der Versuch, das Udenkbare einer Zivilisation zu denken, die er in der Krisenterminologie der Zwischenkriegsmoderne „die abendländische“ nennt. Um ihres Selbsterhalts willen – und sie wähne sich dabei auf dem Gipfel ihrer Entwicklung – erteile sie die Lizenz zum Töten, zur Ausgrenzung und Vernichtung eines Teils ihrer selbst; als humanistische Zivilisation habe sie den Menschen als höchstes Gut inthronisiert, und würde so gewissermaßen den eigenen Gott töten und opfern (Bogdal 2008: 13).

Agambens *Homo sacer* (2002) ist ein Text, dessen Reichweite und Implikationen mit Absicht alles umfassend sind, so wie es auch der Kern seines Themas ist, nämlich die Beziehung menschlichen Lebens zur politischen Macht. Der Reiz seines Zugangs, so Nikolopoulou (2000), liege dabei in Agambens Überzeugung, dass es in unserer Gegenwart noch immer Phänomene gibt, die von den epistemologischen *shifts*, die kürzlich erklärt wurden, unberührt geblieben sind und die eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Vergangenheit einfordern, in der sie tief verwurzelt bleiben. Souveräne Macht hat demnach in der Gegenwart der Biopolitik und Gouvernamentalität nicht an Relevanz verloren. In der Untersuchung der gegenwärtigen Beziehung zwischen menschlichem Leben und staatlicher Macht findet *Homo sacer* daher viele seiner Antworten in der Vergangenheit, in den politischen Schriften Aristoteles' und der Rechtstheorie des alten Rom. (Vgl. Nikolopoulou 2000: 124f.)

Bei Aristoteles findet Agamben die erste Trennung zwischen dem einfachen, tierischen Leben (*zoé*), in das wir hineingeboren werden und dem „guten“ Leben politischer Partizipation (*bios*), in das wir eintreten – eine konzeptuelle Trennung, die zu manchen Zeiten explizit und zu anderen verschleiert, immer noch unsere Politik verfolge. Vom bloßen Leben ins politische Leben zu kommen impliziert, dass das bloße Leben notwendige Vorbedingung für unser Eintreten in das politische Leben ist. Doch das bloße Leben wird nur durch seine

Ausschließung aus der erhöhten Sphäre der Politik als diese Vorbedingung anerkannt. Das zentrale Beispiel dieser paradoxen Struktur taucht im Römischen Recht auf und gibt Agambens Text seine Titelfigur: *homo sacer*. Es ist diese methaphorische Figur des „heiligen Mannes“, in der Agamben das Wirken der Biopolitik begründet sieht – ein Begriff, den er von Foucault borgt, aber in eine andere Richtung treibt.

Homo sacer bezeichnet einen Kriminellen, der laut dem Staat den Tod verdient, über den er aber gleichzeitig einen Bann ausspricht, der verbietet, ihn legal zu exekutieren oder religiös zu opfern. Der *homo sacer* darf von jedem straflos getötet werden, ein Status, der ihn gleichzeitig innerhalb und außerhalb des menschlichen und göttlichen Gesetzes wirft. Da sein biologisches Leben auf dem Spiel steht, isoliert vom Rest seiner Existenz und dem Gesetz übergeben als absoluten Preis des Gesetzes, erlebt der *homo sacer* das Gesetz in seiner abstraktesten, ausschließendsten und tödlichsten Form.

Beginnend mit dieser rechtlichen Definition, verfolgt Agamben die Geschichte westlicher Politik als eine Geschichte der Herstellung von *homines sacri*. Um das zu tun, balanciert Agamben den philosophischen und spekulativen Ton seines Textes mit einer Vielzahl konkreter historischer Beispiele, die die Transformation menschlichen Lebens in „heiliges“, also tötbares Leben beschreiben. Der Flüchtling, der Komatöse und der zum Tod Verurteilte sind heutige *homines sacri*, Leben im Ödland zwischen Exil und Zugehörigkeit, zwischen Leben und Tod. (Vgl. Nikolopoulou 2000: 124f)

Der Flüchtling, so Agamben, zeigt den Abstand von Geburt und Nation auf. Er sei „tatsächlich ‚der Mensch der Menschenrechte‘, dessen erste und einzige Erscheinung diesseits der Maske des Bürgers, die ihn ständig verdeckt“ (Agamben 2002: 139). Agamben sieht hier ein nacktes Leben auf der politischen Bühne auftauchen, die Voraussetzung für die Ursprungsfiktion moderner Souveränität. Eben diese Souveränität stürzt der Flüchtling in die Krise. Die Menschenrechte, die dem Flüchtling zugeschrieben werden, gaben bei ihrer „Erfindung“ allein Sinn als Voraussetzung der Bürgerrechte. Abgetrennt und außerhalb des Kontexts der Bürgerschaft wird behauptet, ihr Zweck sei ein nacktes Leben zu repräsentieren und zu schützen, das in wachsendem Ausmaß an den Rändern der Nationalstaaten anfallen würde, um dann erst recht wieder in einer neuen nationalen Identität rekodifiziert zu werden. (Vgl. Agamben 2002: 139f.)

Wo das nicht mehr passiert, passiert die Trennung von Humanitärem und Politischem, die wir heute als extreme Phase der Entfernung zwischen Menschenrechten und Bürgerrechten erleben. Ist der Humanitarismus erst vom politischen Leben abgetrennt, kann er die

Absonderung nackten Lebens lediglich wiederholen, die die Basis der souveränen Macht ist. und das Lager, das heißt, der reine Raum der Ausnahme, sei das biopolitische Paradigma, mit dem er nicht zu Rande kommt (Agamben 2002: 142) Wenn die Politik das nackte, unpolitische Leben nicht mehr in der staatlichen Ordnung absondert, auch nicht mittels der Figur der Menschenrechte, bedeutet das eine neue, nicht mehr aufschiebbare Kategorisierung. Flüchtlinge sehen sich aller Rechte und Erwartungen, die ansonsten mit der menschlichen Existenz verbunden werden, beraubt; dennoch biologisch am Leben, befinden sie sich in einer Grenzzone, und sind dort nur mehr nacktes Leben. (Vgl. Agamben 2002: 142f.)

Lebensunwertes Leben

Die Entscheidung über den Wert oder Unwert des Lebens an sich ist, so Agamben, die wesentliche Struktur der Moderne; jede Wertung und Politisierung impliziert damit eine Entscheidung über die Schwelle, jenseits derer das politisch relevante Leben aufhören würde, um nur mehr *heiliges Leben* zu sein, um als solches straflos eliminiert werden zu können. Die Grenze, die dieses *heilige* oder *nackte Leben* vom politischen und politisch relevanten trennt, sei allerdings nicht an einer bestimmten definierten Kategorie Mensch oder einem Ort festzumachen, sondern verläuft durch das Innere jeden menschlichen Lebens und jedes Bürgers. Auch das *Volk* trägt den biopolitischen Bruch immer schon in sich; es ist kein einheitliches Subjekt. Die Menge *Volk* als integraler politischer Körper ist der Untermenge *volk* als fragmentarische Vielfältigkeit von bedürftigen und ausgeschlossenen Körpern entgegengesetzt:

„[H]ier eine Einschließung, die keinen Rest duldet, da eine Ausschließung, die keine Hoffnung kennt; am einen Ende der Gesamtstaat [stato totale] der souveränen uns integrierten Bürger, am anderen Ende die Bannmeile – *Cour des Miracles* oder das Lager - der Miserablen, der Unterdrückten und Besiegten“ (Agamben 2002: 187, Hervorh. im Original).

Unerbittlich und methodisch sei der Versuch, diese das *Volk* teilende Spaltung durch die Eliminierung des *volks* der Ausgeschlossenen zu schließen. Agamben versteht dieses Projekt als letzten Endes vergeblich, aber in allen industrialisierten Ländern teilweise realisiert. Das demokratisch-kapitalistische Projekt versuche mittels Entwicklung die armen Klassen zu eliminieren; doch die Moderne erzeugt nacktes Leben in ihrem Inneren – das *volk* der Ausgeschlossenen – und verwandelt auch alle Bevölkerungen der „Dritten Welt“ in analoger Weise in nacktes Leben.

„Die Obsession der Entwicklung ist in unserem Zeitalter deshalb so wirksam, weil sie mit dem biopolitischen Projekt der Herstellung eines bruchlosen Volks zusammenfällt. (...) [J]enes nackte Leben, das die Moderne zwangsläufig in ihrem Inneren erzeugt, aber dessen Präsenz sie in keiner Weise mehr ertragen kann“ (Agamben 2002: 188f.).

Weil für moderne Biopolitik diese souveräne Entscheidung zentral sei, spürt Agamben nicht den Relikten der souveränen Macht in der Biomacht nach, sondern will umgekehrt die souveräne Tötungsmacht als Fundament und ursprünglichen Kern der Biopolitik verstanden wissen. Der Gegensatz zwischen Biopolitik als „leben machen“ und Souveränität als „sterben machen“ ist bei Agamben einer, der sich auflöst, wenn es bei ihm - anders als bei Foucault, der praktische Formen der Durchsetzung des Tötungsrechts oder des Lebenmachens thematisiert – darum geht, dass jede Biomacht Tötbarkeit involviert. (Vgl. Geulen 2005)

3.6 Biopolitische Legitimitäts- und Wirksamkeitsimperative

Im Kontext souveräner Macht muss das Recht über Leben und Tod, über Krieg und Frieden zu unterscheiden, legitimiert werden; souveräne Macht besteht darin, sterben zu ‚machen‘ und leben zu ‚lassen‘. Staatslehren sind, so Bogdal (2008), der Diskurs, der das legitimierende Wissen formiert und tradiert. Die Erfindung des ‚bloßen Lebens‘ von Menschen, von der Agamben (2002) schreibt, ist wiederum ein solcher Akt der (Selbst-)Legitimierung. Die Biomacht, die darin besteht, leben zu ‚machen‘ und sterben zu ‚lassen‘ und auf dem neuen Macht- und Wissenstyp der Normalisierung beruht, bedarf keiner Legitimation mehr. (Vgl. Bogdal 2008: 18)

Foucault beschreibt, wie Gouvernamentalität, als Art und Weise, wie politische Macht Bevölkerungen und Güter verwaltet und reguliert, zur wichtigsten Form der Vitalisierung staatlicher Macht geworden ist. Judith Butler (2005) weist darauf hin, dass Foucault nicht schreibt, der Staat werde durch die Gouvernamentalität legitimiert, sondern lediglich „vitalisiert“. Ohne Gouvernamentalität würde er, liest man Foucault mit Butler, in einen Zustand des Verfalls geraten. Zunächst passierte die Vitalisierung des Staates durch die souveräne Macht, die als Legitimitätsbeschafferin für die Rechtsstaatlichkeit sowie als Garant für die Vertretungsansprüche der Staatsmacht fungierte. Da souveräne Macht in diesem traditionellen Sinn an Glaubwürdigkeit und Funktion verloren hat, entstand Gouvernamentalität als eine von der Souveränität zu unterscheidende und typisch spätmoderne Form der Macht. (Vgl. Butler 2005: 70)

Die Wirksamkeit der Gouvernamentalität passiert über politische Strategien, über verwaltende

und bürokratische Institutionen, über das Recht – sofern dieses als „eine Reihe von Taktiken“ verstanden wird. Sie wirkt durch Formen staatlicher Macht, allerdings nicht ausschließlich, sondern ebenso durch nichtstaatliche Institutionen und Diskurse, die, so Butler, weder durch direkte Wahlen noch durch althergebrachte Autorität legitimiert sind. Sie sei durch eine Anzahl diffuser Strategien und Taktiken charakterisiert, Sinn und Zweck erhalte sie nicht aus einer einzigen Quelle, nicht von einem einheitlichen souveränen Subjekt. Die für Gouvernamentalität charakteristischen Taktiken wirken vielmehr diffus, um Bevölkerungen in Hinblick auf spezielle politische Ziele aufzustellen und zu ordnen, Subjekte sowie deren Praktiken und Überzeugungen zu produzieren und zu reproduzieren. Für Foucault ist gerade die „Gouvernementalisierung“ des Staates das Phänomen gewesen, das es dem Staat ermöglicht hat, zu überleben.“ Die einzig wahren politischen Fragen sind diejenigen, die für uns vital sind, und was diese Themen in der Moderne vitalisiert, ist Foucault zufolge die Gouvernentalisierung. (Vgl. Butler 2005: 71)

„Daher darf man die Dinge mitnichten als eine Ersetzung einer Gesellschaft der Souveränität durch eine Gesellschaft der Disziplin und anschließend einer Gesellschaft der Disziplin durch eine, sagen wir, Regierungsgesellschaft verstehen. In Wirklichkeit hat man ein Dreieck: Souveränität – Disziplin - gouvernementale Führung, dessen Hauptzielscheibe die Bevölkerung ist und dessen wesentliche Mechanismen die Sicherheitsdispositive sind“ (Foucault 2003a: 819f.).

Souveränität in ihrem traditionellen Sinn verschafft dem Staat eine legitimierende Funktion, sie verkörpert einen einheitlichen Sitz der Macht. Die Entstehung der Gouvernentalität bedeutet nicht unbedingt die Schwächung der Souveränität; sie könnte aber abhängig sein von einer Schwächung der Souveränität, die ihre unterstützende und vitalisierende Wirkung nicht mehr aufrechterhalten kann. Doch „ihr Verlust ist nicht folgenlos, und ihr Wiederaufleben im Feld der Gouvernentalität zeugt von der Macht des Anachronismus, das gegenwärtige Feld zu beleben.“ (Butler 2003: 72) Die Souveränität taucht im Feld der Gouvernentalität auf. Sie taucht „mit der Rachsucht eines Anachronismus, der nicht sterben will“ (Butler 2003: 73) im Kontext der Gouvernentalität unter Ausnahmebedingungen, in denen die Rechtsstaatlichkeit außer Kraft gesetzt ist, wieder auf. Diese Koexistenz impliziert, die Vorstellung von Geschichte als einem Kontinuum in Frage zu stellen (- wie es Foucault sicherlich ebenfalls getan hat, so Butler) (ebd.).

Macht ist in ihrer gouvernementalen Ausprägung nicht auf das Recht reduzierbar. Gesetze funktionieren gouvernemental als Taktiken: Deren Wirkungsweise sei durch ihr Ziel gerechtfertigt, nicht aber durch den Rückgang auf irgendwelche vorrangigen Prinzipien oder

legitime Funktionen. (ebd.) Legitimität wird – wenn überhaupt – aus der Wirksamkeit von Regierungspraktiken abgeleitet. Wenn das höchste Ziel der Souveränität das Postulat ihrer eigenen Macht – sich selbst autoritär und wirksam aufrecht zu erhalten – ist, wirkt Gouvernamentalität auf sie zerstörerisch, indem sie das Recht als Taktiken bloßstellt und die Selbstbezüglichkeit der Souveränität, ihren zirkulären Zweck offen legt. Die Unterstützung des Fortbestands des Staates ist deshalb zunehmend Sache der Gouvernamentalität. In Foucaults Worten heißt das, man dürfe „den Staat in seinem Überleben und den Staat in seinen Grenzen nur von den allgemeinen Taktiken der Gouvernamentalität her verstehen“ (Foucault 2003a: 822).

„Die Frage der Souveränität ist offenbar die Frage nach ihrer legitimierenden Funktion. Wenn diese Frage nicht mehr gestellt wird, - vermutlich deshalb nicht mehr, weil eine Antwort ausbleibt – wird das Problem der Legitimität weniger wichtig als das Problem der Wirksamkeit. Der Staat mag legitim sein oder nicht, oder er mag seine Legitimität von einem Prinzip der Souveränität beziehen, aber als ein Sitz der Macht ‚überlebt‘ er weiterhin kraft der Gouvernentalisierung: Kraft des Managements von Gesundheit, Gefängnissen, Erziehung und Bildung, Armeen und Gütern sowie kraft der Bereitstellung der diskursiven und institutionellen Voraussetzungen zur Erzeugung und Aufrechterhaltung von Bevölkerungsgruppen im Verhältnis zu ersteren“ (Butler 2005: 115).

Wenn nun *gouvernemental* regiert wird, unter welchen Voraussetzungen erzeugt die Gouvernamentalität eine gesetzlose Souveränität, einen Raum für die niemandem verantwortliche prärogative Macht als Teil ihrer eigenen Funktionsweise? Souveränität, getrennt von der Gouvernamentalität, ist charakterisiert durch eine verstärkte selbstbezügliche Zirkularität: „Sie bietet keinen Grund, sie hat keinen Grund, sodass sie in dem Versuch ihre eigene Macht aufrecht zu erhalten und auszubauen, radikal, wenn nicht manisch und tautologisch wird“ (Butler 2003: 116). Souveränität funktioniert als eine Taktik, die ihre eigene Wirksamkeit als ihr Ziel erzeugt. Als Taktik kann Souveränität für die Gouvernamentalität dann funktional sein, wenn selbsterhaltende und selbstverstärkende Ziele mit ihr in Zusammenhang gebracht werden: Bei gleichzeitiger Aufhebung der Legitimitätsfrage passiert Bevölkerungsmanagement außerhalb des Rechts, Bevölkerungsgruppen werden verwaltet, der Nationalstaat erhalten: Die Souveränität werde zu einem Instrument der Macht, mit dem das Recht entweder taktisch verwendet oder einstweilen aufgehoben werde, Bevölkerungsgruppen überwacht, inhaftiert, reglementiert, bespitzelt, ausgehorcht, in ihrem Verhalten uniformiert, gänzlich ritualisiert und im Alltagsleben der Kontrolle und Reglementierung ausgeliefert (Butler 2005: 117).

Eine Form des „Managements“ der Bevölkerung ist es, sie als menschlich nicht Erkennbare hinzustellen, die keinen Anspruch auf Rechte haben.

„Das ist etwas anderes als die Erzeugung eines Subjekts, das mit dem Recht im Einklang steht; und es ist etwas anderes als die Erzeugung eines Subjekts, das die Norm der Menschlichkeit zu seinem wesentlichen Grundsatz macht. Das Subjekt, das keines ist, ist weder lebendig noch tot, ist weder vollständig zu einem Subjekt aufgebaut, noch vollständig im Tod aufgelöst“ (Butler 2005: 118).

Management der Bevölkerung bedeutet einen Vorgang, durch den ordnungspolitische Macht Subjekte produziert. Es sei aber auch der Prozess ihrer Entsubjektivierung, ein Prozess mit gewaltigen politischen und rechtlichen Folgen. Der Biomacht geht es darum, Akzeptanz zu erreichen und zu garantieren, zum Beispiel durch einen wissenschaftlich autorisierten, im Lebensalltag durch Praktiken verankerten Rassismus, der das Töten („sterben lassen“) als akzeptable Maßnahme zur Optimierung von Leben erscheinen lässt. (Vgl. Butler 2005:118)

Nehmen wir die „infamen Menschen“, deren Preisgabe an die souveräne Gewalt die Macht des Herrschers legitimiert. Was hätte sie unter der Biomacht außerhalb der Normalität gestellt, wie sähen die Bedingungen der Akzeptanz ihrer Vernichtung aus? Foucault würde diese Frage nicht stellen, weil sie ahistorisch eine Kontinuität des Politischen unterstellt, wo er „Brüche, Austilgung, Vergessen, Überkreuzungen, Wiederauftauchen“ wahrnimmt. Ihnen ihre Namen, Zeit und Ort ihres Lebens zurückzugeben und sie durch die Aura des Ästhetische in Erinnerung zu bringen, sei die Politik des Genealogen der Macht (Bogdal 2008: 18).

3.7 Biopolitische Sicherheit und Nicht-Bevölkerung

Für die Agenda – also das „zu Tuende“ im Rahmen einer gouvernementalen Regierung der Freiheit – des Migrationsmanagements sei Sicherheit ein wichtiges Kriterium. Nach Agamben kann ein mit Gewalt durchgesetztes Migrationsgesetz als Ausdruck eines Ausnahmezustands verstanden werden, nach Butler als Anachronismus, ein Auftauchen souveräner Gewalt im gouvernementalen Kontext. Purtschert und Meyer (2008) verneinen diese Interpretationsweisen: weder Ausnahmezustand, noch Anachronismus - die gewaltsame Durchsetzung sei ein konstitutiver Teil des Migrationsmanagements, das unter dem Zeichen eines selektiven Begriffs von Sicherheit steht (ebd.: 166). Sicherheit bedeutet dann der Schutz der einheimischen Bevölkerung und ihres Wohlergehens vor migrationsbedingten Veränderungen. Gefährlicher Gegenpol, die Bedrohung, vor der geschützt wird, sind kriminelle und terroristische MigrantInnen, die das wirtschaftliche System wie die politische

Ordnung verunsichern. Aktuelle europäische Einwanderungspolitiken definieren und verfestigen als „Rituale der Abgrenzung“ (Wacquant 2006) wer Bevölkerung ist und wer nicht. Dass gewaltsame Ausschaffung von MigrantInnen Migrationspolitik, die ja immer auch Einwanderungspolitik ist, ad absurdum führt, legitimiert sich mit der scheinbaren Notwendigkeit solcher Grenzziehungen, die diese Politik auf eine Zeremonie des Strafens und einen brutalen bürokratischen Mythos reduzieren würde.

Die Herstellung eines begrenzten Bevölkerungskörpers ist der Grund, warum Sicherheitsüberlegungen konstitutiv für Bevölkerungspolitik sind. Die ‚innere Einheit‘ der Bevölkerung lässt sich dank einer ‚äußeren Gefahr‘ zeichnen. Wird Sicherheit in eine selektive und konfrontative Konstellation eingeschrieben, lässt sich unterscheiden zwischen Subjekten, die (mit Recht) Sicherheit beanspruchen und einfordern können und ‚anderen‘, die darüber definiert werden, dass sie eben diesen legitimen Sicherheitsanspruch gefährden. (Vgl. Meyer/Purtschert 2008: 164)

Eine solche Logik einer selektiven, auf den Bevölkerungskörper fokussierten Bevölkerungspolitik kann mit Foucault als biopolitisch bezeichnet werden. Mittels rassistischer Diskurse und Praktiken, einer selektiven Logik der Unterscheidung in wertvolles und nicht wertvolles Leben passiert die Konstitution einer quasi-organischen Einheit: der zu verteidigenden Bevölkerung. Zu aktuellen Spielarten des biopolitischen Rassismus gehöre der zunehmende Rekurs nicht nur auf biologische, sondern auch kulturalistische Argumentationen, merken Purtschert und Meyer an. Während die Foucaultsche Analyse vor allem Herstellung und Regulierung der Bevölkerung in den Blick nimmt, ist im Kontext des biopolitischen, auch gewaltsamen Migrationsmanagements der Fokus auf einen anderen relevanten Prozess zu richten: Der Sicherheitsdiskurs regiert die Bevölkerung, um deren Sicherheit es geht, und produziert sie gleichzeitig. Biopolitik schafft sich ihr eigenes Regierungsobjekt, indem sie zwischen Bevölkerung und ihrem Außen differenziert. Damit erzeugt sie gleichzeitig den Bereich dessen, was ausgeschlossen wird, die Menschen, die „Nicht-Bevölkerung“ sind. (Vgl. Meyer/Purtschert 2008: 165)

Die Kombination der indirekten Regulierung der Bevölkerung mit der direkten Repression der Nicht-Bevölkerung macht die doppelte Logik des Migrationsmanagements aus. Erwünschte MigrantInnen sollen demnach nachhaltig in eine regierbare Bevölkerung eingegliedert werden, während eben das bei unerwünschten (auch) mit Gewalt verhindert wird: „Das paradoxe Phänomen, dass ein strenges Migrationsgesetz der flexiblen Migrationsregulierung ‚Grenzen‘ setzt, hat demnach System, denn die Grenzziehung selber ist Teil der gouvernementalen

biopolitischen Logik.“ (Meyer/Purtschert 2008: 166) Grenzen setzt das starre und gewaltsame Gesetz nicht nur der Regierung, sondern auch ihrem Objekt, das es dadurch formiert: der Bevölkerung. Gewalt ist dann nicht Gegenteil, sondern Teil der gouvernementalen Logik. Der flexible Einsatz repressiver Gesetze schafft ein gewisses Maß an Willkür, die Teil ihrer Wirkung ist. Das flexible Zurückgreifen des staatlichen Sicherheitsmanagements auf Gewaltmittel ist Ausdruck einer produktiven Verschränkung von Souveränität und Regierung, die der modernen Gouvernementalität schon immer inhärent gewesen seien, argumentieren Purtschert und Meyer anders als Butler und Agamben. Neu seien lediglich die aktuellen Formen gegenseitiger Verschränkung: Aufweichung starrer Rechtsmittel mittels Managementansätzen sowie das Umschlagen sanfter Regierungstechniken an ihren Rändern in repressive Praktiken. (Vgl. Meyer/Purtschert 2008: 166f.)

Die biopolitische Verwaltung irregulärer Migranten ist nicht indirekte Regierung, sondern direkte Unterwerfung mit der Zielsetzung, diese als potentielle Bevölkerung, als Menschen, die zur Bevölkerung werden könnten, zum Verschwinden zu bringen. Der Umgang mit ihnen richtet sich nicht länger nach liberalen Grund- und Freiheitsrechten, sondern nach den Erfordernissen effizienter und effektiver Bevölkerungssicherheit. Jene, die als Gefahr stilisiert werden, können nicht länger als Subjekte einer exklusiven Sicherheit adressiert werden; als Objekte der Verwaltung, die nicht Teil der Bevölkerung sein sollen, sind im Umgang mit ihnen der Anwendung von Zwangsmaßnahmen wenige Grenzen gesetzt. Europäisches Migrationsmanagement gibt dann den Blick frei auf eine Transformation liberaler Staatlichkeit zu Regierungen, unter denen alles möglich werde. (Vgl. Meyer/Purtschert 2008: 168)

Gewalt, die in die sanfte Logik des Migrationsmanagements eingelassen ist, erscheint nur am Rande und markiert damit die Grenze des Migrationsmanagements. Dass sie für diese dennoch konstitutiv und ein konstruktives Verfahren ist, ist damit zu erklären, dass sie die Sicherheit der Bevölkerung ermöglicht und legitimiert. Die Unterscheidung zwischen Bevölkerung und Nichtbevölkerung begründet die Gewalt und ermöglicht die Regierung der Bevölkerung. Die scheinbare „Natürlichkeit“ dieser Regierungsform macht den zugrunde liegenden Ausschluss unsichtbar. Sichtbar wird die versteckte Gewalt durch die Umkehrung der Perspektive, die Sicht derer, die kontinuierlich zur Nicht-Bevölkerung gemacht werden.

Libérale Philosophie äußert sich in ihrer Kritik aktueller Migrationspolitiken zu Ansprüchen auf eigene Sprache, eigene Kultur, politische Partizipation und Staatszugehörigkeit von

MigrantInnengruppen in Zusammenhängen staatlicher Bevölkerungspolitik. Dabei wird sie Komplizin in der Unsichtbarmachung der Ausgeschlossenen:

„Jene aber, die daran gehindert werden – sei es, weil ihre physische Existenz ‚undokumentiert‘ bleibt oder weil sie physisch aus dem Land deportiert werden –, fallen aus dem Feld möglicher Anspruchsgruppen heraus“ (Meyer/Purtschert 2008: 169).

Die stärkste Form von Gewalt – der Ausschluss aus der Bevölkerung und damit die Unmöglichkeit, (Rechts-)Subjekt zu werden – wird so gar nicht erst sichtbar.

„Gibt es eine kritische Sprache für die Rechtlosigkeit derjenigen, die zur Nicht-Bevölkerung gemacht werden, wenn diese Individuen nie als Subjekte von Rechtsansprüchen, sondern nur als deren Bedrohung in den Blick kommen? Wie kann über die gouvernemental erzeugte Situation der Nicht-Bevölkerung gesprochen werden, wenn sowohl ökonomische Interessen als auch Grundrechtsdiskurse immer schon Teil des Migrationsmanagements sind und dazu dienen, die Rechte der einen auf Kosten der anderen zu verteidigen?“ (Meyer/Purtschert 2008: 170).

Recht bedeutet nicht nur Bedingung und Möglichkeit von Subjektivität, sondern auch Einsatz von Gewalt und Verstärkung von Ungleichheit. Ein erster Schritt, die gegenwärtige Praxis zu verändern, könnte ein Schritt in Richtung Politisierung sein und dahin, *Migrationsmanagement* durch eine *Politik* zu ersetzen, welche die Frage der Ungleichheit, der Macht und der Gewalt in all ihren Formen zum Thema macht. (Vgl. Meyer/Purtschert 2008 :170)

3.8 Autonome Subjekte der Migration zwischen ökonomischen Zwängen und selbstbestimmtem Exit

Es sei nicht ausreichend, so Karakayali (2008), Politiken der Migration als Effekt von Kompromissen zu interpretieren, die sich innerhalb der Staatsapparate und in ihrer Konfiguration artikulieren. Migration involviert eigenständige Subjekte mit Projekten, Zielen und Wünschen, die der *Migrationskompromiss* organisiert und desorganisiert (ebd.: 39).

“The exit-option (abandoning a disadvantageous situation as soon as possible) was becoming prevalent over the voice option (protesting actively against that situation).” (Virno 2005: 20)

Die Kategorie des Exit-Verhaltens werde moralisch angeschwärzt, obwohl Ungehorsam und Flucht keinesfalls negative Handlungsoptionen sein müssen, die von Aktivität und Verantwortung ausnehmen. Im Gegenteil, so Paolo Virno: „To the contrary, to desert means to modify the conditions within which the conflict is played instead of submitting to them.”

(Virno 2005: 20) Und die positive Konstruktion eines befriedigenden Szenarios verlange mehr Initiative als der Zusammenstoß mit vorgesetzten Bedingungen. Ein affirmatives „Tun“ qualifiziert die Abweichung. Der Konflikt beginnt mit dem, was wir geschaffen haben, indem wir geflohen sind, um soziale Beziehungen und neue Lebensformen zu verteidigen, die wir bereits erleben. Zu der alten Vorstellung zu flüchten um besser angreifen zu können, kommt die Gewissheit, dass der Kampf effektiver sein wird, wenn man anderes außer der eigenen Ketten zu verlieren hat. (Vgl. Virno 2005: 20)

Im Paradigma der Desertation – des „Exit“ – sei autonomes Handeln kein dünnes Residuum, das auf der Oberfläche wirkmächtiger Strukturen ein Schattendasein führe; es werde vielmehr zum zentralen Objekt und damit Ausgangspunkt von Despotie und Unterwerfung (Karakayali 2008: 78). Der Exodus ist aus Foucaultscher Perspektive der Vereinnahmung sozialer Kontrolle konstitutiv für die Entstehung des ökonomischen oder liberalen Regierens. Das „natürliche“, als marktförmig zu interpretierende Verhalten der ArbeiterInnen muss zur Grundlage gemacht werden, weil man sie nicht dazu zwingen kann, in den Fabriken zu arbeiten. Jenseits einer rechtlichen Einschränkung des politischen Handels ist Liberalismus Selbstbegrenzung des Regierens, die auf einer „Natur der Dinge“ beruht. Weshalb aber diese Selbstbegrenzung der Regierung? Foucault arbeite eine Antwort nicht weiter heraus; Antonio Negris (2004) Konzept der *Multitude* zufolge sei es die Menge oder Multitude, die diese Grenze ziehe (ebd.: 79). Diese Macht der Multitude „beruht nicht so sehr auf der Möglichkeit, dieses Verhältnis zu zerschlagen, als darauf, es ins Leere laufen zu lassen, wegzugehen, sich ihm durch radikale Negation zu entziehen.“ (Negri 2004: 24)

Migrantische Mobilität sei kein Ersatzkonzept für das im Zeitalter des *Empire* verschwundene Proletariat, schreibt Yann Moulier Boutang. „'Autonomie der Migration' ist kein Slogan, sondern vielmehr eine Methode, ein Ausgangspunkt, ein heuristisches Modell, und nicht die Antwort auf eine Frage.“ (Boutang 2007: 169) Sie kann aber Ausgangspunkt sein für die Beantwortung der Frage, ob Flucht in einem positiven Sinn Politik hervorbringen kann, statt eine rein negative Kraft zu bleiben. Die Bewegung der Menschen geht den Bewegungen des Kapitals und der staatlichen Regulierung voraus und ist in einer statischen oder strukturellen Perspektive nicht fassbar, so die Hauptthese die Autonomie der Migration betreffend. Menschen würden nicht passiv den Bewegungen des Kapitals folgen; die Rede ist von einer „gegenseitigen Determinierung“ anstatt eines objektivierten und passiven Gehorsams gegenüber ökonomischen Trends.

Regieren, so Boutang, sei immer regieren von etwas (ebd.). Das Korrelat von Regierung und

Migrationspolitik ist demnach die Bevölkerung als Ganzes, nicht eine Verwaltung von Dingen und Waren. Die Materialität und der Widerstand derer, die regiert werden, muss mitgedacht werden. Menschen sind keine beliebig formbare Materie. Migrationspolitik ist dann (wie jede Politik) gezwungen, sich mit bereits existenten Bewegungen, Gewohnheiten, Organisationen und *Communities* auseinander zu setzen. Die Ausgebeuteten sind nicht notwendigerweise Beherrschte, denn Herrschaft ist nicht gleich Ausbeutung, sondern ein viel breiteres und vielschichtigeres Konzept. Man solle MigrantInnen nicht viktimisieren, wenn sie ausgebeutet werden. (Boutang 2007: 170)

Ist Migration also die autonome Entscheidung einer rationalen, als *homo oeconomicus* dargestellten migrantischen Robinsonade, die für ihr individuelles Fortkommen sorgt? Oder treffen MigrantInnen ihre Migrationsentscheidungen im Kontext einer größerer Reproduktionseinheit, wobei dann an Stelle des viktimisierten Individuums eine viktimisierte Population „of docile, job-happy migrants in settings where only capital has power and workers passively suffer the consequences“ (Pries 2001: 34) tritt?

Da KritikerInnen des Konzepts der Autonomie Migration als tendenziell apolitischen ökonomischen Akt begreifen würden, bestehe die Möglichkeit politischen Handelns in diesem Macht-Wissen-Gefüge entweder in einer projektiven Zukunft (MigrantInnen legen ihren Status als mobile ArbeiterInnen ab, und nehmen etwa die Fabriken kollektiv in Besitz), in ihrer „Integration“ oder in einer Viktimisierung der Migration. Deren Zielsetzungen bestünden gegenwärtig darin, „die zu Objekten einer kapitalistischen Migrationsmafia reduzierten MigrantInnen von ihren eigenen Migrationsprojekten zu ‚befreien‘“ (Karakayali 2008: 258).

Illegale Migration als maximale Entrechtung und Ausbeutung, Musterbeispiel für Heteronomie? Oder Ausdruck der Autonomie *par excellence*? Weder Subjektivität noch (staatliche) Strukturen existieren unabhängig voneinander, schreibt Karakayali; die Art und Weise, wie illegale Migration gefasst werde, sei nur im Zusammenhang politischer Strategeme zu verstehen. In der Auseinandersetzung um die Grenze verändern sich Subjekte, Formen und Wege der Migration ebenso wie die Formen der Lenk- und Kontrollversuche durch staatliches Handeln. „Wollte man Autonomie als von Machtverhältnissen losgelöstes, im klassisch- liberalen Verständnis souveränes und unabhängiges Handeln verstehen, so existierte Autonomie nicht“ (Karakayali 2008: 258).

3.9 Viktimisierung als Entsubjektierung?

Die große Anziehungskraft von Agambens Figur des *homo sacer* bestehe, so Eva Geulen (2005), in seiner Ablösbarkeit aus Kontexten und folgerichtig in seiner Wiedererkennbarkeit in anderen Zusammenhängen. (Vgl. ebd.: 53) „Wissenschaft ist Wiederholung, verfeinert zu beobachteter Regelmäßigkeit, aufbewahrt in Stereotypen.“ (Adorno/Horkheimer 2004: 190), schreiben Max Horkheimer und Theodor Adorno in der *Dialektik der Aufklärung*. Klaus-Michael Bogdal (2008) stellt die Frage, ob Agambens *homo sacer* ein solches Stereotyp politischer Theorie sei und welcher Erklärungswert ihm dann zukomme. Verbildlichung bzw. Allegorisierung habe in der Theorie des Politischen eine lange Tradition; auch das Denken der gesellschaftlichen Exklusion und Inklusion habe sich immer an explikativen Figuren versucht, auch wenn sie nicht ganz so präventios ausgefallen seien wie die des *homo sacer*. Der *Suspekte* und der *Paria* Hannah Arendts und die Figuren des *Infamen*, des *Barbaren*, die „Monströsen“, die „gefährlichen Menschen“ und die *Plebs* bei Michel Foucault weisen nach Bogdals Einschätzung in eine andere Richtung. Stereotype, in kognitionstheoretischer Sicht Elemente einer Informationsverarbeitungsmaschine, helfen, ein Übermaß an Daten weiterzuverarbeiten, indem sie alles Störende – das Singuläre, Abweichende, Widersprüchliche oder Überschüssige – auf wenige vertraute Elemente reduzieren würden. (Vgl. Bogdal 2008: 11)

Die Realität von Menschen, im Fall meiner Arbeit wären es MigrantInnen, mithilfe stereotyper Bilder abzubilden, womöglich noch mit dem Anspruch, ihnen durch die Anerkennung ihrer misslichen Lage als rechtloses, souveräner Macht ausgeliefertes „bloßes Leben“ ihre politische Relevanz und damit Handlungsfähigkeit zurückzugeben, ist sicherlich verfehlt. Im beschränkten Rahmen dieser Arbeit war die Zielsetzung allerdings eine andere, nämlich das Auftauchen einer souveränen Macht im biopolitischen Kontext aufzuzeigen. Agambens *homo sacer* bietet sich hier an, obwohl er womöglich eine präventiose Figur ist.

Dass die Charakterisierung von irregulären MigrantInnen als „bloßes Leben“ ihre Gefahren birgt, ist nicht wegzureden. Sinn und Zweck der Verwendung der Figur des *homo sacer* war hier gewesen, aufzuzeigen, mit welcher Operation sich eine souveräne Macht im biopolitisch-gouvernementalen Kontext rechtfertigt. Die Verteidigung der Gesellschaft gegen „gefährliche Individuen“, die nicht länger als Rechtssubjekte, sondern als „bloßes Leben“ auftauchen, verlangt dem biopolitischen Primat der Sicherheit zufolge nicht länger nach Legitimität, sondern nach Effizienz.

Ein Mobilisieren gegen diese Mechanismen kann Agambens Konzept einleiten, indem es auf

den Skandal der Realität der Rechtlosen aufmerksam macht: Um ihres Selbsterhalts willen – und sie wähne sich dabei auf dem Gipfel ihrer Entwicklung – erteile unsre Zivilisation die Lizenz zum Töten, zur Ausgrenzung und Vernichtung eines Teils ihrer selbst (siehe Kapitel 2.5) Doch Agambens politische Theorie der Unentscheidbarkeit, Ununterscheidbarkeit und Unentschiedenheit führe zurück in eine Grauzone zwischen Ontologie und Anthropologie. Das scheine, wenn man den Erfolg Agambens betrachte, gefragt zu sein, vor allem, wenn es sich auf hohem Niveau vollziehe: ein graues Grauen, das nun zumindest seinen philosophischen Ausdruck gefunden habe (Bogdal 2008: 24f.).

Eine politische Handlungsanleitung liefert Agamben nicht. Aber auch Foucaults politische Theorie, ob in der *Geschichte der Gouvernementalität*, in *Überwachen und Strafen* oder *In Verteidigung der Gesellschaft* verspreche weder ein Wissen über richtige Entscheidungen und Partizipation an der Gesellschaft noch über die Regelung der Angelegenheiten der Gemeinschaft, über Gewaltgebrauch oder Machterhalt. Zielt politische Theorie in der Regel darauf ab, richtiges politisches Handeln zu legitimieren, so ist Foucaults Verzicht darauf Konsequenz seines methodischen Vorgehens,

„anstatt von Universalien auszugehen, um daraus konkrete Phänomene abzuleiten, oder vielmehr von Universalien als notwendigem Raster für das Verstehen einer bestimmten Zahl von konkreten Praktiken auszugehen, (...) von diesen konkreten Praktiken aus [zu]gehen und gewissermaßen die Universalien in das Raster dieser Praktiken einzuordnen“ (Foucault 2004b: 15).

Das Politische ist dann Effekt unterschiedlicher Machtbeziehungen, der Fokus liegt auf den materiellen Trägern von Herrschaft, auf Formen der Unterwerfung, Verbindungen und Verwendungen lokaler Systeme dieser Unterwerfung und Wissensdispositiven. Geschichte, so Foucault, werde zwar irrelativiert, nicht jedoch auf dauerhafte und grundlegende Prinzipien zurückgeführt. Der Diskurs der Macht entfalte sich im Gegenteil „in einer Geschichte, die keine Ränder, keine Ziele, und keine Grenzen hat“ (Bogdal 2008: 67). Carl Schmitt habe die Möglichkeit eindeutiger, klarer Unterscheidungen als Kern des Politischen bezeichnet; Foucault wende sich eben davon ab. Politische Theorie kann daher nicht länger allein Staatstheorie bleiben, denn Souveränitätstheorien als immer auch legitimierende Selbstbeschreibungen sind nicht länger ausreichende Erklärungen; Foucault nimmt den zentralisierten Machtmonopolen, ob des vormodernen Staates des Souveräns oder den souveränen Staat der Moderne, ihre zentrale Bedeutung.

„Nun hat der Staat aber zweifellos weder gegenwärtig noch im Lauf seiner Geschichte je diese Einheit, diese Individualität, diese strikte Funktionalität und, ich würde sogar sagen, diese Bedeutung besessen. Alles in allem ist der Staat vielleicht nur eine bunt zusammengewürfelte Wirklichkeit, eine mystifizierte Abstraktion, deren Bedeutung viel eingeschränkter ist als man glaubt“ (Foucault 2004a: 163).

Foucaults politische Theorie richtet ihren Fokus auf die Machtbeziehungen stiftenden Diskurse und wird in der Auseinandersetzung mit historischem Material zu einer Theorie des Subjekts – eine spezifische Geschichte der Subjektwerdung von Individuen, so Bogdal, die einen sich historisch verändernden Status erreichen müsste; erst mit diesem Status sind sie in der Lage, eine Subjektposition einzunehmen, von der aus sie handeln, sprechen, entscheiden können. Der Irre, das Ungeheuer, der Wilde, der Barbar, der Infame, die gefährlichen Menschen oder die Plebs würden aus dem grauen Raum der Machtbeziehungen und Gewaltverhältnisse auftauchen als Subjekte, denen im politischen Raum der Macht der Subjektstatus verweigert oder genommen worden (Bogdal 2008: 15).

Foucault beschreibt unterschiedliche Figuren der Exklusion, die in der Geschichte auftauchen und mit der Veränderung von Macht- und Wissensdispositiven wieder aus ihr verschwinden. Agamben andererseits deutet das Politische transhistorisch und führe es auf eine einzige konstituierende Machthandlung, die Produktion eines „nackten“, von den Signifikanten des Menschlichen abgetrennten Lebens im Inneren der Gesellschaft, zurück (Bogdal 2008: 15).

Die souveräne Macht würde auch im Ausnahmezustand niemals ‚bloßes Leben‘ vernichten, auch wenn das zu Zwecken der Legitimation oder der Akzeptanz angeführt wird; sie zerstöre soziale Einheiten wie Ethnien, Sippen und Familien und deren Geschichte und Kultur; auch noch in der extremsten Figur vernichte die souveräne Macht deren Wissen und Fähigkeiten und sozial gewachsene Gefühle wie Angst, Hoffnung, Liebe, Hass (ebd.). Richtet man sich nach Bogdal, ist Agambens *homo sacer* als Begriff der politischen Theorie unzureichend: Die von der souveränen Macht Überwältigten würden auf ein ‚bloßes Leben‘ reduziert, der Blick auf das Leben der Ausgeschlossenen verstellt. Als Figur ohne Geschichte ist der *homo sacer* Zeuge der Entstehung einer Gewalt- und Herrschaftsbeziehung; darüber hinaus aber ist er nicht individualisierbar. (Vgl. Bogdal 2004: 24)

„Das Udenkbare ist hier die Existenz des Menschen als Nicht-Subjekt, das Unsagbare liegt im Erschrecken über ‚den‘ Menschen begründet, der eine solche Existenzform hervorbringt“ (Bogdal 2008: 24).

4 TEIL 4 Selbstverantwortliche Subjekte sichern sich selbst /ENTWICKLUNGSPOLITIK

4.1 Liberale (Selbst)Führung

„Die ‚Wahl-Obsession‘ des neoliberalen Diskurses (...) und seine Zuspitzung auf die Zuweisung von Verantwortung ziehen neue Grenzen des Sozialen und schaffen neue Markierungen der Ordnung sowie neue Möglichkeiten aus ihr herauszufallen“ (Krasmann 2000: 201).

Die Herstellung und Konstitution von Subjekten funktioniere zum einen über die Subjektformierung und Positionierung als die Art und Weise, wie Individuen von Diskursen als Subjekte adressiert werden; zum anderen als deren dazu in Beziehung zu setzende Subjektivierungsweise – als Selbstdeutung der Individuen im Sinne der eventuell auch abweichenden, variierenden eigenen Identität. Aus dieser Sicht sind Totalisierung und Autonomisierung weniger paradox in ihrer Kombination als ein wechselseitiger, gleichsam herrschaftsnotwendiger Verweisungszusammenhang. Flächendeckende Durchsetzung eines neuen Subjektivitätstyps stehe aktuell im Fokus der Biopolitik, so Hirsland/Schneider (o.J.), ebenso wie die Arbeit an interstaatlichen, innergesellschaftlichen wie privaten sozialen Beziehungen, nicht mehr so sehr institutionelle Disziplinierung des individuellen Körpers und die Schaffung und Sicherung eines „Gesellschaftskörpers“. (Vgl. ebd.: 6)

Die Durchsetzung eines neuen Subjektivitätstyps sei zu verstehen als ein Prozess, in dem sich ‚alte‘ Machtinstanzen und Herrschaftsinstitutionen der äußeren Disziplinierung und Kontrolle mit den früheren ‚Gegenmächten‘ Autonomie und Freiheit verbinden, indem sie deren Autonomiebegehren ‚wenden‘ und sich gegen Widerstände durchsetzen (ebd.). Herrschaftsinstitutionen fordern dann hegemonial definierte Formen der Autonomie und Selbst-Verantwortung auch dort ein, wo diese von Subjekten gar nicht begehrt werden. Alte Kontrollen werden institutionell neu ausgerichtet und entlang dieser würde das zuvor ‚beherrschte‘ Subjekt freigesetzt und einer imperativistischen Sorge um sich selbst ausgesetzt. Herrschaftspotentiale liegen dann im Feld vielfältiger, diskursiv produzierter und diffundierter Technologien des Selbst.

Ein Subjekttypus herrschaftsstrategisch (a)dressierbarer, berechenbarer und pflichtbewusster „Selbst“ war Fokus der Disziplinierungslogik. Pflicht, Fleiß, Unterordnungsbereitschaft gegen Anerkennung und gesellschaftliche Teilhabe am öffentlichen Leben war die Logik des symbolischen Tausches (Baudrillard 1991), über den - via Normalbiographie kalkulierbar –

die Integration der Individuen passierte. Da aber die Last der praktischen Einlösung und Nicht-Einlösung der Teilhabe-Versprechen letztlich bei der Gesellschaft und ihren Sicherungsinstitutionen gelegen sei, implizierte diese Ordnung beträchtliche gesellschaftliche Kosten. Zunehmend verschiebt sich also die Figur des symbolischen Tausches zwischen Individuum und Kollektiv in Richtung ihres individuellen Pols; Teilhabe-Versprechen werden radikal nach innen gewendet: Heute seien „für die Subjekte jene Erwartbarkeiten außer Kraft gesetzt, die dem Typus des ‚guten (gesellschaftskonformen) Subjekts‘ (...) gestern noch Integration versprochen haben. Autonomisierung lässt sich dann als eine Verlagerung von Verantwortlichkeit auf die Ebene der Subjekte bzw. ihrer Primärvergemeinschaftungen verstehen.“ (Vgl. Hirsland/Schneider o.J.: 6)

Herrschaft und individuelles Freiheitsbegehren bleiben nicht länger Gegensatz, wenn die neue Autonomie nicht länger „souverän“ ist: Sie organisiert und formiert sich entlang präskriptiv wirkender Vorgaben eines diskursiv durchsetzten und zunehmend institutionell abgesicherten „flexiblen Nominalismus“ (Link 2006). Das bedeutet, Autonomie ist in einem Rahmen herrschaftlicher Bedingungen zu denken, die definieren, was als Autonomie zu gelten hat und was nicht. Diese Konstellation muss nicht notwendigerweise als Paradoxon oder Totalisierung von Herrschaft verstanden werden. Hirsland/Schneider konstatieren eine Neuordnung des Herrschaftsdispositivs, „in dem die Beherrschten – so die Herrschaftsvorgabe – als individualisierte Individuen (...) in ihrer nunmehr ‚freigesetzten, riskanten Lebensgestaltung‘ sich umso deutlicher ihrer je eigenen Handlungsoptionen und –Zwängen unterliegend begreifen.“ (Hirsland/Schneider o.J.: 8)

4.1.1 Subjektivitätspraktiken

„Die Räume, die Freiheiten, die Rechte, welche die Individuen in ihren Konflikten mit den zentralen Mächten erlangen, bahnen jedes Mal zugleich eine stille, aber wachsende Einschreibung ihres Lebens in die staatliche Ordnung an, und liefern so der souveränen Macht, von der sie sich eigentlich freizumachen gedachten, ein neues, noch furchterregenderes Fundament“ (Agamben 2002: 12).

Hat seine Beschäftigung mit Subjektivitätspraktiken nichts mit Foucaults früherem Interesse an Machtprozessen zu tun, gibt es hier eine Zäsur in seiner theoretischen Arbeit? Thomas Lemke (1997) verneint diese Unterstellung. Tatsächlich handle es sich nicht um die Aufgabe seiner Machtanalyse, sondern um ihre Weiterentwicklung und Korrektur, in Kontinuität zu früheren Arbeiten, die er zugleich präzisiert und relativiert. Thema ist die Untersuchung

historischer Formen von „Selbstverhältnissen“ und ihre Beziehung zu Machtprozessen und Wissensformen. Es taucht also eine neue Dimension auf, die Auseinandersetzung verbleibt aber „im Rahmen des allgemeinen Problems der Machtbeziehungen“. In ihrem Zentrum steht der Begriff der „Regierung“ als historische Form der Macht, die über Subjekte und deren Freiheiten operiert. (Vgl. Lemke 1997: 296f.)

Subjektivierung ist dabei als derjenige Prozess zu verstehen, in dem sich Macht- und Wissensformationen mit den Praktiken des Selbstbezugs des Einzelnen verschränken. Diese Verschränkung ist es, die aus Menschen Subjekte macht. Wesentlich ist dabei der Aspekt der Selbstbestimmung, die Frage, „wie sich das Subjekt in der einen oder anderen determinierten Form durch eine gewisse Menge von Praktiken, die Wahrheitsspiele, Machtpraktiken usw. sind, selbst konstituiert“ (Foucault 1985: 18). Ein wesentliches Element des Prozesses der Subjektivierung ist diese *Selbst*konstitution, die nicht als Internalisierung äußerer Zwänge zu verstehen ist, sondern durch das Zusammenspiel von Verstehensformeln, Zurichtungsstrategien und den Weisen des Selbstbezugs funktioniert. Alle drei Modi der Einwirkung auf das Selbst – das sei entscheidend, so Duttweiler (2007), würden dann und nur dann wirksam, wenn sie dem Subjekt nicht äußerlich bleiben (ebd.). Macht muss durch die Körper und das Selbst hindurch gehen (Butler 2001: 18); und Wissen muss die Wahrheit des Selbst betreffen respektive gestalten und von diesem als solche anerkannt werden, sonst kommen Macht und Wissen nicht zu Wirklichkeit und Wirken (Duttweiler 2007: 262).

„Das Wort *Subjekt* hat einen zweifachen Sinn: vermittelt Kontrolle und Abhängigkeit jemandem unterworfen sein und durch Bewusstsein und Selbsterkenntnis seiner eigenen Identität verhaftet zu sein.“ (Foucault 1982b: 246f., zit. nach Lemke 1997: 294)

Mit Foucault den Blick auf diese Weisen von Subjektivierung zu lenken, verweist auf das Foucault'sche Konzept der Gouvernementalität, in dem sich die Frage stellt, auf welche Weise sich im modernen Staat Wissensformen und Regierungshandeln verknüpfen und was vor sich gehen muss, damit aus Menschen Subjekte werden, die aus eigenem Antrieb gemäß Regierungszielen handeln. Foucault nimmt die Beziehung zwischen Regierung und Individuen in den Blick, wobei Regierung Machtausübung bedeutet, jedoch nicht im Sinne eines Herrschafts- und Unterdrückungszusammenhangs, sondern als Wirkungsweise gewisser Handlungen, die andere verändern. (Vgl. Duttweiler 2007: 262f.)

Foucaults Gouvernementalität verknüpft Herrschaftstechniken und Selbstzwänge. Regierung als „Führung der Führungen“ ist die Verschränkung von Selbst- und Fremdführungstechniken.

Thematisiert wird das Problem des Willens jenseits des Dualismus von Freiwilligkeit und Zwang, Subjektivierung und Macht. Weder eine allgemeine subjektphilosophische Fundierung noch Vorannahmen über spezifische psycho-biologische Charakteristika des Menschen stehen im Vordergrund. Foucaults Zugangsweise bricht mit der Thematik der Repräsentation, d.h. mit der Frage, wie die individuellen Willen im oder vom allgemeinen Willen repräsentiert werden können und sie bricht mit dem Gehorsam als Erklärung. Sie baut auf der Kritik an der Negativität und Zirkularität der „Repressionshypothese“, die alle Formen der Macht auf Gehorsam zurückführt und damit letztlich Macht mit Macht erklärt. Der Legitimitätsglaube ist auf seine materialen Grundlagen und seine sozialen Entstehungsbedingungen hin zu befragen. Diese Konzeption stellt eine Alternative dar zu Max Webers „legitimer Herrschaft“, ebenso wie zu Hannah Arendts normativ aufgeladenem Machtbegriff. Foucault zufolge werde die politische Theorie von einer juridisch-negativen Machtkonzeption „beherrscht“. Arendts auf Konsensbildung setzende Machtdefinition sei nur die andere Seite des juridischen Machtmodells; sie thematisiert die negative Definition von Macht vor allem in Kategorien des Mangels. Die daraus resultierende Forderung nach dem Rückgriff auf die ursprüngliche Bedeutung gehe vorbei am Faktum der Konfusion, an der „Positivität der negativen Konzeption“. Foucault hingegen stellt sich gegen eine strikte Trennung von Macht und Herrschaft, da „gewisse Machtbeziehungen derart funktionieren, dass sie in ihrer Gesamtheit eine Herrschaftswirkung ausmachen“ (Foucault:?). Auch konsensuale Handlungsformen sind demnach nicht notwendig frei von Herrschaftseffekten. „Informelle“ Konzepte von Autorität und Kontrolle, die sich auf konsensuale Formen der Willensbildung beziehen, seien daher eher eine Transformation als eine Abschaffung traditioneller Herrschaftsformen. Als kritisches Prinzip taugt die Maßgabe des Konsenses nicht! „Vielleicht nicht unbedingt für die Konsensualität, aber man muss gegen die Nicht-Konsensualität sein.“ (Lemke 2007b: 43f.)

4.1.2 Macht ungleich Zwang. Bedingungen der Akzeptabilität

Nicht nur Zwang und Gewalt, sondern auch „Freiheit“ und konsensuale Handlungsformen sind Bestandteile der Machtverhältnisse. Zustimmung und Einverständnis sind damit nicht per se Anzeichen für die Abwesenheit von Herrschaftseffekten. Es gelte, die „Bedingungen der Akzeptabilität“ offen zu legen. Neoliberale Konzepte „staatsferner“, „zivilgesellschaftlicher“ oder „informeller“ Formen von Autorität und Kontrolle seien eher eine Modifikation denn ein Zurücknehmen von Herrschaft. Regierung ist dann nicht in erster

Linie Unterdrückung von Subjektivität, sondern u.a. ihre (Selbst-)Produktion oder genauer die Erfindung und Förderung von Selbsttechnologien, die an Regierungsziele gekoppelt werden können. Subjektivität ist weder äußere Grenze der Machtbeziehungen noch ein Anwendungsfeld für Machttechnologien. Moderne Machtmechanismen funktionieren vielmehr mittels spezifischer Subjektivierungsformen. Demnach soll es darum gehen, jene Formen von Subjektivität zu untersuchen, die die Regierung voraussetzt, „die Formen, in denen sich die Individuen als Subjekte (...) (an)erkennen können und müssen“ zu untersuchen. Technologien des Selbst stellen das Verhältnis des Individuums zu sich selbst her,

„ermöglichen es Individuen, mit eigenen Mitteln bestimmte Operationen mit ihren Körpern, mit ihren Seelen, mit ihrer eigenen Lebensführung zu vollziehen, und zwar so, dass sie sich selbst transformieren, sich selber modifizieren und einen bestimmten Zustand von Vollkommenheit, Glück, Reinheit, übernatürlicher Kraft erlangen“ (Foucault 1987: 93).

Die Förderung von Handlungsoptionen ist jedoch nicht zu trennen von der Forderung, einen spezifischen Gebrauch von diesen „Freiheiten“ zu machen; denn die Freiheit zum Handeln wandelt sich oftmals in einen faktischen Zwang zum Handeln oder eine Entscheidungszumutung. Keineswegs ist sie misszuverstehen als eine Ersetzung des Politischen durch das Persönliche, sondern stellt eine andere Form von Politik und den (durchaus politischen) Entwurf neuer Selbsttechnologien dar. Entscheidend ist die Durchsetzung einer „autonomen“ Subjektivität als gesellschaftliches Leitbild. Die eingeklagte Selbstverantwortung besteht dabei in der Ausrichtung des eigenen Lebens auf betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien und unternehmerischen Kalkülen. Anders als gängige soziologische Analysen, schreiben Thomas Lemke, Susanne Krasmann und Ulrich Bröckling (2000), beziehe Foucault Individualisierung nicht allein auf die fortschreitende Auflösung traditioneller sozialer Milieus, die das Individuum auf sich selbst zurückwerfen und ihm vielleicht auch neue „riskante“ Freiheiten eröffnen würde. Während liberale Traditionen das Individuum naturalisieren, analysiert Foucault es als soziales Verhältnis. (Vgl. ebd.: 30f.)

„Die Formen der Freiheit, die wir heute wahrnehmen, sind unauflöslich an ein Regime der Subjektivierung gebunden, in dem die Subjekte nicht nur ‚frei sind, zu wählen‘, sondern *gezwungen sind, frei zu sein*“ (Rose 1996: 17, Hervorh. im Original).

Der fortgeschrittene Liberalismus hat die scheinbare Paradoxie des *Regierens über Freiheit* offenbar bis zur Perfidie perfektioniert. Die Individuen werden in einer Weise sich selbst

überlassen, dass sie frei sind, eben das zu tun, was ihnen auferlegt wurde. Zurückgeworfen auf sich selbst haben sie die Freiheit, aus ihrem Leben etwas zu machen, wofür nur sie selbst verantwortlich sind. Denn: „Warum sollte es nötig sein, individuelle Freiheiten und Gestaltungsspielräume einzuschränken, wenn sich politische Ziele wesentlich ‚ökonomischer‘ mittels individueller ‚Selbstverwirklichung‘ realisieren lassen?“ (Lemke et.al. 2000: 30).

Weil das Modell eines rationalen Subjekts im Neoliberalismus eine zentrale Rolle spielt, sollen alle gleichermaßen, also gleichberechtigt, in der Lage sein, entschieden und vernünftig zu handeln. Und weil alle gleich sein sollen, könne ihnen auch gleichermaßen Eigenverantwortung zugewiesen werden – „auch dies eine Verabschiedung von der Fixierung fundamentaler Unterschiede der ‚menschlichen Natur‘ zu Gunsten einer elitären Weltsicht, die auf eine Oberfläche gleicher Chancenverteilung und Fähigkeitszuweisung blickt“ (Krasmann 2000: 201).

4.2 Die Regierung der Armut

„Aktivierung, Selbstverantwortung, Eigenverantwortung“ (Pieper 2007: 93) – Codes aktueller gesellschaftlicher Umgestaltung – würden das „Rauschen der Diskurse“ (ebd.) bilden, das den Rückbau sozialpolitischen Regierens sowie seiner zentralen Institutionen begleite, so Marianne Pieper (2007). Neue Regulierungskonzepte fokussieren darauf, unabhängige Individuen mittels permanenter moralischer Aufforderung zu aktivem Tätigsein zu wirkungsvoller Optimierung ihres Selbst und ihrer Lebensführung zu bewegen. Die Umwandlung des „aktiven Staates“ (Pieper 2007: 93) in einen „aktivierenden Staat“ (ebd.) schafft Raum für die Freiheit des „unternehmerischen Selbst“ (ebd.). (Vgl. Pieper 2007: 93)

Wie lassen sich diese Veränderungen und ihre Effekte mittels politischer Theorie festmachen? Können diese Metamorphosen gemäß eines marxistischen Theoriemodells als Teil einer „Durchkapitalisierung“ (Pieper 2007: 93) der Sozialstruktur interpretiert werden, in der Subjekte obwohl sie produktiv sind, immer Reflexion der Machtstrukturen bleiben? Oder entsprechen sie den vernunftgemäßen Entschlüssen eigenverantwortlicher Individuen, wie der theoretische Gegenstandspunkt des Methodischen Individualismus vorschlägt?

Piepers Argumentation gegen diese beiden theoretischen Optionen und für die theoretische Konzeption Michel Foucaults, die dieser in seinen späten Schriften entwickelte, erscheint plausibel. Es ist die Fixierung auf eine bestimmte Ausprägung des Kapitalismus und eine bestimmte Lehrmeinung, was Machtstrukturen anbelangt, die eine marxistische zu einer

unangemessenen Analyse der unterschwellige Funktionsweisen aktueller machtpolitischer Techniken und Formen der Vergesellschaftung in der Transformationsphase eines fordistischen Systems in ein postfordistisches erschwert. Andererseits fehlt der zweiten Perspektive der Fokus auf die Produktivität gesellschaftlicher Machtverhältnisse: Individuelle Selbstbestimmung, Souveränität und Vernunft können nicht an sich vorausgesetzt werden. (Vgl. Pieper 2007: 93)

Foucault stellte in seinen Vorlesungen zum Thema Liberalismus in den späten 1970er Jahren eine „Vervielfachung der Unternehmensformen innerhalb des Gesellschaftskörpers“ (Foucault 2004b: 210) fest. Marktwirtschaftliche Prinzipien und ein auf Konkurrenz fokussiertes Denken würden in allen gesellschaftlichen Bereichen Fuß fassen. Das Subjekt bleibt, ohne seine Selbstbestimmtheit für gegeben anzunehmen, ebenso im Fokus der Foucault'schen „Analytik der Gegenwart“ (Pieper 2007: 94) wie die wirkmächtigen Techniken der Macht. Allgemeine Gültigkeit, Wahrheit oder Absichten und Perspektiven Einzelner sind nicht zentrales Thema. Stattdessen konzentriert sich diese Zugangsweise auf „Emergenzen“ (ebd.: 95), die Pieper als „das - nicht zufällige – Auftauchen bestimmter Probleme und spezifischer Weise des Problematisierens, die realitätsstiftenden Charakter gewinnen“ (ebd.) beschreibt. Die thematisierten Objekte bestehen nicht an sich; sie werden hergestellt und erhalten Gegenständlichkeit durch Äußerungen, Handlungsweisen von Einrichtungen und Machttechniken. (Vgl. Pieper 2007: 95)

„Entitäten wie ‚Subjekte‘ oder ‚die Armen‘ als Zielscheibe politischer Interventionen werden nicht als überzeitliche Universalien oder gleichsam natürlich vorhandene, prädiskursive Gegebenheiten betrachtet, sondern als historisch und geopolitisch situierte Konzepte“ (Pieper 2007: 95).

Ein spezifischer Rahmen ist maßgeblich für ihr Zum-Vorschein-kommen in einer bestimmten historischen Situation. Eine gouvernementale Analytik beschäftigt sich mit verschiedenen Formen der Subjektivierung, deren Auftauchen von gegenwärtigen Rationalitäten geformt wird. „Der Geschichte gewissermaßen eine Stichprobe zu entnehmen“ (ebd.: 95), beschreibt Pieper den Foucault'schen Zugang, darum gehe es einer solchen Analyse

„um an konkreten Verfahren der Machtausübung anzusetzen und von dort ausgehend zu allgemeineren Aussagen darüber zu gelangen, wie bestimmte Ordnungen – in einer spezifischen historischen Situation – zu hegemonialen Systemen des Denkens werden können“ (ebd.: 95).

Bezüglich der „Regierung von Armut“ sind gemäß einem genealogischen Zugang eine Reihe von Rationalitäten zu unterscheiden. Ein Überblick kann in Form eines historischen Ablaufs passieren, da sie jeweils nacheinander wirkmächtig werden. Der Eindruck einer simplen geschichtlichen Geradlinigkeit ist dennoch zu vermeiden, da sich die Rationalitäten zeitweise überlagern. (Vgl. Pieper 2007: 95)

Bereits die erste der Linien, die klassische Rationalität, ist für mein Thema aufschlussreich. Taucht hier doch wieder die Teilung der Bevölkerung auf – in diesem Fall die der armen Bevölkerung. Während Armut als natürliches Faktum akzeptiert wird, stellt Pauperismus eine soziale Gefahr dar. Wer als Teil dieser Gefahr identifiziert wird, wird souverän ausgegrenzt. Die sozialstaatliche Rationalität „kollektiviert“ soziale Risiken und erzeugt die Versicherung als Antwort darauf. Diese Solidarität hat das selbstverantwortliche Individuum der neoliberalen Rationalität scheinbar nicht mehr nötig.

4.2.1 Natürliche Armut und Pauperismus als soziale Gefahr. Die klassisch liberale Rationalität

“But then, if it is not poverty which discourse on pauperism takes as its object of attack, if it is not towards the disappearance of the poor – the indispensable support of the existence of the rich – that this discourse is directed, what is its purpose? Its objective is the elimination not of inequality, but of difference” (Procacci 1991: 160).

Repression als Machtmechanismus und ein absoluter Regent im Zentrum sind Charakteristika der souveränen Macht im feudalen Gesellschaftssystem. Mit Foucault lässt sich nach 1700 eine „transitorische Schwelle“ (Pieper 2007: 96) festmachen, die mit der Entstehung des neuzeitlichen „Regierungsstaats“ (ebd.) den Übergang zum „Machttypus der gouvernementalen Führung“ (ebd.) markiert. (Vgl. Pieper 2007: 96)

Was die „Regierung der Armut“ angeht, so entsteht diese nicht erst im 18. Jahrhundert. Auf gesellschaftliche Notsituationen des 15. und 16. Jahrhunderts reagieren als gemeinschaftliche Mechanismen das christliche Spendenwesen sowie die Regulierung der Armut durch Bettelorden und Bettelzünfte. Ab dem 17. Jahrhundert sind Arme, die ihrer Schuldigkeit zu arbeiten nicht nachkommen, mit disziplinärer Maßregelung konfrontiert. Als institutioneller Ausdruck „repressiv-einsperrender Praxen der Aussonderung“ (Pieper 2007: 96) werden Zucht- und Arbeitshäuser zur gängigen Institution. In diese werden arme, kranke, erwerbslose oder alte Menschen als Teil gesellschaftlicher Randgruppen ohne zu differenzieren nach

Ermessen derer, die die Macht haben darüber souverän zu entscheiden, eingeschlossen. Michel Foucault (1996) beschreibt dieses Ordnungssystem, das im 18. Jahrhundert schließlich durch eine „neue Art der Problematisierung“ (Pieper 2007: 96) ersetzt wird. Im Kontext der Abschaffung ständisch-feudaler Abhängigkeiten und des klassischen Liberalismus entsteht ein vor dem Gesetz und moralische Fragen betreffend eigenverantwortliches Subjekt. Die Auseinandersetzung und der Umgang mit Armut richten sich an der neuen liberalen Rationalität aus. Man geht von der grundsätzlichen Freiheit und Gleichheit eines jeden Bürgers aus. Armut wird demnach in diesem Kontext als Folge unterschiedlicher Inanspruchnahme oder Verwendung dieser Freiheit oder aber einer individuellen, moralisch fraglichen Einstellung konzeptionalisiert. Armut etwa aus der Beschaffenheit des wirtschaftlichen Systems abzuleiten, passt nicht länger in die neue Logik, der zufolge „man für sein Unglück stets selbst verantwortlich ist, verfügt man doch über die Mittel, seine Folgen zu kompensieren“ (Ewald 1993: 291). Wertmaßstäbe und die Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen sind die beiden Ansatzpunkte der klassisch-liberalen Regierung.

„Die Armut ist das Stigma einer moralischen Verfehlung, und ihre bedrohliche Anwesenheit ist unentbehrlich, um die besseren Energien der Individuen zu mobilisieren“ (Lemke 1997: 204). Der Weg, sich selbst aus der Armut zu manövrieren, für die man selbst die Verantwortung trägt, ist die Arbeit. Dieser Logik folgend ist es erste Priorität, jedem die Partizipation am freien Arbeitsmarkt möglich zu machen und die Armen am Arbeitsprozess zu beteiligen. Doch es gelingt nicht, die liberale Zusicherung, Armut durch Arbeit zum Verschwinden zu bringen, zu realisieren. Feudale Abhängigkeiten werden abgeschafft, das landwirtschaftliche Organisationsgefüge in das kapitalistische System integriert. Gerade durch diese Prozesse aber passiert die „doppelte Freisetzung“ (Pieper 2007: 97) nahezu aller Personen, die bis dahin selbstversorgend landwirtschaftlich tätig gewesen waren. „Bevölkerungswachstum und Landflucht erzeugen im Zusammenspiel mit der kapitalistischen Ökonomie eine Massenverelendung bisher ungekannten Ausmaßes. Die Logik, die Armut und Arbeit verbindet, lockert sich“ (ebd.). Ab 1800 wird die tradierte liberale Wirtschaftswissenschaft in der Thematisierung der Armut als Problem zunehmend von Diskursen der „Sozialökonomie“ (ebd.) abgelöst. bzw. um die Dimension des „Milieus“ ergänzt. (Vgl. Pieper 2007: 97)

Pauperismus – Armut als „soziale Pathologie“

Im neuen theoretischen Kontext differenziert man zwischen kausalen Faktoren für die Entstehung von Armut und den Konditionen, auf die sie trifft. Gemäß dem sozialökonomischen Zugang sind es pauschale Unbedarftheit, der Niedergang von Werten und Sitten sowie die „Perversion des Willens“ (Pieper 2007: 97) der Menschen, die zur Gesellschaftsschicht der Arbeiter gerechnet werden, die Armut verursachen. Diese ursächlichen Faktoren werden als unabänderliche Charakteristika der betreffenden Personen definiert, während die Konditionen, die sie umgeben, diese lediglich intensivieren oder abschwächen. (Vgl. Pieper 2007: 97)

Ist die Umgebung die des damals neuartigen industriellen Systems, verlangt die Independenz des Arbeiters nach Vormundschaft und Fürsprache, um die freien Individuen vor sich selbst in Schutz zu nehmen. „Den Arbeiter seiner Freiheit zu überlassen hieße, ihn jenem ökonomischen und sozialen Determinismus auszuliefern, der quasi notwendig in die Schrecken des Pauperismus führt“ (ebd.: 115), beschreibt Francois Ewald (1993) diesen diskursiven Zusammenhang.

Um das Fortbestehen wirtschaftlicher Exploitation zu gewährleisten und gesellschaftliche Disparitäten zu stabilisieren, führt man eine Unterscheidung von zwei Formen der Armut ein. Als wirtschaftlich beschriebene Armut löst sich durch die Einbeziehung des armen, aber rechtschaffenen, sich seiner Verantwortung und seiner Schuldigkeiten bewussten Individuums in den Arbeitsprozess in Wohlgefallen auf. Der Pauperismus andererseits entspricht als „anti-soziales Phänomen“ (Pieper 2007: 97) einer „nicht-vergesellschafteten Masse im Inneren der Gesellschaft“ (ebd.), auf die mit „Ausschluss von Verhaltensmerkmalen und Trägern von Differenz, die sich nicht in die herrschende Ordnung einpassen“ (ebd.) reagiert wird. Soziale Disparitäten verlieren ihre politische Brisanz: „Das Problem ökonomischer Ungleichheit wird in eine Unterscheidung im Grad der Vergesellschaftung umcodiert und damit sowohl politisch neutralisiert als auch konserviert“ (ebd.).

Moralisches und materielles Wohlergehen werden diskursiv verknüpft, Moral somit systematisch in den ökonomischen Diskurs eingebaut. „Moral“ meint hier nicht eine Ideologie oder Strategie; Moral bedeutet eine diskursive Vermittlung, die eine ganze Auswahl an Technologien aufstellt, das Soziale als *Verhalten* zu kategorisieren: Die Verhaltensweisen der Menschen seien ihre Moral. Das moralische Element *ist* dann die Ordnung, die die liberale Gesellschaft als lebensnotwendiges Bedürfnis entdeckt: „Between freedom and order, there is

no opposition, the second is in fact a condition of the first“ (Dunoyer 1825: 47, zit. nach Procacci 1991: 198). Und Ordnung sieht sich einer Reihe von Widersachern gegenüber, die die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts „die Armen“ nennt.

„Pauperism is thus poverty intensified to the level of social danger: the spectre of the mob; a collective especially urban phenomenon. It is a composite (and thereby all the more dangerous) population which ‘encircles’ the social order from within (...). It is insubordinate, hidden from the scrutinizing gaze of any governing instance” (Procacci 1991: 158).

Die Definition des *Pauperismus* – Armut, intensiviert auf das Level sozialer Gefahr – funktioniert nicht allein mittels ökonomischer Kategorien, so Giovanna Procacci (1991); statt auf einen bestimmten Grad an Armut, legen Bilder des Pauperismus das Augenmerk auf Wahrnehmungen der Ungewissheit und der Unbestimmbarkeit. Die Unterscheidung von Pauperismus und Armut macht es möglich, dass der Diskurs um die Auslöschung von ersterem Hand in Hand geht mit der Konservierung letzterer: „When pauperism has been conquered, only the poor will remain, that is a certain sum of accidental poverty.“ (Cherbuliez 1853: 121, zit. nach Procacci 1991: 159), liest sich diese Vorstellungswelt in Cherbuliez’ *Étude sur les causes de la misère* 1853. Denn verglichen mit Armut erscheint Pauperismus als ‚unnatürlich‘ und antisozial, eine Deformation. Armut allerdings ist Teil der natürlichen Ordnung, die der Diskurs der liberalen Ökonomie verlangt zu etablieren: natürliche Grundlage für die Entwicklung von Reichtum, die unerschöpfliche Quelle der Ausweitung der Bedürfnisse, das technische Funktionsprinzip des sozialen Projekts der liberalen Ökonomie. Dennoch wird Armut als Thema marginalisiert; sie wurde bewertet als wesentliches, allerdings nicht analysierbares, unadministrierbares Gegebenes. Der geplanten Ordnung der sozialen Natur fremd, taucht Armut nur als Kontrapunkt, als Kandidat für Negation auf. (Vgl. Procacci 1991: 159)

Neben diesem Diskurs, der die Beziehung Armut-Reichtum ratifiziert und Pauperismus aus dem Bild drängt, ist Sozialökonomie involviert in die Formulierung eines anderen Szenarios, in dem Pauperismus wahrgenommen wird als anti-sozial im Sinne von ‚hyper-natürlich‘, als primitive Art des Lebens. Auf Basis einer Analyse der instinktiven antisozialen Tendenzen des Individuums wird Gesellschaft als unausweichliche Einschränkung präsentiert. Instinkte nötigen die Menschheit nicht zu einer zivilisierten Gesellschaft. Nicht nur scheitert sie dabei, für eine natürliche Basis für Kohäsion zu sorgen; die Menschheit ist vielmehr gegen sich selbst gestellt, und entlarvt als ihr eigener Feind „in those classes, where poverty, ignorance

and isolation have diminished the influence of associative ideas“ (Procacci 1991: 159). Die Aufgabe Armut zu regieren, besteht nicht darin diese angeborenen Tendenzen zu unterdrücken, denn sie stellen das entsprechende Terrain für soziale Entwicklung bereit, insofern sie nützlich und notwendig für das Projekt des Wohlstands sind; sondern sie so zu kanalisieren, dass sie innerhalb des Rahmens bleiben, den ihnen das soziale Regime zugesteht. Beherrschung und Führung, jeweils in angemessener Dosierung, werden daher zur Grundlage administrativen Handelns, die fremde Kraft des Pauperismus nutzbar zu machen, die die liberale Ökonomie und ihr Diskurs natürlicher Ordnung nur als nicht dazugehörig ausschließen konnten. Es ist ein Diskurs in zwei Registern, jedes der beiden bestärkt das andere; und wenn es die „Unnatürlichkeit“ der Gesellschaft sei, die benutzt werde um die Möglichkeit der Regierung des Pauperismus zu begründen, könne die innovative Bedeutung dieses Diskurses nicht übersehen werden (Procacci 1991: 159f.).

Nicht die Eliminierung der Ungleichheit, sondern die der Differenz

Aber dann, wenn es nicht die Armut ist, die der Diskurs über Pauperismus zum Objekt seiner Attacke macht, wenn es nicht um ein Verschwinden der Armen geht - der unverzichtbare Support der Existenz der Reichen – auf das dieser Diskurs gerichtet ist, was ist sein Zweck? Sein Objekt sei nicht die Auslöschung der Ungleichheit, sondern die der Differenz (Procacci 1991: 160). Und hier findet die „moralische“ Sprache ihre exakte Bedeutung: Mit dem Begriff „Differenz“ lässt sich unterstreichen, dass die Signifikanz des Begriffs „Pauperismus“ darin besteht, eine Reihe von *differenten* Umgangsformen zu bezeichnen, derjenigen nämlich, die dem Projekt der Sozialisierung, das ausgearbeitet wird, nicht zugänglich sind: Armut sei ein Set körperlicher und moralischer Gewohnheiten (Procacci 1991: 160).

Pauperismus ist Mobilität. Gegen die (behauptete) Notwendigkeit territorialer Sesshaftigkeit, für fixierte Konzentration von Bevölkerung, personifiziert er den Rest einer ungewisseren, flüchtigen Sozialität, unmöglich zu kontrollieren oder nutzbar zu machen: „Vagabondage, order’s inherent nightmare, becomes the archetype of disorder and the antisocial“ (Procacci 1991: 160).

Pauperismus ist Promiskuität. Nicht kategorisierbare Paare, schwierig zu gebrauchen als kohäsive Unterstützung für das soziale Gefüge; spontane Solidaritäten, die sich einer „legalen“ oder „vertraglichen“ Definition entziehen, jedem Versuch ausweichend sie auf die

Ziele des sozialen Projekts hin auszurichten: Polygamie, Schiebung, Nachbarschafts- oder Handelssolidaritäten. Den zeitgenössischen Autoren scheine es unmöglich zu sein, schreibt Procacci, ausreichend aussagekräftige Bilder für die Unmenge an Bedrohungen und Gefahren zu finden, die von den Armenvierteln ausgehen, permanent dafür anfällig auszubrechen und die gesamte Stadt mit ihren Verschmutzungen zu befallen.

Pauperismus ist Unabhängigkeit. Die „schamlosen“ Armen, die traditionelle Formen von Allianzsystemen am Leben erhalten und sich weigern, die Kontrolle über die Organisation ihres Überlebens aufzugeben, bleiben eine undurchdringliche Zone des sozialen Gefüges. Die ökonomische Kritik wirft der öffentlichen Wohlfahrt vor, Inseln der Abhängigkeit aufrecht zu erhalten in einer Gesellschaft, organisiert um das Prinzip der „freien“ Verfügbarkeit über sich selbst. Tatsächlich ist diese Kritik ein Angriff auf diese existenten sozialen Bindungen, die als obsolet angesehen werden, weil sie in ihrer speziellen Art und Weise Abhängigkeit vermitteln: Sie formen Menschen in einen Block, leisten der ‚freien‘ Zirkulation von Individuen im Netzwerk des Arbeitsmarkts Widerstand und verweigern die Gegenleistung, die die Befriedigung der Bedürfnisse berechtigt ist zu verlangen. Das Verhängnis der Tatsache, dass die Armen, die Sozialleistungen bekommen, mit dem erhaltenen Geld machen, was sie wollen, und frei über ihr Hab und Gut verfügen, wird illustriert von den reichlichen Beschreibungen der Unmoral, Trunkenheit und Sorglosigkeit, die diesen Teil der Bevölkerung charakterisieren. Die Beharrlichkeit, mit der sie ihre Unabhängigkeit verteidigen, sei das, was sie als unter die Kategorie des Pauperismus fallend kennzeichnet. Wenn sie frei über ihre eigene Zeit verfügen könnten, widmeten sie nur die Hälfte davon produktiven Tätigkeiten, die andere Hälfte aber „abstoßenden Orgien“. Unabhängig, als Herren über ihre eigene Zeit, seien sie auch Herren über ihre eigene Zukunft (Procacci 1991: 161).

Pauperismus ist Sorglosigkeit und Schlichtheit. Der Pauper hat die Angewohnheit mit der Gegenwart als einziger Gewissheit zu leben und weigert sich, sich von der Zukunft erpressen zu lassen. Der Diskurs über Ersparnisse – die während derselben Periode von der liberalen Ökonomie als Hauptmechanismus der Kapitalakkumulation identifiziert wird – samt seinem Versprechen ökonomischer Unabhängigkeit durch den Zugang zu kleinem Besitz, trifft hier auf ein technisches Hindernis. Deshalb wird die Einführung der Sparkasse, neben der Bereitstellung einfach verfügbaren Kapitals, die Funktion einer Technologie der Abstinenz haben, und die Funktion unter den (Menschen)Massen diesen „Geist der Ökonomie“, sehr

unvorteilhaft für alltägliche Unordnung, zu verbreiten. Die Sparsamkeit der Armen steht für eine Zurückweisung der Ausweitung von „Bedürfnissen“. (Vgl. Procacci 1991: 162)

Pauperismus ist Unwissenheit und Gehorsamsverweigerung. Dass diese beiden Qualitäten in Zusammenhang stehen, steht außer Zweifel für die Sozialökonom: Die Unwissenheit, um die es hier geht, inkludiert die technische Rückständigkeit, die die Organisation der Arbeit behindert; viel besorgniserregender aber ist *die* Unwissenheit, die den ersten Platz unter den Ursachen der Armut besetzt, da sie zu Untätigkeit, Unmoral, Unsauberkeit, Sorglosigkeit, wie auch zu vielen Krankheiten und Unsicherheiten führt, sowie zur Ignoranz gegenüber der Pflicht und ihrer Notwendigkeit:

“And it is exactly this ignorance of their duties, of the necessity of these duties, which makes for the subordination of the impoverished masses, which thrusts them on to the streets, which aspires the arrogance of their demands: it is their ignorance which lies at the origin of their challenge to political power, which they consider responsible for their fate, and of their belief in political struggle as a possible instrument for transforming their situation” (Procacci 1991: 162).

Zu behaupten, Pauperismus lasse sich durch diese Verhaltensweisen definieren, könnte zu einem Missverständnis führen: Es ist keine Frage dessen, die konkrete Realität der Armen zu bestimmen, oder die Art sozialer Existenz, die sie zum Ausdruck bringen, zu idealisieren. Es sei nicht ihre „reale“ Existenz, die hier analysiert wird, denn in diesem diskursiven Kontext sei Pauperismus ein Vorwand: ein politisches Laboratorium für ein intellektuelles Experiment, entworfen um bestimmte soziale Bakterien (selbst nicht notwendigerweise einzig dem Pauperismus zuordenbar) zu isolieren und die Erfindung von Techniken möglich zu machen (obwohl die fraglichen Techniken nicht nur zu diesem Zweck entworfen werden) (Procacci 1991: 163). Die homogene Beschaffenheit der Kategorie Pauperismus, die ohne jegliche Bedenken verwendet wird um eine bestimmte Konzeption der verschiedenen Mikropopulationen zu etablieren, die sie zusammenklammert, zeigt ihren fiktiven Charakter an: Was dieser Begriff tatsächlich benennt, sei das Ensemble der Widersacher, die dem Projekt sozialer Ordnung entgentreten (Procacci 1991: 163).

Das Problem von Bedürftigkeit und Fürsorge wurde im Kontext der intrinsischen Verbindung von Arbeit und Wohlstand wahrgenommen. Es schien, das Problem sei auf einen Schlag zu lösen, durch ein Aus-dem-Weg-Räumen aller Hindernisse für den freien Zugang zum Arbeitsmarkt und dadurch, die Bevölkerung der Bedürftigen in den produktiven Kreislauf zu integrieren: Arbeit, unerschöpfliche Quelle von Wohlstand, der wiederum die unerschöpfliche

Quelle für Arbeit ist, repräsentiert den Schlüssel zu sozialer Organisation. Im 19. Jahrhundert war ein solcher Glaube an das Wunder der Arbeit nicht länger aufrechtzuerhalten. Weit davon entfernt, alle Formen der Armut bis zum Punkt ihrer Eliminierung zu absorbieren, schuf Arbeit selbst neue Formen der Armut und neue Probleme: "Labor is an element of moralization, but it is also, or at least is liable to become, through abuse of the resources it procures, an element of disorder" (Procacci 1991: 163f.). Arbeit schien als allgemeines Prinzip der Ordnung ungeeignet zu sein und unfähig, allein die Probleme zu lösen, die ihre eigene Ordnung hervorbringt: Arbeitslosigkeit; starke Konzentrationen von Menschen und Kapital samt der Promiskuitäten, die sie fördern; Ungleichheiten, verschärft durch die hierarchische Arbeitsorganisation; die direkten Kontakte, die sie zwischen Reichtum und Armut schafft; schließlich die irreduzible Rolle, die Arbeit Letzterer in der Entwicklung Ersterer zuteilt. (Vgl. Procacci 1991: 164)

Was die Erfindung der Armutspolitik(en) anzeigt, ist hier nicht die Eingliederung unproduktiver Bereiche in den Produktionszyklus; sondern im Gegenteil die Inwertsetzung dieser Zonen als Unterstützer anderer Art, das Soziale zu administrieren. So ergibt sich, dass der Diskurs des Pauperismus eine Vielzahl sozialer Populationen abdeckt – die Gruppe, derer die arbeiten, und derer, die außerhalb der Organisation der Produktion bleiben; der Rebellischen und der Zufriedenen; derer, die um Unterstützung ansuchen und derer, die sich selbst durch ein traditionelles Allianzsystem erhalten. Armut besteht als ein Entwicklungsfeld für Techniken zur Strukturierung sozialer Ordnung. Was auch immer die konkrete Lokalisierung der menschlichen Subjekte, mit denen sie sich befassen, ist – diese Techniken sind in der Lage, die Zonen sozialen Lebens unter ihr Management bringen, die bis dahin formlos geblieben sind. Das impliziert auch die Konstitution eines Subjekts, das sich seiner „Pflichten“ bewusst ist, eines bürgerlichen und politischen Subjekts, sozusagen. Es ist nicht Armut als Stigma der Ungleichheit, die bekämpft wird; sondern Pauperismus, verstanden als ein *Cluster* von Verhaltensweisen, ein Träger von Differenz. (Vgl. Procacci 1991: 164)

4.2.2 Risiko und Versicherung als „Technologie der Solidarität“. Die sozialstaatliche Rationalität

Die Konfrontation mit Risiken fordert den Versuch, Mechanismen der Berechnung und des Ausgleichs zu etablieren. Man ist bemüht, der zeitlichen und räumlichen Dimension der Risiken Grenzen zu setzen, sie zu regulieren und unter Kontrolle zu bringen. Ulrich Beck

(1986) zeichnet ein Bild von zwei aufeinander folgenden Perioden der „gesellschaftlichen Modernisierung“ (Lemke 2007b: 51): Während in der Versicherungsgesellschaft zunächst Berechnung, Kompensation und Eingrenzung von Risiken die Realität prägen, greifen diese Mechanismen angesichts von atomaren, genetischen und chemischen Gefährdungslagen nicht länger. Die aktuelle „Risikogesellschaft“ (ebd.) ist mit einem anderen Kaliber von Risiken konfrontiert.

Das Bild, das Beck zeichnet, merkt Thomas Lemke (2007b) kritisch an, fußt auf einem einheitlichen und allgemein gültigen Risikobegriff. Die Logik von Becks verallgemeinernder „zeitdiagnostischer These“ (ebd.: 51) - die aktuelle Gesellschaft sei eine Risikogesellschaft - setzt die theoretische Verkürzung der Komplexität von Gefahren voraus; in den Blick geraten allein versicherbare Risiken. Einen „prinzipiellen Realismus“ (ebd.: 51) stellt Lemke in Becks Diagnose fest: Bewertung von und Bewusstsein für Risiken befindet dieser zwar für „im besonderen Maße offen für soziale Definitionsprozesse“ (Beck 1986: 30), jedoch nicht diese selbst. Parallel zur exponentiellen Zunahme potentieller Gefahrenlagen haben sich, so Beck, Berechnung und Regulation nicht mitentwickelt. Die Möglichkeiten und damit das Risiko, sich selbst zu gefährden, bestehen in bis dahin nicht da gewesener Dimension und sind demnach Charakteristikum einer „katastrophalen Gesellschaft“ (Lemke 2007b: 51). Was für Beck der empirischen Realität entspricht, ist mit Lemke in Frage zu stellen.

“An die Stelle des ‚Entweder-oder‘ tritt für Beck das ‚Und‘“ (Lemke 2007b: 51). Dieser diagnostiziert als politische Konsequenz der neuen Gefährdungssituation die zunehmende Irrelevanz herkömmlicher Antagonismen: Ebnet die Konfrontation mit unberechenbaren kollektiven Risiken Gegensätze zwischen „Frontverläufe zwischen rechts und links, Arbeit und Kapital“ (ebd.: 51) ein?

Mit Lemke lässt sich Becks Theorie Francois Ewalds Konzeption des Risikos entgegenstellen. Die moderne Realität des Risikos charakterisiert Ewald (1993) weniger durch „Gefahr, Ausnahme und Unheil“ (Lemke 2007b: 51) als durch „Wahrscheinlichkeit, Regelmäßigkeit; Berechnung“ (ebd.); Es „ergeben sich aus dieser ‚Normalität‘ von Risiken gerade keine egalisierenden Effekte“ (ebd.).

Nicht die prinzipielle Beschaffenheit möglicher technologischer Gefahren ist der zentrale Referenzpunkt der Risiken und die industriell-gesellschaftliche Realität ihr Ursprung (vgl. Beck 1986); Risiken stehen hier für eine „spezifische Rationalität bzw. sie definieren ein differenzielles Kalkül der Gefahren, das die Unterscheidung von ‚gefährlichen‘ und ‚gefährdeten‘ Individuen erlaubt“ (Lemke 2007b: 51). Ewald versteht das Risiko als eine „Art

des Denkens über Realität“ (ebd.) – nicht als eine Folge dieser – und als den Versuch, diese kontrollierbar und prognostizierbar zu machen. Becks Auseinandersetzung mit der Berechenbarkeit von Risiken bzw. der Absenz dieser Berechenbarkeit wird obsolet, wenn mit Ewald grundsätzlich alles zum Risiko wird:

„Gegen Ende des 19. Jahrhunderts stellte die Versicherung nicht nur die Anwendung einer bereits bestehenden Technologie auf die ‚sozialen‘ Risiken dar, sondern bedingte auch deren Entstehung; sie lieferte ein Modell für das Verständnis der Wirklichkeit“ (Ewald 1993: 482).

Versicherung wird als „Programm ihrer Bekämpfung“ (ebd.) – dieser Wirklichkeit nämlich – bereitgestellt, „um zu versichern, was zuvor als unversicherbar – und damit als unregierbar - galt“ (Lemke 2007b: 52). Will man aber auch Kontingenz sozial steuern und regieren, so schafft man das mittels eines Versicherungskalküls, das darauf abzielt, in einem umfassenden Sinn versicherbare Risiken zu „herzustellen“ und damit alle Realität potentiell regierbar zu machen. (Vgl. Ewald 1993; Lemke 2007b: 51f.)

Mit Ewald macht es Sinn, eine solche Rationalität nicht auf ein vollkommenes und abstraktes Versicherungskalkül, dessen Basis Berechnung - Statistik und Wahrscheinlichkeitsrechnung nämlich – ist, zu reduzieren. Die Regierung des Risikos ist in wesentlichen Teilen ebenso wirtschaftliche und finanzielle, moralische sowie juristische Technik: Sie generiert (erstens) Möglichkeiten der Kapitalisierung und monetären Ersatz für Schäden und Verluste; auf moralischer Ebene hat sie (zweitens) Einfluss auf den Umgang mit Zeit: Zukunft wird zum zentralen Referenzpunkt des Lebens in der Gegenwart und Vorsorge damit zur „Kardinaltugend“ (Lemke 2007b: 52). Sie nimmt (drittens) dem Recht das Monopol, die Art und Weise des Umgangs mit der Gerechtigkeit festzulegen, aus der Hand und transformiert das Prinzip des individuellen Verschuldens in eine kollektive Verantwortung. Durch diese drei Aspekte wird die Versicherung zur „politischen Technologie“ (ebd.). Während Becks Analyse auf die Distribution von Bedrohungen fokussiert, liegt Ewalds Augenmerk auf der Problematik der Herstellung von Risiken, fasst Lemke zusammen. (Vgl. Lemke 2007b: 52)

In der Phase, in der die Versicherung wesentliche Bedeutung zukommt, entsteht und etabliert sich das Sozialrecht. Demgemäß stehen drei wichtige Mechanismen der Versicherung mit diesem und einer sozialstaatlichen Realität in engem Zusammenhang: In ihrer „epistemologischen Funktion“ (Ewald 1993: 482) kann Versicherung als „Rationalitätsmodell“ (ebd.) einen neuen Zugang dazu etablieren, was als soziales Problem

konzipiert wird. Technisch gesehen ist sie (zweitens) wesentlich für die Einrichtung der ersten sozialrechtlichen Institutionen. Drittens attestiert Ewald Versicherung

„den Stellenwert eines Programms, einer Zielvorstellung, eines politischen Modells. Nicht nur soll sich die Gesellschaft in der Form einer umfassenden Versicherung organisieren, sondern diese erscheint zudem als geeignetes Instrument der ständigen Verhandlungen, die die Gesellschaft in Zukunft mit sich selbst führen wird“ (Ewald 1993: 482).

Versicherung ist, so Ewald, zu Beginn des 19. Jahrhunderts nicht nur eine Technologie, die den Umgang mit sozialen Risiken ganz wesentlich prägt, sondern auch eine Bedingung dafür, dass diese Risiken in dieser Form erst auftauchen: Versicherung ist ein „fruchtbare[r] Objektivierungsmodus des Übels“ (ebd.: 483). Obwohl jeder einzelne Mensch mit dem Risiko konfrontiert ist, ist dieses Risiko in erster Linie ein Modus der Distribution von Ereignissen, der auf ein gesellschaftliches Kollektiv fokussiert. Indem sie das Leben in Gesellschaft bewusst macht, ist die Kategorie des Risikos Ausgangspunkt für eine neue Moral, die in „Politiken der Solidarität“ (ebd.) manifest wird. (Vgl. Ewald 1993: 482f.)

Sozialisierung von Risiken als Antwort auf die Soziale Frage

Gemeinschaftlich organisierte Verantwortlichkeit nach dem Schema der Versicherung substituiert ab 1850 die bis dahin gebräuchliche Regulierungsweise als Element der tradierten liberalen Gouvernamentalität und der mit ihr verbundenen Regierungsverfahren. Die Ausrichtung am Recht des Einzelnen, selbstbestimmt zu handeln und sich auch für seine Handlungen verantwortlich zu zeigen, ermöglicht keine Lösung der *Sozialen Frage*, die sich um die Jahrhundertwende zum 19. Jahrhundert enorm an Bedeutung gewinnt. Angesichts einer Situation verhärteter Fronten, in der die „die Arbeiterbewegung Massenarmut als ein dem Industriekapitalismus inhärentes Problem skandalisiert und politische Kämpfe einen Umsturz der bestehenden Verhältnisse befürchten lassen“ (Pieper 2007: 98.) gerät die etablierte liberale Herangehensweise an die Problematik der Sicherheit ins Wanken.

„[H]ow can the state exert a corrective influence on society to counter the revolutionary threat fuelled by the contract between the proclaimed sovereignty of citizens at the ballot box and their subjugation in the factories, without exposing the state to denunciation of this intervention as leading to the negation of civil liberties and the indefinite expansion of the state?“ (Donzelot 1991: 171).

Die radikale Kritik bleibt nicht folgenlos. Selbstverschulden, Schicksal oder Zufall bleiben nicht länger wesentliche Bezugspunkte für „soziale Risiken“ (Pieper 2007: 98) Arbeitsunfälle werden als Resultat der Arbeitsprozesse, des gesellschaftlichen Alltagshandelns also, verstanden; die Distribution ihres Auftretens ist losgelöst vom Zuständigkeitsbereich des Individuums. Das gesellschaftliche Kollektiv wird daher zum Adressat von Forderungen nach Sicherung und sozialer Zuwendungen. (Vgl. Pieper 2007: 98)

Versicherung wirkt als „spezifische Form der Operationalisierung von Solidarität“ (Lemke 1997: 77) und die „Sozialisierung von Risiken“ (ebd.) als die soziale Technologie, die die *Soziale Frage* zu beantworten versucht. Wie im Fall der Arbeitsunfälle werden Alter, Krankheit und Erwerbslosigkeit, die drohen in Armut zu resultieren, als Risiken sozialisiert. Wird hier ein selbstloses Interesse am Wohl des anderen bzw. der Gemeinschaft sichtbar? Die technische Antwort ersetzt die politische. Die Chiffrierung politischer Auseinandersetzungen als sozialtechnologische Angelegenheiten bedeutet ein Einebnen von Gegensätzen und damit eine Tendenz zur Beibehaltung des Status quo. (Vgl. Pieper 2007: 98)

„Der Sozialstaat ist das Ergebnis von sozialen Kämpfen, seine strategische Bedeutung besteht jedoch gerade umgekehrt in einer ‚Depolitisierungspolitik‘, die Kämpfe überflüssig machen soll. Das Soziale ist weniger das Produkt oder das Instrument des Politischen als dass es eine vollkommene Veränderung des Politischen mit sich bringt. Mit der Einführung des Sozialen wurde eine allmähliche Subsumption des Politischen unter das Soziale und die Stilllegung politischer Kämpfe eingeleitet, die Raster wie ‚Sieg‘ oder ‚Niederlage‘ immer oberflächlicher erscheinen lässt“ (Lemke 1997: 223).

Sozialversicherung kann „Versicherung gegen Revolutionen“ (Ewald 1993: 265; Lemke 1997: 213) sein: Sie transformiert den Konflikt zwischen Regierenden und Regierten in eine gesellschaftlich anerkannte, feste Form des Ausgleichs, der das System an sich nicht in Frage stellt. Die Veränderungen, in der die „strategische Erfindung“ (Donzelot 1994: 77) der „Technologie der Solidarität“ (Pieper 2007: 98) und mit ihr der Wohlfahrtsstaat resultieren, betreffen die rechtliche Strukturen, sowie „eine Transformation des epistemischen Feldes des Regierens und der Formierung der Gesellschaft insgesamt. Sie konstituieren ein neues Terrain mit neuen Spielregeln“ (ebd.).

„Von nun an wird das Recht ein ‚Sozialrecht‘ sein, die Gesetzgebung und die Politik werden ‚sozial‘ sein, die Gesellschaft wird ihr eigener Ursprung und Zweck sein, ihre eigene Ursache und Wirkung werden, und der Mensch wird sein Heil und seine Identität nur mehr erlangen können, wenn er sich als Sozialwesen versteht, d.h. als ein Wesen, das von der Gesellschaft zugleich erschaffen, zerstört, entfremdet, drangsaliert, unterdrückt oder errettet wird“ (Ewald 1993: 484).

Zwischen 1880 und 1910, so Ewald (1993) schaffen die „Politiken der Solidarität“ (ebd.: 483) eine „neue politische Positivität“ (ebd.: 485): den „Vorsorge- bzw. Wohlfahrtsstaat“ (ebd.). Dieser ist nicht als Anhang des liberalen Staates misszuverstehen, den es davon wieder zu befreien und in seiner ursprünglichen Form zu rekonstruieren gilt. Als neue politische Realität ist er mehr als die Institution Sozialversicherung. Mit Ewald soll sein zentraler Stellenwert in vier Zusammenhängen erläutert werden.

Die erste (und laut Ewald die wesentlichste) Bedeutung des Vorsorgestaats ist seine Verbindung zur Entwicklung der Industriegesellschaften. Seine wesentliche Funktion ist dabei nicht die negativen Folgewirkungen der Industrialisierung auszugleichen, sondern die Möglichkeit ihrer zukünftigen weiteren Entfaltung, die sie garantiert.

Das zweite Feld betrifft die Abwertung der Autorität der Moral gegenüber dem Recht in politischen Belangen. War der Fürsorge zunächst der religiöse Hintergrund abhandeln gekommen, so folgte nun ihre moralischen Reputation. Almosen und mildtätige Fürsorge gehören einer vergangenen, moralisierten Epoche an: „Von nun an wird nur noch von Rechten die Rede“ (ebd.: 487), schreibt Ewald. Rechtliche Anerkennung wird zum Maßstab der Dinge und ihrer Signifikanz, denn – so die Argumentation – nur das Recht würde der Menschenwürde entsprechen. Aus dem Kontext der Moral bewegen sich politische Problemlagen in Richtung einer soziologischen Kontextualisierung:

„Und die Soziologie lehrt uns, dass die Sozialbeziehung nicht moralischer Natur, sondern von Willensmanifestationen unabhängig ist, ja dass die moralischen Vorstellungen selbst bloß Produkte des Sozialen sind, dass also in einem Wort der Zusammenhalt der Gesellschaft weder von der Existenz noch vom Fehlen einer Moral abhängig ist (Ewald 1993: 487).

Moral gerät damit zunehmend in den Zuständigkeitsbereich des einzelnen Individuums. Für die Kohäsion der Versicherungsgesellschaften sorgen weniger moralische Imperative als bestehende solidarische Beziehungen und wirtschaftlicher Dependenz. (Vgl. Ewald 1993: 487) Parallel zum politischen Bedeutungsverlust der Moral, verlieren die Naturrechtslehren ihre Signifikanz für die Erklärung gesellschaftlicher Wirklichkeit. Basierte das politische Ideal der Liberalen auf der Bezugnahme auf die Natur, besteht in einer neuen Zielvorstellung nicht länger ein „Außerhalb der Gesellschaft“ (Ewald 1993: 489) als mögliche Referenz. Diese sucht und findet daher ihren Sinn und Zweck in sich selbst. Sicherheit, die weiterhin politisch bestimmend bleibt, wird als *soziale Sicherheit* zum „Kongruenzprogramm der Gesellschaft mit sich selbst“ (ebd.: 485). (Vgl. Ewald 1993: 485-489)

Schließlich – Ewalds drittes Feld – verwirklicht „der Vorsorgestaat den Traum von einer ‚Biomacht‘“ (ebd.: 488), einer Art des Regierens und eine machtpolitische Praxis nach dem von Michel Foucault in *Der Wille zum Wissen* beschriebenen Schema:

„Die alte Mächtigkeit des Todes, in der sich die Souveränität symbolisierte, wird nun überdeckt durch die sorgfältige Verwaltung des Körpers und die rechnerische Planung des Lebens (...) Der abendländische Mensch lernt allmählich, was es ist eine lebende Spezies in einer lebenden Welt zu sein, einen Körper zu haben, sowie Existenzbedingungen, Lebenserwartungen, eine individuelle und kollektive Gesundheit, die man modifizieren, und einen Raum, in dem man sie optimal verteilen kann. Zum ersten Mal in der Geschichte reflektiert sich das Biologische im Politischen“ (Foucault 1983: 170).

Herkömmlicherweise kann unter der Herstellung von Sicherheit die Verteidigung der Freiheit einzelner Individuen gegen potentielle Bedrohungen durch andere verstanden werden. Warum fokussiert der „Vorsorgestaat“ (Ewald 1993: 488) hingegen auf die individuelle Lebensplanung der Menschen? Zentral ist hierbei das Konzept des präventiven Handelns, das seine Aktualität im Zusammenhang mit der Einschätzung erhält, jeder Mensch stelle ein Risiko für den anderen dar. Da es kaum praktikabel ist, dieses der gesellschaftlichen Realität inhärente Risikopotential zu beseitigen, wird es zur wesentlichen Aufgabe des Staates, vorbeugendes Verhalten jedes Einzelnen zu initiieren. Die Sozialversicherung dient der biopolitischen Regulierung des Lebens der Bevölkerung. Sie soll vor sich selbst geschützt werden und die Ausschöpfung ihrer Potentiale gesichert werden. (Vgl. Ewald 1993: 488)

„Es gibt ja keine andere Ressource als die des Lebens, und jedes Leben ist eine Ressource“ (Ewald 1993: 488). Für eine biopolitische Regierungsweise hat daher die Sicherung des Lebens als solches oberste Priorität. Liberale Mechanismen freien Wettbewerbs, inklusive „der Freiheit des Starken, den Schwachen erdrücken zu können“ (ebd.), erscheinen als ineffiziente Nutzung bzw. Verschwendung dieser Ressource.

„Der Wert liege nicht mehr in der Freiheit, sondern in der Tatsache, dass man lebt“ (ebd.: 488), beschreibt Ewald den Bedeutungsverlust *der* liberalen Wertigkeit schlechthin. Das Verständnis der Menschenrechte verschiebt sich dahingehend, dass sie einerseits auf die berechnete Forderung nach dem (Über-)Lebensnotwendigen reduziert werden, andererseits beruht dieses Anrecht nicht länger auf Leistungen, sondern auf „der bloßen Tatsache, ein lebender Mensch mit Bedürfnissen zu sein“ (ebd.). Die Wirtschaft bleibt wesentlicher Dreh- und Angelpunkt staatlichen Handelns, jedoch auch nicht ohne Verschiebung ihres Fokus: Eine ökonomische Regulierung des Lebens ersetzt das Wirtschaften mit Materiellem. (Vgl. Ewald 1993: 488)

“Wenn der Vorsorgestaat den Traum von einer ‚Bio-Macht‘ zu erfüllen vermochte, dann vor allem deshalb, weil er ihre rechtliche Befreiung erreichen konnte“ (Ewald 1993: 488). Eine „Absicherung“ (ebd.) – die Rechtssicherheit des Individuums gegenüber der Gewalt der Regierenden, der Macht also durch das Recht Grenzen zu setzen – erkämpfte man in der Französischen Revolution 1789 als Menschenrecht. Das Sozialrecht etabliert zwei wesentlichen Veränderungen: die erste durch das offizielle Zugeständnis von „Anrechten“ (ebd.) eines jeden auf Lebensunterhalt, Gesundheit, Sicherheit; die zweite „indem es der Gesellschaft, der Macht oder wie man sie auch nennen will, das Recht eines präventiven Handelns zuspricht, das sich von der bloßen Verfolgung eines Gesetzesbruchs grundlegend unterscheidet“ (Ewald 1993: 489). (Vgl. Ewald 1993: 488f)

4.2.3 Armutsbekämpfung als Selbsttechnologie. Die neoliberale Rationalität

Die sozioökonomischen Mechanismen des Wohlfahrtsstaats treffen in den 1970er Jahren auf neue Herausforderungen.

„Eine zunehmende Globalisierung der Märkte, Kapitalflüsse und Informationssysteme, die Umstrukturierung westlicher Industrienationen in Dienstleistungsgesellschaften, neue Strategien der Unternehmensführung sowie sinkende Wachstumsraten bei gleichzeitig steigenden Sozialausgaben treiben das fordistische Gesellschaftsprinzip des Sozialstaats und seine gouvernementale Logik in die Krise“ (Pieper 2007: 99).

Auch das „Versicherungsmodell“ (ebd.) und die aktuellen Formen der Subjektivierung werden diese nicht unbeschadet überleben werden. Michel Foucault zufolge ist es eine „Krise der Regierung“ (Lemke 1997: 241), die weit über ökonomische Zusammenhänge hinausgeht. (Vgl. Pieper 2007: 99)

Kritische Stellungnahmen gegenüber dem Wohlfahrtsstaat sind in dieser Zeit in aller Munde. Die neoliberale Programmatik gewinnt ihre Schlagkraft, in dem sie Kritikpunkte unterschiedlicher politischer Tendenzen zusammenführt und ihnen einen gemeinsamen Ausdruck gibt. Die neoliberale Art des Regierens initiiert einen tiefgreifenden Umbau gemäß dem übergeordneten wirtschaftlichen Prinzip, das zur Grundregel der Strukturierung des Staates selbst wird. Ulrich Bröckling et al. (2000) fassen diese Vorgänge als „Ökonomisierung des Sozialen“ zusammen. „Das Diktum der Ökonomie wird zur alles bestimmenden Realität und diffundiert bis in die feinsten Ganglien der Gesellschaft“ (Pieper 2007: 99).

Auch der Bereich der Sozialpolitik wird von dieser Transformation erfasst. Ein bestimmtes Verfahren der Subjektivierung – das der „Responsibilisierung“ (Krasmann 2003: 106) nämlich – und eine wiederum neue Moral sind die Funktionsmechanismen dieser Rationalität. „Die Definition sozialer Probleme, die Sicht auf gesellschaftliche Gruppen, soziale Beziehungen und Verhältnisse erfahren eine dieser Rationalität entsprechende Fassung“ (Pieper 2007: 99). Eine „artifizielle, arrangierte Freiheit“ (Lemke et.al. 2000: 15) des eigenverantwortlichen Subjekts ersetzt das gemäß der klassisch-liberalen Perspektive etablierte „laissez-faire“.

Das neoliberale Subjekt fasst Entschlüsse nach marktwirtschaftlichen sowie Effizientkriterien und verfügt über die Kapazität zu ständiger Anpassung. Als eigenständig handelnder „Unternehmer seiner Selbst“ (Pieper 2007: 99) steht es den hilflosen Individuen im Fürsorgestaat gegenüber. Geht man davon aus, dass staatliche Wohlfahrtsmaßnahmen Abhängigkeit und Hilfsbedürftigkeit verstärken, wie es der neoliberale Diskurs tut, so macht es Sinn, die betreffenden Menschen als tätige Individuen anzusprechen, die ihre Lebenslage selbst schaffen und verändern:

„Die Frage sozialer Ungleichheit wird generell als Konkurrenz zwischen (potentiellen) Arbeitskräften und als Frage von deren psychischer Konstitution, Motivation und Fähigkeit zu permanenter Selbstmodulation artikuliert“ (ebd.).

Was hier deutlich wird, sind die Verfahren einer moralischen Steuerung, die Erwerbslosigkeit und Inanspruchnahme staatlicher Fürsorge als Probleme definiert/kategorisiert und zu ihrem Wirkungsbereich macht. „Kollektive Solidarität“ (Pieper 2007: 100) wird als zentrale Referenz des Sicherheitskonzepts abgelöst von einem „Modus der Aktivierung und Anrufung“ (ebd.) und dem Konzept der „Selbstsorge“ (ebd.). Als aktive, selbstverantwortliche Individuen haben Erwerbslose „unablässig nach einem Arbeitsplatz zu fahnden und ihre beruflichen Qualifikationen zu verbessern“ (ebd.: 92), beschreibt Rose (2000) die neue Konzeption.

„Empowerment“ ist das Motto, unter dem das Selbst-tätig-werden und das Vertrauen in die eigene Handlungsfähigkeit gestärkt werden. So funktionieren Maßnahmen US-amerikanischer Programme, die der Armut den Kampf ansagen, dem Diskurs nach als Immunisierung - „social vaccine“ (Pieper 2007: 100) – gegen eine Reihe festgestellter „Armutsprobleme“ (ebd.). Es gilt die Armen gegen „Gewalt, Kriminalität, Drogenmissbrauch, Teenagerschwangerschaften, sexualisierte Gewalt gegen Kinder, Erziehungsfehler und

chronischen Sozialhilfebezug“ (ebd.) widerstandsfähig zu machen. Als eine Angelegenheit der „Selbstführung“ (ebd.) gerät Armut in den alleinigen Verantwortungsbereich der armen Individuen: „Diese Produktion eines autonomen ‚ermächtigten‘ Subjekts verknüpft sich unauflöslich mit dessen Unterwerfung als individualisiert selbstverantwortlicher Person“ (Pieper 2007: 100). Nicht nur bleiben damit sozioökonomische Disparitäten bestehen, diese werden vielmehr auf Grundlage einer neuen „Topologie des Sozialen“ (Lemke et.al. 2000: 32) neu verschlüsselt. (Vgl. Pieper 2007: 100)

4.3 Resilienz statt Entwicklung

4.3.1 Die Unsicherheit regieren

Neue Grenzkontrollen und Überwachungsregime werden mit der Errichtung eines breit angelegten Programms der Sicherheit (*Securitisation*) assoziiert. Es gehören allerdings dazu auch neue Techniken der Individuierung und Identifizierung, die auf biometrischen Daten basieren und mit neuen Techniken der Risikoerfassung verknüpft sind, die sich auf große Gruppen anwenden lassen.

Big-Brother-Staat? Überwachungsgesellschaft? Weltrisikogesellschaft? Verkündigungen durch führende Sozialtheoretiker wie Giorgio Agamben machen glauben, so Filippa Lentzos und Nikolas Rose (2008), dass politische Rationalitäten unter Druck und am Verschwinden seien. Das entstehende Vakuum würde neue Formen des Denkens und Handelns in Bezug auf die Frage, wie zu regieren sei, füllen, veränderte Formen, durchsetzt von der Problematik des Risikos und angeleitet vom Telos der Sicherheit (ebd: 76).

Neue Szenarien der Gefahrenabwehr nehmen ihre spezifische Form im Rahmen von Problematisierungen und Rationalitäten an, die auf bestimmten Konzeptionen von Sicherheit und Unsicherheit sowie bestimmten Strategien des Regierens beruhen. Lentzos und Rose beschreiben die drei Konfigurationen „Notfallplanung“ (*contingency planning*), „Schutz“ (*protection*) sowie „Resilienz“ (*resilience*). Jede dieser Konfigurationen impliziere unterschiedliche Kombinationen der beiden Imperative, die für das Regieren gegenwärtiger liberaler Gesellschaften grundlegend sind: des Imperativs der Freiheit und des Imperativs der Sicherheit. „Fortgeschritten liberale“ Rationalitäten/Technologien fokussieren dabei nicht auf ein Regieren der Sicherheit, sondern der Unsicherheit bzw. das Regieren der Sicherheit durch

Unsicherheit; sie sind bemüht zu regieren, ohne die Gesellschaft zu regieren (vgl. Lentzos/Rose 2008: 77). Das impliziert eine Neukonzeption der Beziehung zwischen Regierung und Freiheit:

„Freiheit, verstanden als Prozess der Autonomisierung und des Verantwortlichmachens (responsibilisation) der Akteure, wurde zum leitenden Prinzip; ein Prinzip, das nunmehr in post- sozialer Weise mit den Bestrebungen und Imperativen staatlicher und nicht-staatlicher Akteure verkoppelt werden musste“ (Lentzos/Rose 2008: 78).

Foucault unterscheidet einen „zentripetalen“ disziplinären und einen „zentrifugalen“ Sicherheitsmechanismus: Ersterer reguliert in einem geschlossenen Operationsraum durch die Etablierung von Normen; zweiterer dadurch, dass er „ohne Unterlass neue Elemente integriert (...) immer weiträumigere Kreisläufe organisieren oder sich jedenfalls entwickeln zu lassen“ (Foucault 2004a: 73). Variationen sind dann etwas, das unvermeidlich vorkommt. Einschätzung und Agieren passiert nicht entlang der Binarität von gut/böse; stattdessen wird versucht, die komplexe Realität zu erfassen und in Hinblick auf die gewünschten Ziele zu regulieren und zu handhaben. Dass die gegenwärtige Thematik der Sicherheit „den alten Traum von der Disziplin“ (Lentzos/Rose 2008: 81) nicht reaktiviere, zeigt sich, so Lentzos/Rose, unter anderem darin, dass die Sicherheitsstrategien nicht nur auf die jeweilige unmittelbare Gefahrensituation ausgerichtet sind; sie zielen auch auf Überzeugungen, Gefühle und Empfindungen, darauf, „vor Gefahren geschützt oder nicht ausgesetzt zu werden, [auf] Gefahrlosigkeit“ (ebd.). Die Technologien der Sicherheit bildenden Sicherheitsvorkehrungen schützen nicht nur die Interessen eines Staates, einer Organisation oder einer Person vor Gefahren; sie wollen einen Zustand der „Freiheit von Zweifeln“ etablieren, eines (im besten Fall wohlbegründeten) „Vertrauens“, einer „Gewissheit“ und einer „Freiheit von Sorge, Angst oder Unruhe“. Es ist nicht unbedingt das Regieren der Unsicherheit als eines möglichen Zustandes, um die es geht: Sicherheit wird *durch* Unsicherheit regiert, „durch die Instrumentalisierung dieser sehr subjektiven Zustände von Zweifel, Angst, Unruhe etc. [sic!] Zustände, die sich gezielt aktivieren lassen, um die für die Sicherung der Sicherheit notwendige Wachsamkeit, Bereitschaft und Vorsorge zu gewährleisten“ (Lentzos/Rose 2008: 82). Anders als die Disziplin liegt der Fokus aktueller Sicherheitsstrategien weniger auf Intervention nach dem Ereignis, als vielmehr auf Antizipation und frühzeitiger Vorbereitung.

Unter dem Stichwort *Preparedness* versucht man unerwünschte zukünftige Szenarien zum Zwecke ihrer vorausschauenden Abwehr präsent zu machen. Konjunktur hatte diese Forderung insbesondere in den USA als massive Kritik an der Politik im Zusammenhang mit den Anschlägen vom 11. September 2001, dem fatalen Katastrophenmanagement angesichts des Hurricans *Katrina* im August 2005 sowie allgemein im Kontext des *war on terrorism*. Neu ist der Imperativ des umfassenden Vorbereitetseins nicht, tauchte das Konzept der *Preparedness* und die Kritik des Mangels daran bereits im 18. Jahrhundert auf. Während Risikokonzeptionen in früheren Zeiten eine Zukunft konstruiert hätten, auf die man in der Gegenwart einwirken konnte, so Lentzos/Rose, würden gegenwärtige Sicherheitslogiken eine hochgradig unsichere Zukunft ins Visier nehmen. Einer Zukunft, die bestimmten Gesetzmäßigkeiten gehorchte und nach den Regeln der Wahrscheinlichkeit kalkuliert werden konnte, folgt eine Vielzahl möglicher Zukünfte, die keinen statistischen, probabilistischen oder epidemiologischen Regeln gehorchen. Rationale Risikokalkulation und Risikomanagement kommen nicht länger an die Ungewissheit dieser Zukünfte heran, die dennoch dechiffriert, vorhergesehen, entschärft werden müssen: Mögliche zukünftige Entwicklungen müssten daher entworfen und mit einer Vielzahl von Zukunftstechnologien bearbeitet werden. Es werden Instrumente und Techniken zur Simulation zukünftiger Situationen sowie Möglichkeiten entwickelt, deren Konsequenzen zu managen. (Vgl. Lentzos/Rose 2008: 84)

Resilienz - im Deutschen auch mit „Belastbarkeit“, „Widerstandsfähigkeit“ zu übersetzen – meint die Fähigkeit, jedwede krisenrelevante Herausforderung bewältigen zu können. Der ursprünglichen Bedeutung als Rückstoß, Abprall oder Rückfederung gemäß, bezeichnete der Begriff im 19. Jahrhundert auch die Fähigkeit einer Struktur nach einer Kompression oder Deformation die ursprüngliche Gestalt zurückzuerlangen. Die mentale Fähigkeit, Stress oder widrige Umstände durchzustehen und sich von negativen Auswirkungen rasch zu erholen, kam als mögliche Bedeutung hinzu. Schließlich umfasst der Begriff auch die Fähigkeit von Systemen, Strukturen und Organisationen, Schock- oder Katastrophensituationen unbeeinträchtigt zu überstehen bzw. sich von diesen wieder schnell zu erholen.

Heute ist Resilienz zu etwas geworden, das hergestellt und in Systeme, Organisationen, vielleicht auch in Staaten und Personen eingearbeitet werden kann. Über die Haltung der *Preparedness*, darüber geschützt zu werden und Systeme für den Umgang mit Eventualitäten zur Verfügung zu haben hinaus, funktioniert Resilienz durch systematische, breit gestreute, organisatorische, strukturelle und persönliche Stärkung subjektiver und materieller Gefüge;

die Fähigkeit dieser Gefüge, Störungen innerhalb komplexer Welten zu antizipieren und zu tolerieren ohne zusammenzubrechen, Erschütterungen standzuhalten und zu regenerieren, soll gefördert werden. Im Gegensatz zum „Big-Brother-Staat“ zielt die Logik der Resilienz vielleicht darauf ab, einen subjektiven und systematischen Zustand herzustellen, der alle und jeden befähigt, auch in einer Welt voller Risiken frei und vertrauensvoll zu leben. (Lentzos/Rose 2008: 98f.)

Individuen und Organisationen müssten ihre Leistung stets den aktuellen Bedingungen anpassen, so das *Resilience Engineering Network* (o.J.). Da allerdings Ressourcen und Zeitvorräte endlich sind, wird eingestanden, können solche Anpassungsprozesse nur Annäherungen sein:

„Individuals and organisations must always adjust their performance to the current conditions; and because resources and time are finite it is inevitable that such adjustments are approximate. Success has been ascribed to the ability of groups, individuals, and organisations to anticipate the changing shape of risk before damage occurs; failure is simply the temporary or permanent absence of that“ (Resilience Engineering Network 2012).

4.3.2 Vulnerabilitäts- und Resilienzkonzepte als Objekte von Deutungsmacht

„Es sei kaum zu übersehen, dass die politische Debatte aktuell den Sicherheitsdiskurs ansteuert, um unterschiedlichste soziale Bereiche für eine Reihe von Interventionen zu formieren. Dabei sind die Fälle gleichermaßen disparat wie mannigfaltig“ (Opitz 2008: 202).

Vulnerabilität – verstanden als Verletzlichkeit von Menschen und Gegenständen angesichts von Gefährdungen – und *Resilienz* – verstanden als widerständige, strukturstabilisierende, regenerative Reaktionen auf Gefährdungen oder Schädigungen – werden aus sehr heterogenen Perspektiven heraus definiert und im Diskurs lanciert, sowohl was ihre Ursachen als auch ihre Folgewirkungen betrifft. Vulnerabilität und Resilienz – in dieser Hinsicht scheint ein vager Konsens zu bestehen – existieren nicht per se, sondern resultieren aus sozialen Prozessen und sozialer Konstruktionen der Wirklichkeit, die wiederum mit Machtverteilungen und dem Zugriff von Individuen und Gruppen auf ungleich verteilte Ressourcen zusammenhängen. Man geht davon aus, dass sie je nach unterschiedlichen gesellschaftlichen Zuständen als mehr oder weniger prekär, existenziell bedrohlich, zu Schutzmaßnahmen herausfordernd, beherrschbar usw. definiert werden. Risikodefinition ebenso wie Vulnerabilitäts- und Resilienzverständnisse sind das Ergebnis konkurrierender Deutungen, Deutungskonflikten

und Ansprüche auf die Realisierung von Deutungsmacht. Werden Vulnerabilität und Resilienz als Gegenstände von Diskursen, Symbolbildungen und Institutionalisierungsprozessen etabliert, entstehen veränderte Ansichten auf soziale und physische Räume und mit ihnen verbundene Handlungsformen. (Vgl. Bürkner 2010: 6)

„Vulnerabilitäts- und Resilienzanalysen rekurren nur allzu leicht auf einen vermeintlichen gesellschaftlichen Common Sense. Dieser suggeriert vor aller Theorie und Empirie die Existenz ‚ganzer‘, stabiler, funktionsfähiger, gesunder und daher erstrebenswerter Strukturen“ (Bürkner 2010: 34).

Ohne die mit Untertheoretisierung und *Common-sense*-Überzeugungen einhergehenden Normativismen mitzudenken, sind detaillierte Beschreibungen latenter und manifester Schadensereignisse nicht mehr als unkritisches Übernehmen und wissenschaftliches Umformulieren.

Welches Ereignis wird als Katastrophe definiert, welcher Grad der Beeinträchtigung als Schädigung, welche Handlungen als schadensrelevant oder Schaden verhütend wahrgenommen? Hans-Joachim Bürkner (2010) weist auf den Einfluss von alltäglichem Wissen, den politischen Überzeugungen und den Vorerfahrungen auf derartige Definitionsprozesse hin. Häufig konzediert werde, so der Autor, dass sich die jeweils aktuellen Stände einschlägiger politischer Debatten und öffentlicher Diskurse, insbesondere unter dem Einfluss von Expertenmeinungen, der Positionierung ökonomischer Akteure, den Themen- und Aufmerksamkeitskonjunkturen der Massenmedien usw., zusätzlich auf die Entstehung normativer Voreinstellungen auswirken können.

Die aktuelle Konjunktur bestimmter Themen - „Klimawandel“, „Energieeffizienz“, „Ressourcensicherung“ - verleihe Risiken, Gefährdungen, Vulnerabilitäten den Status evidenter, vorrangig zu lösender sozialer Probleme (Bürkner 2010: 5). Als Konstrukt ist „Vulnerabilität“ nicht immer originaler Bestandteil gesellschaftlicher Praxis, sondern wird womöglich in wissenschaftlichen Diskursen erzeugt und ausformuliert. Dass von Forschern ausgehende Thematisierung von Vulnerabilitäten in öffentlichen Diskursen dann ihrerseits Bestandteil sozialer Praxis wird, ist wahrscheinlich. (Vgl. Bürkner 2010: 35)

Perspektiven auf Vulnerabilität und Resilienz bleiben häufig ohne tief reichende gesellschaftstheoretische Fundierung. Zwar wird ökonomische, politische und soziale Verursachung von Vulnerabilität zwangsläufig *pro forma* benannt – meist in Form der Aufzählung möglicher Faktoren einer unzureichenden oder missglückten Anpassung; insbesondere materialistische Erklärungen für die Entstehung spezifischer Umgangsweisen

mit der natürlichen und sozialen Umwelt, für dahinter liegende Interessen, ökonomische und politische Verhältnisse, Machtkonstellationen und daran geknüpfte soziale Konflikte rücken aber selten in den Fokus der Analyse. (Bürkner 2010: 9)

In einer stärker handlungsbezogenen Konzeption des Vulnerabilitätsbegriffs (Vgl. Chambers 1989) wird ein externer und ein interner Anteil der Vulnerabilität unterschieden. Die (externe) Exposition von Individuen und Gruppen gegenüber faktischen Risiken, Schocks und Stressoren steht der (internen) Hilflosigkeit des Subjekts und seiner Unfähigkeit zur angemessenen Reaktion auf Schädigungen, Verluste usw. gegenüber. Es mangelt darn, die individuelle Handlungsfähigkeit relevanter Akteure mit möglichen Fragen nach ihrer konkreten sozialen Verursachung in Beziehung zu setzen: „Soziales Handeln erscheint daher eher als Folge psychischer (Anpassungs-) Reflexe auf Risiken, denn als Praxisform, die in konkrete gesellschaftliche Verhältnisse und Strukturen eingebettet ist“ (Bürkner 2010.: 11).

Resilienz und Vulnerabilität gewinnen nicht zuletzt im Kontext des Übergangs vom sorgenden Wohlfahrtsstaat zum Gewährleistungsstaat, der mit der Flexibilisierung von Produktion und Arbeitsmarkt einhergeht, an Relevanz. In deutlicher Nähe zur Beck'schen Rede von der Weltrisikogesellschaft (Beck 1986) sieht Vogel (2004) soziale und berufliche Gefährdungen auf dem Vormarsch, weil der Staat zunehmend weniger für die Daseinsvorsorge und den sozialen Status eintrete, sondern lediglich eine Grundsicherung für den Notfall gewähre (ebd.).

Der *Exklusion* als Metapher der Krise gesellschaftlicher Integrationsinstanzen wird die *Vulnerabilität* als eine Kategorie entgegengesetzt, die die Folgen des gesellschaftlichen Strukturwandels fasst: Vulnerabilität erscheint als die Möglichkeit von Exklusion innerhalb einer von sozialer Diversifizierung gekennzeichneten Gesellschaft. (Vgl. Vogel 2010: 6)

Was die Relevanz von Vulnerabilität und Resilienz im Kontext von Entwicklung angeht, so erscheint erstere nicht bloß als Möglichkeit der Exklusion, sondern ist auf anderer Ebene auch manifester Ausdruck der Exklusion – der Exklusion aus dem potentiellen Wirkungsbereich des materiellen Fortschritts nämlich. Resilienz ist die neue Antwort auf die prekären Lebensumstände von Bevölkerungen, die selbstverantwortlich mit Lebensrisiken umgehen müssen um zu überleben – jenseits des Versprechens auf materielle Entwicklung und Fortschritt.

4.3.3 Risikomanagement versus Fortschritt im Kontext des *Post-Development*

Frans Schuurman (2001) beschreibt drei charakteristische Denkmuster des paradigmatischen Nachkriegs-Entwicklungsdenkens. Die Essentialisierung der Entwicklungsländer und ihrer Bevölkerung als homogene Einheiten; der bedingungslose Glaube an das Konzept des Fortschritts und die Machbarkeit der Gesellschaft; die Bedeutung des (National-)Staats als analytischer Referenzrahmen und das politische und wissenschaftliche Vertrauen in die Rolle des Staates den Fortschritt zu verwirklichen.

Die ersten beiden bilden den Kern eines Denkens über Entwicklung, das als *Developmentalism* bezeichnet wird: ein evolutionäres Entwicklungsdanken, abzielend auf eine „Dritte Welt“, unilinear und teleologisch; (als solches konnte es zwei gegensätzliche Cluster an Entwicklungstheorien, so bspw. Modernisierungstheorien und marxistische Theorien, umfassen). Das dritte Charakteristikum sei eine Reflektion dessen gewesen, wie der moderne Staat zunehmend von seinen Anfängen im 19. Jahrhundert an die Initiative im Entwicklungsprozess übernahm; eine Initiative, die ihren Höhepunkt in der Konstruktion des Wohlfahrtsstaats in den westlichen Industrieländern nach dem Zweiten Weltkrieg fand, und anschließend in die Entwicklungsländer exportiert wurde (Schuurman 2001: 4f.).

“History moves on, however. Social, economic, and political developments change the Zeitgeist” (Schuurman 2001: 5). Paradigmen haben eine natürliche Resistenz gegenüber Veränderung, manche mehr als andere. Als solche seien die drei paradigmatischen Charakteristika des Entwicklungsdenkens unter Angriff geraten. Aus postmodernen und *Post-Development*-Kreisen kam Kritik an der Essentialisierung der „Dritten Welt“ sowie am bedingungslosen Fortschrittsglauben; auf den (National-)Staat als dem wesentlichen Entwicklungsakteur legte der Globalisierungsdiskurs seinen Fokus (vgl. Schuurman 2001: 5). In den 1990ern wurde das Abhandenkommen des Fortschrittsglaubens übersetzt in einerseits unterschiedliche Versionen postmodernen (Anti-)Entwicklungsdenkens, andererseits in die Idee der Weltrisikogesellschaft. Das Einsetzen des Entwicklungspessimismus datiert Schuurman bereits auf die Dekade zuvor: In den 1980er Jahren wurde die sich immer weiter öffnenden Schere zwischen reichen und armen Ländern Realität. Wo es wirtschaftliches Wachstum gab, hatte es katastrophale Auswirkungen auf die Umwelt; das Ende des real existierenden Sozialismus ließ sozialistisch inspirierte Entwicklungsstrategien von akademischen und politischen Agenden verschwinden.

Ein frühes postmodernes, tatsächlich auch anti-modernes (Nicht-)Entwicklungsdanken formuliert Wolfgang Sachs (1992); spätere Versionen (Escobar 1995; Rahnema 1997)

verwiesen Fortschritt und Entwicklung auf die Müllhalde des 20. Jahrhunderts, proklamierten das dritte Millennium besser ohne diese Konzepte zu betreten:

„The Western notion of progress would only cause environmental pollution because it means industrialization. It would sever indigenous peoples from their cultural roots and expose them as helpless victims to a global exploitative capitalism that through manipulation in the media urged them to consume the wrong things for the wrong reasons with money they do not have” (Schuurman 2001: 6).

Alternativen, die von den Post-Development-Denkern angeregt wurden, allerdings, überzeugen zumindest Schuurman nicht: „[They] have a high New Age-like content clad in Third World clothes“ (Schuurman 2001: 6).

Fin-de-siècle-Pessimismus und das Konzept der Risikogesellschaft sind zwei andere Varianten des Vertrauensverlusts in den Fortschrittsglauben. Samuel Huntingtons *Clash of Civilisations* (1996) prophezeit einen unvermeidlichen Zusammenstoß der Kulturen, sollte der Westen nicht dem Prinzip kulturellen Relativismus in der internationalen Politik folgen. Der ultimative Sieg individuellen Materialismus', der in der Degradierung traditioneller Netzwerke menschlicher Solidarität resultiert habe, ist Eric Hobsbawms (1994) Erklärung der moralischen *Fin-de-siècle*-Krise. Dieses moralische Vakuum habe ein Chaos zur Folge, das durch den Angriff einer globalen Ökonomie intensiviert wird, der die Nationalstaaten ohne Verteidigung zurücklässt. Robert Kaplans *The Coming Anarchy* (1994) lässt Huntington und Hobsbawm optimistisch erscheinen: Ein Bild des im totalen politischen und sozialen Chaos versinkenden Westafrika; paramilitärische *Warlords* und organisierte Banditen führen einen Kampf um spärlich vorhandene Ressourcen, während urbane Zentren von Korruption, Kriminalität, Krankheiten, Überbevölkerung und Umweltverschmutzung regiert werden; eine regionale kriminelle Anarchie die schließlich die globale Ebene erreichen wird. Kaplan zufolge resultierte das Ende des Kalten Krieges nicht im „Ende der Geschichte“, im Gegenteil – es leitete eine Periode ein, in der internationale Beziehungen vom Chaos regiert werden. (Vgl. Schuurman 2001: 7)

Extrem seien die *Fin-de-siècle*-Studien dieser Autoren jedenfalls, so Schuurman, jedoch nicht atypisch. Im Vergleich zum Ende des 19. Jahrhundert war die kürzliche *Fin-de-siècle*-Atmosphäre entschieden pessimistischer. Trotz Zweifel habe zu Ende des 19. Jahrhunderts der Optimismus, insbesondere das Vertrauen in die Wunder des technologischen Fortschritts, überwogen; während es im ausgehenden 20. Jahrhundert die Angst vor den unbeabsichtigten Auswirkungen des technologischen Fortschritts ist, die einen solchen paralysierenden Effekt

auf das Vorstellen von positiven Zukunftsszenarios hatte und hat.

1986 erfand der deutsche Soziologe Ulrich Beck (später weiterentwickelt mit Anthony Giddens und Scott Lash 1996) das Konzept der (*Welt*)*Risikogesellschaft*. Es impliziert die Sinnlosigkeit nach vorne zu schauen und zu planen angesichts des zunehmenden Einflusses unintendierter Konsequenzen, die uns die technologische Wachstumsmaschinerie hinterlässt. Folglich und entgegen der reflexiven Moderne, die menschliche Akteure befähigt mit globalen Risiken umzugehen, wird *human agency* – ganz zu schweigen von Fortschritt und Emanzipation – hier kleingeschrieben, unterbewertet. Die Weltrisikogesellschaft fuße auf europäischen ethnozentrischen Denkmustern – die Realität in Ländern des Südens sei häufig kaum je etwas anderes als die einer Risikogesellschaft gewesen (Schoorman 2001: 7f.).

Eines der zentralsten und gegenwärtigsten Paradigmen der Moderne wurde in den zwei letzten Dekaden des 21. Jahrhunderts mit schwerwiegender Opposition konfrontiert: Postmoderne, Post-Development, die anglo-deutsche Achse der reflexiven Modernisierung samt ihrem Konzept der Weltrisikogesellschaft machten sich daran *den Fortschritt* zu dekonstruieren. Die Lösung des Problems Unterentwicklung, wie sie viele Autoren einer postmodernen, anti-modernistischen Tradition zur Debatte stellen, ist oftmals erstaunlich naiv in ihrer Simplizität: die Armen in den Entwicklungsländern ihre Bedürfnisse, die den unseren ähneln, vergessen lassen; sie vergessen zu lassen, dass sie einen Lebensstandard wollen wie in der „entwickelten Welt“; eine entsprechende Wohnsituation, Gesundheitsversorgung, Beschäftigung etc.. Diese Bedürfnisse würden die Menschen in den Sog des Entwicklungsprozess samt all seiner negativen Implikationen ziehen, so die Kritik.

Der starke Eindruck etwa, dass die Bevölkerungsmehrheit in Entwicklungsländern tatsächlich interessiert seien am richtigen Preis für ihre Produkte, an Zugang zu zweisprachiger Bildung, Elektrizität, Transport, Gesundheitsversorgung, steht einer solchen Sicht entgegen. Forderungen werden laut, von den Regierungen in den Entwicklungsprozess integriert und nicht länger als Bürger zweiter Klasse behandelt zu werden. Was Jahre zuvor als Herausforderungen der Entwicklung definiert wurde, sei kaum eine Frage der subjektiven Perspektive, so Schoorman: „Hunger and high morbidity and mortality rates in the Third World do not just disappear by merely changing the subjective perspective of the people involved” (Schoorman 2001: 8).

Doch ist das neue Risiko, mit dem sich die Weltrisikogesellschaft konfrontiert sieht, tatsächlich neu, ein Nebeneffekt oder ein konstitutives Charakteristikum der postfordistischen Globalisierungsphase?

Als ahistorisch und ethnozentrisch beurteilt Frank Füredi (1996) diese Sichtweise. Was die indigene Bevölkerung, konfrontiert mit den aufgezwungenen Risiken der Kolonisierung betrifft, sei ihre Gesellschaft seit der Kolonisierung eine Risikogesellschaft gewesen.

Opportunistisch sei das Konzept weiters, da es zu einer Zeit auftaucht, in der Risiken, die der Norden in den Süden zu exportieren gewohnt war, beginnen die industrialisierten Staaten selbst zu bedrohen. Drittens verteilen sich die Risiken, wie es die Weltrisikogesellschaft suggeriert, keineswegs gleichmäßig: Die globalen Dimensionen von Risiken aufzuzeigen, darf nicht davon ablenken, dass bestimmte Räume und Menschengruppen Risiken mehr ausgesetzt sind als andere. Die Notwendigkeit eines Fokus' auf die Emanzipation Unterprivilegierter setzt das Wissen um die ungleichmäßige geographische und soziologische Verteilung von Risiken voraus.

Und viertens: Die scheinbar autonome Dynamik der Technologie scheint Grund dafür zu sein, von einer Panik zur nächsten zu laufen. Kollektive emanzipatorische Aktivität wird an den Rand des globalen Bildes gedrängt. Die Macht von *human agency* werde im Konzept der (Welt)Risikogesellschaft zu gering geschätzt, so Füredi. Eine neue Moralität, die auf Selbstbeschränkung basiert, werde von den Proponenten der Risikogesellschaft eingeführt, eine ökonomische Rationalität, die ebenso auf Selbstbeschränkung pocht, von neoliberalen Diskursen. Es sei unwahrscheinlich, dass Risikomanagement durch Selbstbeschränkung für die Marginalisierten (auch) im globalen Süden eine machtvollere Perspektive darstellen wird als das Fortschrittsparadigma. (Vgl. Füredi 1996, zit. nach Schuurman 2001: 10f.)

4.3.4 Die Revision des Entwicklungsversprechens

4.3.4.1 Probleme der Überflussgesellschaft

Ländliche Armut als das Entwicklungsproblem, städtische Armut als vorübergehendes Merkmal einer dynamischen industrialisierenden Wirtschaft: Diese Einschätzung frühen Entwicklungsdenkens wurde ab Ende der 1950er Jahre zunehmend in Frage gestellt. Urbanisierung (die Städte wuchsen) passiere, „Urbanismus“ (die Adaption urbaner Normen) aber bleibe aus. Als mögliche erklärende Argumentation wurde angeführt, es sei in einer urbanen Welt schwieriger ein Identitätsgefühl zu entwickeln. Soziale Atomisierung des urbanen Lebens fördere Entfremdung und Ängste der Individuen, die diese letztlich in Gewalt ausleben würden. Modernisierung und Erosion traditioneller Bindungen konfrontiere den

Arbeiter mit neuen Formen der Bedürfnisbefriedigung, resultierend in Verwirrung und Desorientierung. Die Situation in den sich entwickelnden Ländern wurde zusätzlich durch komplexe Probleme im Zusammenhang mit ihrem kolonialen Erbe verkompliziert. Der Anspruch, dass Modernisierung nicht schnell genug passieren könne, wurde im Sinne der Realisierung einer stabilen Identität in sein Gegenteil verkehrt: in ihrem Bestreben nach Modernisierung drohe die Entwicklungsnation verschiedene traditionelle Formen der Integration zu schnell zu zerstören und explosive Levels an Unruhe freizusetzen. Vanessa Pupavac (2005) führt einen weiteren Grund für die Umkehr des Modernisierungsparadigmas an: „But even before alarm over Third World development became manifest, Western concerns over the direction of their own societies cast doubt on international modernization strategies“ (ebd.: 167).

Die Emanzipation der Arbeit, stellte Hannah Arendt fest, resultiere nicht in einem Zeitalter der Freiheit, sondern in einem Mehr an Konsum. (Arendt 1998: 133) Der technologische Fortschritt hatte die Arbeit von Millionen Menschen überflüssig gemacht; die Bedeutung der Produktion lag nicht länger in den produzierten Gütern, sondern darin, die Beschäftigung aufrecht zu erhalten.

Hatten diese Auseinandersetzungen zunächst wenig Einfluss auf die Innenpolitik westlicher Staaten, so veränderten sie doch den Fokus der Entwicklungsstrategien. Beschäftigung wurde zum vorrangigen Ziel internationaler Entwicklung erklärt; technologisches Investment verlor an Priorität. In den 1960er Jahren verstärkten Ereignisse innerhalb der westlichen Gesellschaften die Beunruhigung den Kurs der Modernisierung betreffend. Zivile Unruhen, politische Morde, städtische Aufstände und die Unzufriedenheit der Jugend stellten die Wirksamkeit des Herstellens von Konsens durch Konsum in Frage. Diese Debatten verstärkten die Besorgnis darüber, dass Urbanisierung Ghettos, Massenarmut, Entfremdung und politische Instabilität fördern würden. Urbane Armut sei weiterhin als Fortschritt gegenüber ländlicher Armut konzipiert worden; *Policy-makers* seien aber zunehmend nervös geworden, was ihre sozialen Effekte anging; sie erneuerten ihr Interesse an der Entwicklung ländlicher Wirtschaft und am Aufhalten der Migrationsströme. Politiken zur Generierung von Beschäftigung richteten mehr Fokus auf Selbst-Entwicklung und darauf, wie Menschen zu unterstützen seien, um ihre eigenen Fähigkeiten zu entwickeln (Pupavac 2005: 168).

Die neue Aufmerksamkeit für die Psychologie der Armen wurde durch ein weiteres Thema verstärkt, nämlich durch die These, die Quellen von Unsicherheit und Gewalt könnten im Individuum selbst gefunden werden. Von Beratern der US-Regierung wurde zivile Gewalt mit

steigenden Erwartungen in Verbindung gebracht. Zu hohe Erwartungen, wofür die Gesellschaft fähig sei, hätten die Unzufriedenheit verstärkt und die Aufstände angeheizt: Eine rasche Zunahme menschlicher Erwartungen, gefolgt von einem offensichtlichen Versagen diese Erwartungen zu erfüllen, war und sei auch weiterhin ein Rezept für Gewalt. (ebd.: 168f.) Kritische Stimmen hatten bereits davor gewarnt, gesteigerte Produktion für den Konsum als großartige Lösung für mit der Ungleichheit assoziierten Spannungen misszuverstehen. Konsumismus sei eine unsichere Basis für die Herstellung (staats-)bürgerlicher Loyalität. Gesteigerte Produktion würde lediglich ein höheres Level an Bedürfnisbefriedigung notwendig machen. (Vgl. Galbraith 1962) Der Schluss, der daraus gezogen wurde, war eine Verschiebung der Aufmerksamkeit von den objektiven Aspekten der Armut auf ihre subjektiven Aspekte anzustreben. Groll, der hinter der Gewalt steht, würde eher durch relative als durch absolute Armut verursacht. Die neue soziale Gewalt, die in den westlichen Gesellschaften auftauchte, sei demnach eher ein Produkt des Wohlstands als der Armut. Die Industrialisierung von Entwicklungsländern, unterstützt wo sie mit westlichen Sicherheitsinteressen kompatibel schien, wurde dort in Zweifel gezogen, wo der Prozess diese Sicherheitsinteressen zu bedrohen schien. Eine weit verbreitete und zunehmende Verbindung zwischen Modernisierung und der Zunahme sozialer Unzufriedenheit und revolutionärem Bewusstsein wurde konstatiert. Innerstaatliche und internationale zivile Unruhen, der Vietnamkrieg, Bevölkerungswachstum im Süden und die internationale Ölkrise, in der das Vermögen nicht-westlicher Staaten westliche Staaten zu erpressen offensichtlich wurde, trugen gemeinsam zu einem schrittweisen Rückzug von Modernisierungsstrategien innerhalb des westlichen Entwicklungsdenkens in den 1960ern bei. (Vgl. Pupavac 2005: 169)

4.3.4.2 *Small is beautiful?*

Um des internationalen Friedens und der Sicherheit Willen müssten Erwartungen und Bedürfnisse (auch) in den Entwicklungsländern gemäßigt werden, so das neue westliche Entwicklungsdenken. Man entwickelte ein an Grundbedürfnissen orientiertes Konzept von Entwicklung. Ernest Friedrich Schumachers *Small Is Beautiful. A Study of Economics as if People Mattered* (1973) wies Modernisierungsstrategien zurück und rief dazu auf, Bedürfnisse zu mäßigen, denn es sei kein Rezept für internationale Sicherheit materielle Zielvorstellungen anzuhängen (Pupavac 2005: 169f.).

Zum Schreckgespenst der Unordnung kam das Schreckgespenst der ökologischen Krise, als malthusianische Ängste wieder auftauchten, insbesondere in Folge der Ölkrise und der Panik

des Westens in Bezug auf den Zugang zu Rohstoffen in der „Dritten Welt“. Modernisierung würde die Menschheit korrumpieren und zu moralischer Verarmung des Lebens der Menschen führen. Schumachers Werk verdammt die menschliche Überheblichkeit, die Natur zu überwinden und drückt den Wunsch aus, zu einem einfacheren und spirituelleren, mehr an die Natur gebundenen Leben zurückzukehren. Diese Ideen sind das Echo romantischen Denkens und seiner Angriffe auf den seelenlosen Charakter der Moderne; sie ergänzen die anthropologische Forschung, teilweise inspiriert davon, alternative Lebensformen durch das Studium indigener Bevölkerungen wieder zu beleben, die noch am wenigsten vom modernen Leben verdorben seien. In dieser Kritik wird die nicht-entwickelte Welt zum moralischen Beispiel für die entwickelte Welt. (Vgl. Pupavac 2005: 170)

Herbert Marcuses *One Dimensional Man* (1966) attackierte die westliche Konsumkultur dafür, falsche Bedürfnisse hervorzubringen und das Bewusstsein gegenüber den Übeln der Gesellschaft zu betäuben. Nur diejenigen außerhalb des industriellen Produktionsprozesses hätten die psychische Integrität zu rebellieren; *Liberation from the Affluent Society* (1967) forderte ein anderes von Marcuses Werken. Marcuse stellte nicht die Bedürfnisse der Menschen in den Entwicklungsländern in Frage; dennoch wurden diese Anti-Modernisierungsideen auf das Denken über die Probleme der Entwicklungsländer angewandt. Die aktuellen Bemühungen Entwicklung zu erreichen, die nach Meinung mancher Gewalt reduzieren sollten, könnten demnach selbst Grund von Gewalt sein. Daher gab es eine Konvergenz des westlichen Denkens, das den Sinn der Industrialisierung und die existenten Strategien der Modernisierung in Frage stellte und Entwicklung zu relativieren versuchte, trotzdem aber nach wie vor darauf abzielte, ihre post-industriellen bürgerlichen Normen zu universalisieren (Pupavac 2005: 170f.).

Mitte der 1970er Jahre war es eine klar ersichtliche Tatsache, dass sich offizielles internationales Denken größtenteils von der Zielsetzung abgewandt hatte, die Produktionsmittel zu transformieren; es re-orientierte sich um die Sicherung von Grundbedürfnissen der Bevölkerung, zuvorderst durch Politiken zum Erhalt arbeitsintensiver Produktion: Das neue Denken der *nachhaltigen Entwicklung* unterstellte den entstehenden industrialisierten Lohnökonomien furchtbare soziale Störungen zu verursachen, anstatt Armut zu reduzieren. Als Teil der Strategie arbeitsintensive Produktion beizubehalten, bestand ein neues Interesse an Selbstbeschäftigung und Familienarbeit, um Beschäftigung zu schaffen. Die Generierung von „Nicht-Lohnarbeit“ war attraktiv, denn sie sollte an Familien- und Gemeindenetzwerken andocken, und also helfen, soziale Stabilität zu erhalten, anstatt sie ins

Ungleichgewicht zu bringen wie es Industrialisierungspolitiken getan hatten. Sie würde helfen Bedürfnisse niedrig zu halten und nicht-essentielle Konsumgüterproduktion begrenzen. (Vgl. Pupavac 2005: 171)

Mit substantiellem materiellem und politischem Wandel ist das Modell nachhaltiger Entwicklung, das einen Fortschritt der Produktionsmittel ablehnt, nicht vereinbar. Probleme sozialer Ausbeutung werden bewusst in den Fokus gerückt, und indem man Grundbedürfnisse als Rechte kodifiziert, wird versucht, die Armen zu ermächtigen. Trotzdem bricht das Modell nachhaltiger Entwicklung die Verbindung zwischen materiellem und sozialem Fortschritt, die zuvor gedacht wurde, ob von Seiten kapitalistisch oder marxistisch inspirierter Theorien. Von einem soziostrukturellen Zugang bewegte sich die Logik nachhaltiger Entwicklung in Richtung eines Zugangs, fokussiert auf die Subjektivität der Menschen und ihre Beziehungen auf der Mikroebene, um die Gesellschaft zu verbessern. Dementsprechend werden strukturelle Probleme nicht in Bezug auf die Produktionsweise verstanden, sondern werden naturalisiert oder in sozio-psychologischen Begriffen konzipiert. Nachhaltige Entwicklung betont die Grenzen des Wachstums und naturalisiert Unterentwicklung, (obwohl das spektakuläre Wachstum Chinas und anderer asiatischer Staaten es Lügen strafen). Das Modell impliziert, dass das Leben der Menschen weiterhin von der Not dominiert sein wird und im besten Fall eine fairere Verteilung der Armut impliziert. (Vgl. Pupavac 2005: 171f.)

Aufschlussreich betont der *Voices of the Poor*-Report der Weltbank (Narayan 2000, Narayan et al. 2000), dass die Armen nur sehr begrenzte Bedürfnisse zum Ausdruck bringen. Die Empfehlungen des Reports würden, so Pupavac, eine internationale Entwicklungsagenda zeigen, die sich maßgeblich von der der vorhergehenden Entwicklungsperiode unterscheidet: Jene wollte das „Gleichgewicht der Armut“ erschüttern und die Armen ermutigen, substantielle materielle Verbesserungen anzustreben. Wenn internationale Entwicklung vor allem auf arbeitsintensive Selbstbeschäftigungsökonomie abzielt, ist für die Mehrheit ein Leben auf Subsistenzbasis vorgesehen: „International development now resembles a self-help survival strategy for populations rather than truly a development policy.“ (Pupavac 2005: 172) Anstatt tatsächlich länger Entwicklungspolitik sei diese zu einer Selbsthilfe-Überlebensstrategie für Bevölkerungen geworden (ebd.).

Entwicklung auf eine Überlebensstrategie zu reduzieren, hat schwerwiegende Konsequenzen für Entwicklungsstaaten. Der Zugang legitimiert, dass Bevölkerungen in der sich entwickelnden Welt einen niedrigeren Lebensstandard haben, ebenso wie er limitiert, was ein Entwicklungsstaat seiner Bevölkerung in Form von sozialen Gütern zu garantieren in der

Lage ist. Denn eine nicht auf Lohn basierte Wirtschaft, die sich am Überleben orientiert, bilde weder eine nationale Wirtschaft noch eine entwickelte staatliche Struktur, die soziale Güter verteilen könnte. „Hostility at the implied perpetuation of international inequality“ (Pupavac 2005: 173) war zunehmend die Reaktion der Regierungen der Entwicklungsländer. Doch die Meinung der Regierungen der Entwicklungsländer hatte zunehmend weniger Gewicht: Ihre schwache Kapazität unterminierte ihre politische Legitimität und führte in vielen Fällen zu repressiver Herrschaft, die wiederum ihre moralische Legitimität untergrub, ihre Bevölkerungen innerstaatlich wie international zu repräsentieren. (Vgl. Pupavac 2005: 172)

4.3.4.3 Therapeutische Governance

In der radikalen *Post-Development*-Agenda, die die Transformation von Beziehungen gemäß postindustrieller gesellschaftlicher Normen ohne substantielle ökonomische Transformation anstrebt, existieren, so Pupavac, fundamentale Widersprüche. Diese Widersprüche ermöglicht die Kombination der Zurückweisung steigender materieller Erwartungen mit einem psychologisierten Verständnis von sozialer Transformation im Sinne psychosozialen Wandels. Der therapeutische *Turn* verläuft parallel zu den Trends westlicher Sozialpolitik, die sich verstärkt der Subjektivität der Armen und Arbeitslosen widmet und in der das psychosoziale Konzept sozialer Inklusion das der sozialen Gleichheit ersetzt hat. Im Modell der sozialen Inklusion wird wenig Selbstachtung nicht nur als ein Aspekt von Armut gesehen; sie wird zur substantiellen Bedeutung von Armut. Soziale Anerkennung der Armut bedeutet Gerechtigkeit, nicht länger die Auslöschung der Armut. Entwicklung sei zu einer Form therapeutischer *Governance* geworden, fokussiert auf ein Verbessern der Fähigkeiten, der Motivation und des Gefühls des Wohlergehens innerhalb ihrer existenten materiellen Umstände. Der *Voices of the Poor*-Report der Weltbank sei als „groundbreaking“ gehandelt worden. Seiner partizipatorische Methodologie und Analyse signalisiere einen neuen inklusiven Kurs der Entwicklungspolitik, der die persönliche Erfahrung der Armen als seinen Ausgangspunkt nimmt. Ein radikaler Durchbruch? Der Zugang würde Sozialwissenschaft hinter sich lassen zugunsten eines intuitiven Verständnisses von Gesellschaft, merkt Pupavac kritisch an. (Vgl. ebd.: 173)

Analyse von Gefühlen, interpersonalen Beziehungen, täglichen Interaktionen der Armen werden übersetzt in Strategien, die darauf aus sind, eben diese Gefühle, interpersonalen Beziehungen, täglichen Interaktionen der Armen zu managen. Der Bericht ist beispielhaft

dafür, wie Entwicklungspolitik zunehmend von einem psychologischen Verständnis beeinflusst ist und wie sie sozialen Wandel und soziale Gerechtigkeit in psychologischen Begriffen versteht. Der Fokus liegt anstatt auf dem Staat darauf, wie Haushalte Zugang zu Möglichkeiten bekommen um ihr eigenes Wohlergehen zu sichern. Erwartungen an den Staat ihre Probleme zu lösen, werden mit einer Kultur der Abhängigkeit in Verbindung gebracht, *New Deal*-typische Politiken der Massenbeschäftigung werden erst gar nicht als Option berücksichtigt. Sozialer Wandel, so der Report, sei zu erreichen durch eine Kettenreaktion, ausgelöst durch persönlichen Wandel - durch die Interaktionen von Individuen, Schritt für Schritt, durch individuelles Bemühen; Werte und Verhalten seien es, die den Unterschied machen könnten, mächtige Ressourcen für den angestrebten Wandel. Die Rolle des Staates im Leben der Armen beschränkt sich auf die Reform institutioneller Normen, um Korruption zum Verschwinden zu bringen und sicherzustellen, dass Beamte Arme nicht demütigen, sondern respektvoll behandeln. Das therapeutische Konzept des Wohlergehens verdrängt universellen Wohlstand als Ziel internationaler Entwicklungspolitik. „Well-being and ill-being are states of mind and being. Well-being has a psychological and spiritual dimension as a mental state of harmony, happiness and peace of mind.“ (Narayan et.al. 2000: 21), liest sich das. Die Betonung der psychologischen Dimensionen der Armut wird erklärt als übernommen von der Armutsdefinition der Armen selbst (vgl. ebd.).

„In its flight from materialism, development thinking evades how poverty is to be eradicated and basic needs are to be realized in the absence of national economic development supporting the development of a modern state“(Pupavac 2005: 175).

Dem umverteilenden Wohlfahrtsstaat ging industrielle Entwicklung voraus, die eine unpersönliche öffentliche Sphäre und die notwendige Infrastruktur geschaffen hatte, um Umverteilung zur Möglichkeit zu machen. Im anderen Fall würden sich Menschen weiterhin auf Nepotismus verlassen, das heißt, ihre informellen Netzwerke zur Sicherung ihrer Bedürfnisse und Ambitionen nutzen und der Abschaffung der Korruption sowie der Entwicklung einer effizienten Bürokratie im Weg stehen. Vielleicht bezeichnender Weise spricht der *Voices of the Poor*-Report vom „kollektiven Guten“, das dadurch erreicht werde, dass durch „persönliches Commitment“ „kleine Wunder“ passieren würden (Narayan 2000: 227).

Unrealisierbar ohne entwickelten Staat funktioniert das Fördern von Grundbedürfnissen als Rechte (nur) auf psychologischer Ebene; man gibt den Armen moralische Anerkennung.

Symbolische Anerkennung oder das Statement moralischen *Committments*, so die Hoffnung, wird ihre Selbstachtung fördern, sie damit ermächtigen, mit dem Selbstvertrauen zu handeln um ihre Bedürfnisse zu sichern. Anerkennung fördert soziale Inklusion, unterminiert Entfremdung, die soziale Instabilität fördern könnte. Während man aber *Empowerment* fördern will, wird schnell davor gewarnt, falsche Hoffnungen zu wecken. Die ideale Persönlichkeit ist klarerweise nicht (mehr) der ambitionierte männliche Modernisierer, denn er wird assoziiert mit Frustration und Aggression, ist dysfunktional im Umgang mit Unsicherheiten. Während Männer zusammenbrechen, oder einen Ausweg in der Gewalt suchen, würden Frauen vernünftiger und effektiver reagieren: „Women, on the other hand, seem to swallow their pride and hit the streets to do demeaning jobs to bring food to the family table“ (Narayan 2000: 219). (Es gibt freilich noch eine andere Option als „demeaning jobs“ und Gewalt. Der Exit-Option folgen Millionen Menschen und migrieren in die entwickelte Welt.) So können also Gender-Politiken und die impliziten Stereotypen verstanden werden als unterfüttert mit Anliegen, Frustration und „anti-soziale“ Reaktionen auf Unsicherheit unter Kontrolle zu halten. „Weibliche“ Persönlichkeit wird gegen die „männliche“ ermächtigt als eine angemessenere Persönlichkeit um nachhaltige Haushalte und Gemeinden zu sichern. (Vgl. Pupavac 2005: 175f.)

Internationale Entwicklung als therapeutische *Governance* schlägt emotionale Anpassung für Gesellschaften vor; materieller Fortschritt wurde als nicht-realisiert und destabilisierend verworfen, während die bestehenden Beziehungen innerhalb dieser Gesellschaften für unzureichend gegenüber den post-industriellen Normen erklärt werden und daher externes Management nötig hätten. Tatsächlich verurteilt therapeutische *Governance* die Normen der traditionellen Wirtschaft, während sie die Menschen zu dieser Existenzweise verdammt. Beziehungen innerhalb der Haushalte müssten sich substantiell verändern, beispielsweise Gender-Ungleichheiten in Angriff genommen werden. Dennoch schlägt das implizite Verständnis sozialer Gerechtigkeit nicht vor, die substantiellen materiellen Ungleichheiten zwischen sich entwickelnder und entwickelter Welt zu beseitigen. Jedenfalls werde die relativ konservative Natur internationaler Entwicklung als therapeutische *Governance* durch dem Anschein nach radikale Referenzen an *Empowerment* mystifiziert. In der Genugtuung der Weltbank darüber, dass die Armen so wenig wollen würden, fänden sich die Worte Galbraiths darüber, dass die Überfluggesellschaft einen Nutzen ziehe aus dem „contentment of the poor as the justification of the existing order: ‚They are happy, poor things.‘“ (Galbraith 1979: 6). (Vgl. Pupavac 2005: 176)

4.4 Die Grenzen der autonomen Selbstverantwortlichkeit

4.4.1 Menschliche Sicherheit

Der Aufstieg internationaler Entwicklung war verbunden mit internationalen Sicherheitspolitiken, bedingt durch das Gleichgewicht der Mächte und die Sicherheitsinteressen der größten Mächte, insbesondere der USA. Historisch wurde die Unterstützung internationaler Entwicklung aufgrund von Ängsten vor ihrem destabilisierenden Einfluss auf Gesellschaften nur so weit unterstützt, als sie als die internationale Ordnung fördernd eingeschätzt wurde. Das Konzept der Entwicklung selbst wurde analysiert als gleichbedeutend mit „geordnetem Fortschritt“ und seine Geschichte als gekoppelt an den Sicherheitskontext.

Das Sicherheitsparadigma erlaubte es der Entwicklung sich als ein von Sicherheit relativ unabhängiges Feld zu entwickeln. Der unabhängige Pfad der Entwicklung repräsentierte eine breitere, optimistischere internationale Agenda, während die Wiedereingliederung von Entwicklung in Sicherheit umgekehrt eine eingeschränkere, pessimistische Agenda signalisiert: „If development has previously involved strategies reconciling order and progress, today’s development model involves reconciling people to a world without expectations of material progress.“ (Pupavac 2005:163) Der gegenwärtigen Einstellung gemäß zielt Entwicklung darauf, das Gefühl des Wohlergehens der Menschen in der Abwesenheit materieller Transformation zu verbessern, und zwar durch die Reform der Subjektivität der Bevölkerung, die eine Form therapeutischer *Governance* ist. (Vgl. Pupavac 2005: 162f.)

Therapeutic governance bezieht sich auf das Management der Psychologie von Bevölkerungen und seine Bedeutung für Sicherheit. Therapeutische Governance, so Vanessa Pupavac (2005), stellt eine Verbindung zwischen psychosozialem Wohlergehen und Sicherheit her und zielt darauf, Persönlichkeiten zu fördern, die fähig sind mit Risiko und Unsicherheit umzugehen. So gesehen ist das Gefühl psychosozialen Wohlergehens nicht nur persönliche Angelegenheit, sondern ein Aspekt von *Good Governance*. (Vgl. ebd.:162f.)

Das Ausweiten (des Begriffs der) Sicherheit kennzeichnet die Ausweitung von Sicherheitsmaßnahmen und die Kontraktion der Entwicklungsagenda.

“It is obviously a misnomer to speak of international development when development policy no longer aspires to material transformation and is oriented around survival and preventing frustration, that is , a soft security programme” (Pupavac 2005: 177).

Auf die Überschneidungen der aktuellen Bedeutung von Entwicklung und dem Konzept menschlicher Sicherheit sei bereits vielfach hingewiesen worden. Wenn menschliche Sicherheit „freedom from fear and want“ meint, sei nicht ersichtlich, inwiefern ein am Limitieren von Bedürfnissen, der Befriedigung von Grundbedürfnissen und der Prävention von Frustration orientiertes Entwicklungsmodell nach irgendetwas jenseits der Sicherheitsagenda streben würde. Da internationale Entwicklung der globalen Bevölkerung materiell so wenig zu bieten hat, könne ihre fortgesetzte Existenz vielleicht auch verstanden werden als den therapeutischen Bedürfnissen der internationalen Gemeinschaft nach einem Gefühl moralischer Sinnhaftigkeit entsprechend. Um den *Voices of the Poor*-Report – tatsächlich zur Bedeutung, den Sinn der Armen für kulturelle Identität aufrecht zu erhalten – in anderem Kontext zu paraphrasieren, hilft das Beibehalten einer Entwicklungsagenda den internationalen *officials* „to continue to believe on their own humanity despite inhuman conditions“ (Narayan 2000: 7)

Der Entwicklungssektor habe das Konzept der Menschlichen Sicherheit möglicherweise als Mittel angesehen, um an dem Mehr an Ressourcen teilzuhaben, über das der Sicherheitssektor verfügt. Tatsächlich ist eher Entwicklung für eine neue Sicherheitsagenda nutzbar geworden als umgekehrt Sicherheit für eine Entwicklungsagenda: „The securitized development agenda represents a demoralized project“ (Pupavac 2005: 177). Die Assoziation menschlicher Sicherheit mit einer emanzipativen Agenda illustriert tatsächlich wie tief Entwicklungsziele gesunken sind; und den Verlust des Glaubens an den Entwicklungsstaat. Ein kritisches Verständnis menschlicher Sicherheit impliziert wahrzunehmen, dass das Konzept es dem Entwicklungssektor erleichtert hat, die bittere Pille zu schlucken, seine einstmalige Unabhängigkeit verloren zu haben und vom Sicherheitssektor absorbiert worden zu sein. Dementsprechend funktionieren Indizes menschlicher Entwicklung oder menschlicher Sicherheit als Analyse von Sicherheitsrisiken, anstatt ein ambitioniertes internationales Entwicklungsprojekt, das universellen Wohlstand anstrebt, wiederzubeleben. (Vgl. ebd.)

Das heutige Anti-Entwicklungsprojekt hat weitreichende Konsequenzen für die Position von Entwicklungsstaaten innerhalb der internationalen (Staaten-)Ordnung und deren Beziehungen zu ihren Gesellschaften. Aktuelle Entwicklungsstrategien haben das Ziel, die Handlungsfähigkeit von Entwicklungsstaaten zu sichern und ihre Gleichheit mit entwickelten Staaten verworfen: Ökonomischen Fortschritt abzuschreiben, schließt die Hoffnung auf internationale Gleichheit mit ein und bedeutet Gleichgültigkeit gegenüber der Ungleichheit der Staaten.

„Developing countries are destined to stay ‚quasi-states‘ (...): states nominally sovereign but lacking the capacity domestically to guarantee social justice and welfare for their populations, and lacking the capacity internationally to ensure these were treated as equals with the developed states“ (Pupavac 2005: 177f.).

Hier kommt die andere Seite menschlicher Sicherheit ins Bild: ihre militärisch-humanitäre Agenda, die logisch aus der veränderten internationalen Entwicklungsagenda resultiert. Humanitäre Intervention ergänzt die Erosion der Kapazitäten des Entwicklungsstaats – allerdings auf Kosten der Souveränität des Entwicklungsstaates.

Das Sicherheitssystem der Nachkriegszeit basierend auf den Prinzipien der nationalen Souveränität und der Nicht-Einmischung in innerstaatliche Angelegenheiten baute auf Staatlichkeit, fähig ihre eigene Sicherheit zu garantieren. Daher war das internationale Sicherheitssystem darauf angewiesen, die neuen internationalen Staaten zu entwickeln. Während die neu unabhängigen Staaten in den frühen optimistischen Tagen internationaler Entwicklung die Aussicht darauf hatten, ihre Kapazitäten auszuweiten, ist die Absenz von Handlungsfähigkeit in Folge des Niedergangs der Entwicklung zu einem Zustand ohne Aussicht auf Veränderung geworden. Die internationale Kluft zwischen entwickelten Staaten, fähig ihre eigene Sicherheit sicherzustellen, und den Staaten, denen es an dieser Fähigkeit mangelt, weitet sich. Dieses Phänomen findet auch seinen Ausdruck in der moralischen Zweiteilung in verantwortliche, erzwingende, sorgende und versagende, verletzende Staaten, deren Bevölkerung von der internationalen Gemeinschaft verantwortlicher Staaten geschützt werden muss: „responsible enforcing states and failing violating states“. In Bezug auf Sicherheit macht es Sinn den Gegensatz zwischen den beiden Staatengruppen der *enforcing states* und der *violating states* als Gegensatz zwischen „sorgend“ und „verletzend“ zu übersetzen. Während man einerseits effektiv für Sicherheit sorgt, ist die Realität staatlichen Handelns der schwachen Staaten häufig als nicht nur *nicht sichernd*, sondern die Bevölkerung *verletzend* eingeschätzt. So gesehen schließt das Konzept menschlicher Sicherheit die veränderte Entwicklungsagenda ein, die sich von einem - im Sinne der politischen Theorie des Realismus - realistischen Sicherheitssystem zu einem System globaler Governance gewandelt hat, das von „starken Staaten“ nach Maßgabe der Risikoanalyse gemanagt wird. (Vgl. Pupavac 2005: 178)

Das System globale Governance impliziert wesentliche Widersprüche, die ihre Fähigkeit für globale Sicherheit zu sorgen unterminieren. Es umgeht den Entwicklungsstaat zugunsten direkter Interaktion mit den sich entwickelnden Bevölkerung, obwohl sie ein Weiterbestehen der materiellen Differenzen zwischen entwickelter und sich entwickelnder Welt annimmt.

Ohne nationale Entwicklung aber orientieren sich die Erwartungen der Bevölkerung nicht länger innerhalb eines nationalen Projekts, sondern werden im Rahmen globaler Governance globalisiert. In einem Weltsystem würden Bevölkerungen geradezu dazu angehalten „to have the feeling of living in real time with the rich peoples of the North“ (Zaki Laidi 1998). Eine unintendierte Nebenfolge von Globalisierung sei nicht zuletzt negative Vergleiche und Frustration. Menschliche Sicherheit, als ein Modell globaler Governance, muss daher kulturelle Differenzen wiederbestätigen, um ihre unterschiedlichen Visionen für Bevölkerungen in der entwickelten und der unterentwickelten Welt zu legitimieren – widersprüchliche Ansprüche, um von *einer* Menschheit zu sprechen. (Vgl. Pupavac 2005: 178)

Ironischerweise bot der Sicherheitsrahmen des Kalten Krieges mehr Spielraum für internationale Entwicklung, einen von Sicherheitspolitik unabhängigen Weg einzuschlagen, als die heutige Konstellation. Das Konzept *Menschlicher Sicherheit* steht nicht für eine progressive Agenda, sondern akzeptiert eine Welt, in der Ungleichheit zwischen Staaten und Bevölkerungen re-naturalisiert werden. Frühes Entwicklungsdenken, fokussierte darauf, das „Sich-Abfinden“ anzugreifen und das „Gleichgewicht der Armut“ zu stören. Heute aber scheint Sich-Abfinden das Ziel der „versicherheitlichten“ Entwicklungspolitik zu sein, vorsichtig darauf bedacht, Produktion nicht weiterzuentwickeln und materielle Erwartungen nicht zu heben. Doch es existieren ernste Widersprüche im Global-Governance-Modell menschlicher Sicherheit, meint Pupavac. Nicht zuletzt das Legitimieren weitreichender globaler Interventionen, inklusive eines Anspruchs auf Veränderung der Subjektivität von Bevölkerungen, kollidiert mit dem Vorhaben, den Erwartungen der Bevölkerungen Grenzen zu setzen, und Bevölkerungsbewegungen durch die Förderung sich selbst erhaltender Gemeinschaften zu verhindern. Der Widerspruch zwischen radikaler Intervention und des Unter-Kontrolle-Haltens von Erwartungen und Bevölkerungsbewegungen sei kaum ein Rezept für globale Stabilität. (Vgl. Pupavac 2005: 179)

4.4.2 Die Pathologisierung von Konflikten

Im entsprechenden Diskurs aber könne dieser Widerspruch Teil des Rezepts werden: Der Anspruch globaler *Governance in failed states* zu intervenieren und diese zu regieren, weist, obwohl Parallelen gezogen werden können, Unterschiede zur kolonialen Herrschaft auf. Wurde im Rahmen formeller kolonialer Herrschaft versucht, Bevölkerungen durch ihre Eliten zu manipulieren, so liegt nun der Fokus auf der Transformation individueller Subjektivität

durch Programme des Trainings und der Disziplin. Die Wissenstechnologien gegenwärtiger internationaler *Governance* bewegen sich von einem anthropologischen Zugang, der sich mit der Regierung indigener Gemeinschaften befasst, zum Management sozialer Risiken, fokussiert auf die Regierung von Individuen und geprägt durch die Perspektive der Sozialpsychologie. (Hughes/Pupavac 2006: 874)

Diese Verschiebung in Richtung therapeutischer Governance, des Managements der Subjektivität einer Bevölkerung, ergänzt den Siegeszug des Neoliberalismus als regierende Ideologie der 1990er Jahre. In der Sozialpsychologie verwurzelte Perspektiven auf Konflikte lassen Fragen nach der politischen und ökonomischen Struktur aus dem Blickfeld der Analyse verschwinden; sie geringschätzen die Signifikanz des Staates als institutionellen Ausdruck der Selbstbestimmung der politischen Gemeinschaft. Die Komplexität der Verbindungen zwischen Staat, Gesellschaft und internationalen oder transnationalen Akteuren in einer globalisierenden Welt wird einer einfachen Unterscheidung der Rationalität oder Irrationalität individueller *agency* untergeordnet. Konflikt wird dargestellt als eine Aneinanderreihung individueller Gewalterfahrungen. Ebenso aus sozioökonomischen und politischen Zusammenhängen gerissen erscheint Staatlichkeit: „States are portrayed as failed service providers run amok, separate from victimised and oppressed populations, while preying upon them.“ (Hughes/Pupavac 2006: 874) Die Gesellschaft, die dem wütenden Staat gegenüber steht, besteht aus potentiell verletzten oder verletzenden Individuen, deren Handlungen in einem hoffnungslosen konfliktiven Kreislauf eher aus psychologischen Prozessen als aus politischen Überzeugungen oder ökonomischen Bedürfnissen resultieren. (Vgl. ebd.: 874)

„It is indicative that the failure to cope ‚in an economic sense’ is regarded as an evidence in the mental health of the individual, rather than in the health of Cambodian economy, where opportunities, particularly for the landless, are minimal. Faith in therapeutic studies becomes self-fulfilling when difficulty in coping with life in an impoverished Cambodia is regarded as evidence of psychological collapse“ (ebd.: 881).

Pupavac und Hughes argumentieren, unter anderem am Beispiel Kambodschas, dass das Reden vom Scheitern von Staatlichkeit und der Viktimisierung einen Diskurs bildet, der eine differenzierte Analyse von Konflikten verunmöglicht. Der Komplexität von Politik, von sozialen und ökonomischen Imperativen, die Konflikt und Gewalt zu einer Option für Menschen machen, und die Reaktionen darauf bestimmt, wird ignoriert zu Gunsten einer Einschätzung von Konflikten als grundlos und den Reaktionen der Menschen als traumatisiert. Indem man diesen Zugang anwendet, werden Widersprüche zwischen dem universellen

Imperativ des liberalen Humanitarismus und dem exklusiven Imperativ territorialer Demokratie umgangen, indem Bevölkerungen die Fähigkeit zur Autonomie abgesprochen wird. (Vgl. Hughes/Pupavac 2006: 874f.)

Einem Echo kolonialer Diskurse gleich, die Rechte nur als „reif“ dafür eingeschätzten Bevölkerungen zusprachen, delegitimiert diese diskursive Strategie lokale Politik und gibt grünes Licht für die disziplinierende und rationalisierende Intervention externer Akteure. Dadurch legitimiert der *failed states*-Diskurs fortwährende internationale Überwachung.

Dieser Diskurs hat seit den Ereignissen des 11. September 2001 eine populistische und militaristische Wendung erfahren. Mit einem beachtlichen Maß an fehlender Zurückhaltung werden irrationale Handlungen „barbarians at the gates“ zugeschrieben, deren psychotische Natur vorausgesetzt wird, anstatt sie mit psychosozialen Konfliktmodellen zu erklären. Der extravagante Militarismus der Bush-Administration und die wohlwollende Therapie, die liberale Ansätze anbieten, würden in ähnlichen Konsequenzen resultieren: In beiden Fällen würde die Unterscheidung zwischen Ermächtigten und Entmächtigten und das Auslöschen des selbstbestimmten Subjekts als Grundlage von Regierung legitimiert. (Hughes/Pupavac 2006: 275) Den Menschen in Post-Konflikt-Gesellschaften wird die Möglichkeit und Fähigkeit zur autonomen Realisierung von Liberalismus wie Demokratie abgesprochen.

4.4.2.1 Die neuen Kriege (Eine Skizze nach H. Münkler)

Als „am Sog einer weltwirtschaftlichen Globalisierung“ (ebd.: 19), aber auch an patrimonialer Macht- und Loyalitätssicherung der Eliten gescheitert bezeichnet Herfried Münkler (2004) die *failed states*, die er an der Peripherie der stabilen Staatenbildung als Schauplätze der Neuen Kriege ausmacht. Auf die Frage, was neu an den neuen Kriegen sei, findet sich keine einfache Antwort. Entstaatlichung und Asymmetrisierung des Krieges sowie die Autonomisierung zuvor militärisch eingebundener Gewalt werden als Kennzeichen angeführt. Dislozierung der Kräfte in Raum und Zeit – ohne Anlehnungsmächte und Schattenglobalisierung kaum möglich – stellt sich als asymmetrische Strategie heraus, die auf asymmetrische Konstellationen reagiert. Im Denken privater Kriegsunternehmer muss der Krieg sich rechnen. Für Warlords wird Gewalt zur Ware und Dienstleistung. Söldner und Kindersoldaten werden zu zentralen Akteuren, während die Zivilbevölkerung zum Ziel exzessiver Gewalt wird und das Massaker die Entscheidungsschlacht ersetzt:

„Die Enthegung des Krieges, die Diffusion von Gewalt bis in die äußersten Enden des gesellschaftlichen Kapillarsystems hat die neuen Kriege über die Unbestimmbarkeit ihres Anfangs wie Endes konturlos werden lassen“ (Münkler 2004: 31).

Der Autor lenkt den Blick auf die Zeit vor der Verstaatlichung des Krieges und stellt gleichzeitig den Bezug zu heutigen Verhältnissen her, „in denen der Staat nicht mehr ist, was er damals noch nicht war: Monopolist des Krieges“ (Münkler 2004: 9). Der Dreißigjährige Krieg wird als mögliches Vergleichsschema für die neuen Kriege herangezogen. Die historische Perspektive zeigt, dass der neue Krieg so neu nicht ist. Schon die Landsknechte wussten um die ökonomische Komponente des Krieges, auch im 17. Jahrhundert musste sich der Krieg vom Krieg ernähren. Erst teure waffentechnologische Innovationen machten nationalstaatliche Armeen und eine strikte Disziplinierung und Ausbildung der Soldaten erforderlich. Staatliche Heere stehen einander nun symmetrisch gegenüber. In Folge der Entwicklung des Europäischen Kriegsvölkerrechts, das Kombattanten von Nichtkombattanten unterschied, konzentrieren sich die Kräfte in Raum und Zeit – die Schlacht wird zur Entscheidung des Krieges, bis durch die Ermattungsstrategie des Ersten Weltkriegs und den totalen Zweiten Weltkrieg das Ende des Großen Krieges gekommen scheint.

Die neuen Kriege sind billige Kriege. Sie werden mit leichten Waffen als auf Dauer gestellte Gewalt gegen die Zivilbevölkerung von kaum ausgebildeten Kämpfern geführt, und leben über die Kanäle der Schattenglobalisierung von Rohstoffen bzw. Bodenschätzen, Drogen- und Frauenhandel, aber auch von internationalen Hilfslieferungen. Kriege werden auf Kosten der Zukunft der Allgemeinheit geführt, „in den neuen Kriegen (...) ist es die Möglichkeit eines friedlichen Lebens überhaupt, die dauerhaft zerstört wird“ (Münkler 2004: 134). Die Betonung ethnisch-religiöser Konfliktlinien, meint Münkler, würde darauf abzielen, die Kriege, zumindest implizit, für irrational erklären zu können. Für das Handeln der zentralen Akteure der neuen Kriege, der Warlords, spielt ökonomische Zweckrationalität allerdings eine wichtige Rolle. „Ohne Rentabilität der Gewalt keine Privatisierung des Krieges“ (ebd.:161). Der Krieg lohnt sich also wieder, die ökonomischen Dimensionen der neuen Kriege sollten nicht übersehen werden.

4.4.2.2 Sind neue Kriege kriminell? *Deserving poor* und *undeserving leaders*

Die Armen sind die Opfer der zerstörerischen Effekte der Konflikte. Die Ursachen von Konflikten werden dargestellt als ein Ausleben der Armen von Frustration und Ärger

gegenüber einem System, in dem sie weder Partizipationsmöglichkeiten haben, noch Schutz oder Hilfsleistungen bekommen (vgl. Duffield 2005a: 127). Für die strategischen Akteure des Nordens geht es darum den Armen Gehör zu verschaffen, Verständnis für ihre Frustrationen zu zeigen und die notwendige Anleitung und Unterstützung bereitzustellen, um sicherzustellen, dass ihren berechtigten Klagen auf friedlichem Weg Rechnung getragen werden kann. Da Entwicklung auch soziale Inklusion und verstärkten Schutz anstrebt, hat der Entwicklungsdiskurs die Armen als natürliche Verbündete im Streben nach Stabilität ausgewählt. Doch den Armen kann nicht immer zugetraut werden, die richtigen Entscheidungen zu treffen; sie drohen Führer auszusuchen, die sie nicht verdienen und die die strategischen Akteure nicht wollen.

Es ist dies ein liberaler Konsens, in den Worten Mary Andersons (1996), eine Situation, in der die Armen gegen Unterentwicklung revoltieren, dabei aber dazu tendieren kriminelle, gewalttätige und rachsüchtige Anführer anzuziehen (vgl. ebd.: ?).

„A tendency has emerged to return to analytical frameworks common in the 1950s and 1960s , focusing upon the emotionally charged policy decisions of charismatic leaders, in the contention with international experts, set against an amorphous, passive, culturally static and damaged population” (Hughes/Pupavac 2006: 877).

Die Darstellung von Bevölkerungen als traumatisiert und brutalisiert, als mental und kulturell gefangen in destruktiven Verhaltensmustern hat zwei Effekte. Einerseits werden Führungspersönlichkeiten eingeschätzt als nicht vom geschickten Umgehen mit konfliktiven gesellschaftlichen Kräften motiviert, sondern von Gier, Ehrgeiz und Käuflichkeit/eigennützigen Motiven. Ihre Position wird delegitimiert, ihr Anspruch die Gesellschaft zu repräsentieren untergraben, wiederholte internationale Intervention mit offenem Ende zu Gunsten der Bevölkerung gerechtfertigt. Andererseits impliziert die (unterstellte) Machtlosigkeit der „einfachen“ Menschen, die sich als Passivität und teilweise auch als destruktive Wut manifestiert, dass ausländische Intervention nicht nur auf den Staat, sondern ebenso auf die Gesellschaft einwirken muss, um neue Individuen fähig zur Selbstregierung zu schaffen. Beide Annahmen rechtfertigen das Infragestellen der nationalen Souveränität und das Austauschen nationaler Politik gegen internationale Disziplin. (Vgl. Hughes/Pupavac 2006: 882)

Wenn die Revolte legitim ist und eine strategische Allianz auf den Plan ruft, so unterstreicht die Notwendigkeit die würdigen Armen von ihren unwürdigen Anführern zu trennen die Dringlichkeit der Intervention. Es wird zum zentralen Anliegen der Konfliktlösung und des

Wiederaufbaus, die schlechten Anführer von den Armen und den zivilen Institutionen zu trennen. Eine solche Trennung wiederum ist die Basis für eine Sanktionierungspolitik und Versuche auf lokaler Ebene die Armen gegen ihre mutmaßlichen Anführer zu vereinigen (vgl. Anderson 1996). „Was wir brauchen“, schreibt Mary Kaldor (2000) in Hinblick auf die *neuen Kriege*, „ist eine Allianz zwischen lokalen Verteidigern ziviler Werte und transnationalen Institutionen, die den Weg zu einer Kontrolle der Gewalt weisen können“ (ebd.: 22).

Für globale liberale Governance sind alle gewaltsamen Konflikte gefährlich. Die Anführer in gewaltsamen Konflikten werden daher automatisch problematisiert; und das unabhängig davon, ob sie schuld an Kriegsverbrechen sind – was viele sind – oder sich selbst gegen Enteignung und Ausbeutung zu verteidigen – was man vielleicht tun.

Was spricht gegen eine Problematisierung von Kriegstreibern? Duffield weist darauf hin, dass vor einer Generation, in einem komplett anderen moralischen Universum, das die Rivalität der Supermächte begleitet habe, gewaltsame Aufstände im Süden von vielen als zu verteidigen angesehen worden waren. Die Idee des gerechten Grundes sei keineswegs aus den Argumentationsmustern und Rechtfertigungsstrategien verschwunden; doch die neuen Kriege würden nicht länger denselben Zielen wie die alten dienen. Für Anderson waren die „alten Kriege“ unausweichliches Resultat der menschlichen Natur und dem verständlichen Wunsch der Menschen nach sozialer Verbesserung. Obwohl die Menschen Krieg hassen würden, sei er historisch ein Mittel Unterdrückung zu überwinden und demokratische Rechte und Freiheiten, die man heute oftmals als selbstverständlich ansehen würde, zu sichern. Die heutigen Kriege betreffend, sei die Situation anders, müsse man doch bedenken, dass demokratische Werte die normative Ordnung prägen und politische und rechtliche Institutionen wachsen und an Einfluss gewinnen. Anderson sieht vielmehr „notable shifts in the locations and type of wars that raise serious questions about its appropriateness as an instrument for achieving justice“ (Anderson 1996: 8). Es wird also gewaltsamer Konflikt als legitimes Mittel für sozialen Wandel in Frage gestellt:

„We live in a world that, potentially already has the best possible mix of social relations, economic structures and political institutions. The task is not to challenge this order but to make it work better“ (Duffield 2005a: 129).

Das entspricht der mit dem Ende des Ost-West-Konflikts verbreiteten Erwartung, Krieg und Kriesgsdrohung würden von nun an der Vergangenheit angehören, es sei nun die Zeit der

dauerhaften Verwirklichung von „demokratischem Frieden“ und schon kurzfristig könne eine beachtliche Friedensdividende durch die Senkung der Militärausgaben eingestrichen werden. Diese Erwartung schloss an die Prognosen zahlreicher Gesellschaftstheoretiker an, von Auguste Comte bis zu Joseph Schumpeter, die die Orientierung an Krieg und Militär als Disposition einer Elite begriffen, die mit dem Vordringen von Industrie und Kapitalismus allmählich verschwinden werde. Nach der Blockierung dieser Entwicklung durch Nationalismus und Totalitarismus würden nunmehr, so die Erwartung vieler Anfang der 1990er-Jahre, die Entwicklungstendenzen zum Tragen kommen, die den Krieg zum Verschwinden brächten. (Vgl. Lock 2004: 179)

Daher werden die Anführer in den neuen Kriegen unabhängig von ihren Handlungen problematisiert und delegitimiert; Hilfsorganisationen bilden Partnerschaften mit den Armen, um nicht gewaltsame soziale Transformation zu ermöglichen. Andererseits etablieren aber eben diese Akteure die Spielregeln. Dieses Umgehen mit Staat und Eliten seit den 1970ern ist Teil dieses Prozesses der Kriminalisierung der Anführerschaft von gewaltsamen Konflikten. In ihrem Bemühen ganze Gesellschaften zu transformieren, ist es ein wichtiger Teil dieses Versuchs bei den *grassroots* anzufangen und dieses Mal nichts dem Zufall zu überlassen. Duffield (2005a) beschreibt zwei Zugänge zur Delegitimierung der indigenen Anführerschaft: einerseits – gemäß dem Paradigma des *New Barbarism* – die Beurteilung der Anführer als gewalttätig und archaisch, ohne klares politisches Programm, daher postideologisch; andererseits die Einschätzung der Neuen Kriege als Kriegsökonomien, als Systeme kriminell aufrechterhaltener Gewalt, wobei die Führerschaft dann nicht unbedingt archaisch sein muss, sondern als kriminell theoretisiert wird. Gemeinsam ist den beiden Ansätzen, dass sie die aktuellen Muster von Konflikten als symptomatisch für die Schaffung neuer sozialer und politischer Beziehungen, der Entstehung neuer politischer Komplexe im Süden kategorisieren. (Vgl. ebd.: 129f.)

4.4.2.3 Neue Kriege als temporäre Normabweichung oder eine Form sozialer Transformation?

Während *aid policies* auf Irrationalität, Zusammenbruch und Kollaps fokussieren, betont der Zugang der Politischen Ökonomie, während sie Gewalt und Menschenrechtsverstöße nicht stillschweigend hinnimmt, die Verbindung mit gesellschaftlicher Transformation und der Schaffung neuer lokal-globaler Netzwerke und Formen der Legitimität. Sogar die am meisten

von Kriegen betroffenen Länder und Regionen, schreibt Bradbury (1997) erhalten notwendigerweise strukturierte Formen politischer Autorität und sozialer Praxis aufrecht, selbst wenn diese nicht wie erwartet oder konventionell sind. Zur Debatte steht der Versuch, solche Aktivitäten „kriminell“ zu konzeptionalisieren. Während sie scheinbar die Extreme menschlichen Verhaltens thematisiert, wirke eine solche Konzeptionalisierung normalisierend. Aus dem Bezeichnen der ökonomischen Aspekte eines Konflikts als kriminell folge eine Reihe anderer Dinge; Denn die Idee, dass Kriminalität eingegrenzt und spezifisch ist, ist essenziell dafür, dass die Möglichkeit von Entwicklung an sich aufrecht erhalten werden kann. Sind erst die gewalttätigen, kriminellen Anführer neutralisiert oder entfernt, können Akteure einer globalen Governance in Allianz mit den Armen mit der normalen Entwicklung fortfahren. (Vgl. Duffield 2005a: 131)

„The idea that new wars might be symptomatic of much wider societal and international transformations is not seriously considered. They remain temporary aberration off the inevitable road to development and security“ (Duffield 2005a: 132).

Der Untersuchung Colliers (1999) über *Gier* (Streben nach individueller ökonomischer Bereicherung) und *Groll* (im Sinne interethnischer Konfliktlinien oder auch Deprivation, Armut) als Auslöser der Neuen Kriege, wobei er ersteres als ausschlagend identifiziert, liegt die Annahme zu Grunde, Krieg bringe eine Gesellschaft von einem Normalzustand ökonomischen Gleichgewichts in einen abnormen Zustand des Ungleichgewichts.

Um einen solchen Reduktionismus zu verhindern, ist es entscheidend zu beachten, dass soziale Akteure indem sie ihre Selbsterhaltung oder ihren Vorteil sichern, dazu gezwungen sind, soziale und politische Bedingungen herzustellen, in denen neue Formen von Vermögen, Umverteilung und Legitimität verwirklicht werden können. „Wars are *actions*, after all, and people act – go to war – on the basis of how they interpret the world around them“ (Ringmar 1997: 225). Eine normative Positionierung bzw. vielfach eine Ablehnung dieser Prozesse ist konfrontiert mit ihrer realen Existenz: „We may not particularly like all the structures that emerge, and some will no doubt offend our liberal views of equity and gender; but emerge they will“ (Duffield 2005a: 138).

Die politische Ökonomie der internen Kriege basiert auf einem Doppelargument: Soziale Gruppen verfolgen durch Konflikte ihre politischen oder wirtschaftlichen Vorteile; das wiederum treibt einen komplexen Prozess sozialer Transformation und sozialer Entwicklung an. Das unabhängige Auftauchen neuer Formen der Sicherung, Autorität und Rechte auf

Vermögen ist ein komplexer Prozess in dem Sinn, dass er von einer größeren Dimension ist als die individuellen Akte der Bereicherung und Umverteilung, die ihn antreiben. Im Versuch über die Wahrnehmung von Konflikt als Anomalie und Kollaps hinauszukommen, argumentiert David Kneen (1998), Krieg „is not simply a breakdown in a particular system, but a way of creating an alternative system of profit, power and even protection“ (ebd.: 11, zit. nach Duffield 2005a).

Konflikt in einer innovativeren Weise zu adressieren, verlangt die Möglichkeit anzusprechen, dass Gewalt eine Art und Weise sein kann, und häufig auch ist, um kulturelle Formen aufrechtzuerhalten, zu verändern und auszuweiten. (Vgl. Duffield 2005a: 125)

Politische Ökonomie bietet viele Einblicke in die Natur der Neuen Kriege. Gleichzeitig sind manche Erkenntnisse durch die Trennung der Teile des Doppelarguments Teil des Entwicklungsdiskurses geworden: Die Idee, Konflikt sei private Bereicherung sei akzeptiert worden, der Zusammenhang mit sozialer Transformation hingegen ignoriert. Individuelle Akte der Aneignung oder Machtergreifung können, wenn sie von ihrem Kontext abstrahiert werden, als kriminelle, kurzfristige Gewinne zur Selbsterhaltung dargestellt werden. Solche Interpretationen werden u.a. dazu verwendet, das Konzept einer sich selbst aufrechterhaltenden Kriegsökonomie zu stützen. (Vgl. Duffield 2005a:139)

Doch es bestehe, so Duffield, ein grundsätzlicher Unterschied zwischen der Argumentation der politischen Ökonomie und der Position der *Mainstream-Hilfspolitik*: „In reducing war to sectarian economic gain, not only has the dimension of social transformation been lost or minimised, but the opposite tends to emerge“ (Duffield 2005a: 125) Dass gierige und gewalttätige, kriminalisierte Anführer sich organisieren würden, um ihren privaten Gewinn zu sichern und so die abnormalen sozialen Verhältnisse des Konflikts aufrechtzuerhalten, wird als soziale Regression, nicht Transformation kategorisiert (vgl. Collier 1999). Die Repräsentation von Konflikt als kulturellem Zusammenbruch ist ein wesentlicher Aspekt, um die Etablierung neuer Formen von Identität und sozialer Kohäsion zu rechtfertigen bzw. erst zu ermöglichen. Sie ist Teil des radikalen Anspruchs, dass Entwicklung nun direkte soziale Transformation meint: „This agenda is made easier to initiate (but not necessarily to implement or achieve success) if the moral universe within which one operates has already either problematised indigenous ways of doing things or represented them as eroded or collapsed“ (Duffield 2005a: 125).

Gewaltsamer Konflikt als soziale Transformation sei Teil eines viel weiteren Gebiets tatsächlicher Entwicklung, jenseits der engen Grenzen konventioneller, ökonomischer und

politischer Modelle. Seine Unabhängigkeit von den strategischen Interventionen der Akteure einer globalen Governance bzw. der Entwicklungspolitik definiert beides, Faszination und Bedrohung, die von ihm ausgehen. Es besteht eine Spannung zwischen der Konzeptionalisierung von Konflikt als Abweichung und Zusammenbruch und jener als Form sozialer Transformation. In jedem Konflikt lassen sich Aspekte beider Interpretationen finden; der Entwicklungsdiskurs tendiere allerdings dazu, die neuen Kriege als rückschrittlich, archaisch und reaktionär im Verhältnis zu einer partikularen Vorstellung von Modernisierung zu sehen (Duffield 2005a: 140).

“The power of these discourses to limit resistance in the form of alternative imaginings of the nature of armed struggle” (Hughes/Pupavac 2006: 886) könne nur durch Manipulieren und Untergraben der hegemonialen Position in Frage gestellt werden (ebd.).

4.4.2.4 *Complex political emergencies* oder *emerging political complexes*?

Den Trend der 1990er, Entwicklung und Sicherheit sehr stark in Verbindung und gegenseitiger Abhängigkeit zu sehen, wird durch die Formulierung von Unterentwicklung als Risiko störender internationaler Zirkulation fortgesetzt. In einem radikalisierten Verständnis von Entwicklung, so Duffield, drohe in einem globalen System zunehmender Vernetzung die Internationalisierung der Instabilität des Südens. Verstanden wird für globale Stabilität relevante Unterentwicklung als „complex emergencies“, als konflikt-bezogene humanitäre Katastrophen samt weitgehendem Zusammenbruch, sozialer Dislokation und der Notwendigkeit einer systemweiten Antwort der internationalen Gemeinschaft mittels Hilfsmaßnahmen. Im Interesse globaler Stabilität verlangen „complex emergencies“ daher eine radikale Agenda sozialer Transformation: “The aim of liberal peace is to transform the dysfunctional and war affected societies that it encounters on its borders into cooperative, representative and, especially, stable entities” (Duffield 2005c: 11).

In diesem Kontext werden Konfliktlösung und gesellschaftlicher Wiederaufbau zum Teil eines entstehenden Systems der *Global Governance* (vgl. Duffield 2005a: 2). Wenn interner Konflikt nicht nur als Umkehr von Entwicklung im Sinne einer Zerstörung nachhaltiger Entwicklung, sondern als eine Bedrohung des fragilen Gleichgewichts einer Massengesellschaft samt ihrer abhängigen Bevölkerung, Infrastruktur und porösen Grenzen verstanden werde, gehe es darum die Bevölkerung im Grenzland zu sichern: „homeland security“ als Sicherung von allem was autonom, unvorhersehbar und daher bedrohlich im globalen „borderland“ sei (Duffield 2005c: 12).

Dabei resultiert für Duffield mit seiner biopolitischen Konzeption von Sicherheit als Sicherheit von Bevölkerungen die Konfrontation von effektiven, gesicherten Staaten mit den als Sicherheitsrisiko wahrgenommenen ungesicherten Bevölkerungen keineswegs in einem Postulat einer globalen, solidarischen *Responsibility to Protect* (vgl. ICISS 2001):

“Mass society is a fragile biopolitical equilibrium that enables a small part of the world’s population to live through consuming beyond its means while a larger part is allowed to die chasing the mirage of self-reliance. Development does not seek to remove this life-chance lottery. At best, it operates as a security mechanism that attempts, through poverty reduction measures, conditional debt cancellation and selective funding, to insulate mass society from the permanent crisis at its borders by making the latter more predictable and manageable” (Duffield 2005c: 12).

Was minimiert oder ignoriert werde, sei die Möglichkeit, dass wir Zeugen des Auftauchens neuer und singulärer Dynamiken in den internationalen Beziehungen sind, Zeugen von etwas, das außerhalb des akzeptierten teleologischen Schemas der Dinge liegt (vgl. Duffield 2005a: 162) *Complex political emergencies* tauchen an den Grenzen des *liberalen Friedens* auf, dort wo er auf politische Systeme trifft, deren Normen wesentlich anders sind. Für den liberalen Frieden verschlimmert die involvierte Gewalt Armut, zerstört soziales Kapital und macht Jahre der Entwicklung rückgängig. Die beobachteten Phänomene werden repräsentiert als multikausal und nach einer systemweiten Antwort verlangend.

Geht man jedoch – entgegen dem etablierten Diskurs - davon aus, dass diese konfliktiven Phänomene nur vor dem Hintergrund der Möglichkeit aus freiem Willen handelnder Akteure analysiert werden können, muss es darum gehen „to rephrase the encounter so that liberal peace is seen to confront not complex political emergencies but emerging political complexes on its borders“ (Duffield 2005a: 163). Eliten sind fähig aus einer Reihe von Handlungsoptionen zu wählen, anstatt nur Blaupausen zu folgen. Die involvierten sozialen und politischen Dynamiken müssen untersucht werden. *Emerging political complexes* nützen die Macht und Flexibilität nicht-formaler Ökonomien. Sie schaffen Referenzpunkte für Legitimität, Umverteilung und Recht auf Vermögen in solchen Ökonomien. In Bezug auf die neuen Kriege, sind es diese politischen Komplexe, die die Autorität und Fähigkeit haben die Ressourcen der Netzwerke der Schattenwirtschaft zu mobilisieren. Sie weisen meist Schnittflächen mit den Institutionen der anerkannten formalen Staaten auf, implizieren aber politische Projekte, die über die konventionellen Formen territorialer, bürokratischer und juridischer Autorität hinausgehen. Ihre Legitimität beruht nicht länger auf der Schaffung und Aufrechterhaltung nationalstaatlicher Kompetenzen innerhalb definierter Grenzen. Viele so

genannte „schwache Staaten“ sind fähig auf die Bürokratie konventioneller Staatlichkeit vollkommen zu verzichten und öffentliche Wohlfahrt externen Organisationen zu überlassen. Konventionelle Unterscheidungen zwischen Bevölkerung, Armee und Regierung werden aufgelöst. Derartige politische Projekte sind dennoch weder abnormal noch irrational. In ihrer Antwort auf Globalisierung und die Möglichkeiten, die sie schafft, haben sie sich in das liberale Weltsystem integriert, indem sie die alltäglichen Beziehungen und Strukturen tatsächlicher Entwicklung vertiefen und ausweiten. (Vgl. Duffield 2005a: 163)

„To dismiss this as criminality, however is to miss the interesting point that those involved are making claims to wealth“ (ebd.: 5), kommentiert Roitman (2001) Aktivitäten wie organisierten Straßenraub als Teil der Schattenökonomie. Für die lokale Bevölkerung sei die extraktive Macht nicht-staatlicher Regulatoren mit sozialer Ordnung, Umverteilung und Vergeltung konsistent. Es gäbe wenig Beweise, dass die allgemeine Bevölkerung ihre ethno-nationalistischen Führer ablehnen würde. Geht man davon aus, dass neue Formen sozialer Ordnung – möglicherweise sogar einschließlich eines Rechts durch gewaltsame Aneignung - auftauchen können, könne nicht länger, wie es die Praxis des Entwicklungsdiskurses sei, angenommen werden, die Armen von ihren unwürdigen Führern zu trennen sei realisierbar, geschweige denn gerechtfertigt: „In the end, it may be better to adress the actual situation rather than the imagined or preferred version“ (Duffield 2005a: 174).

4.4.3 Neuer Humanitarismus

Umfassende, dauerhafte und gerechte Konfliktlösung – auf dieses deklarierte Ziel hin versuchten internationale Akteure in den letzten Jahren militärische Intervention, humanitäre Hilfe und Entwicklungspolitik zu integrieren. Alle drei Bereiche werden dabei als Komponenten internationaler Reaktion auf Krisensituationen gefasst. Das beinhalte auch die Tendenz, humanitäre Hilfe bewusst förderlich für die politischen Ambitionen der internationalen Gemeinschaft zu machen. Die Kohärenzagenda impliziere, dass Leben-retten nicht ausreichend sei, und dass die Prinzipien der Unparteilichkeit, der Neutralität und Unabhängigkeit, die humanitäres Handeln typischerweise charakterisiert hatten, zur Seite geschoben werden sollten, um Platz zu machen für die höheren Ziele Frieden, Sicherheit und Entwicklung. (Vgl. De Torrenté 2004: 3)

Hier soll diese Verschiebung vom neutralen Humanitarismus der 1980er Jahre, der Leben um jeden Preis retten will und sich dabei jenseits von Politik zu positionieren glaubt, hin zu einem *new political humanitarianism* (Duffield 2007) nachgezeichnet werden. Der neue

Humanitarismus ist sich seines politischen Charakters bewusst, Neutralität von Hilfe wird in den „Neuen Kriegen“ zunehmend als problematisch bis unmöglich wahrgenommen; in seinem Namen verschiebt sich auch die Zielsetzung radikal: Nicht mehr das Retten von Menschenleben steht im Vordergrund, sondern ergebnisorientiert die Förderung von Konfliktlösung, Frieden, Entwicklung. Scheint dieser Fokus mit Weitblick einerseits die zukünftigen Lebenschancen der Bevölkerung zu thematisieren und vom kurzfristigen Zählen geretteter Leben Abstand zu nehmen, so soll er auch kritisch hinterfragt werden: Maßt sich die internationale Gemeinschaft an, friedliche, stabile Gesellschaften zu bauen? Impliziert diese Anmaßung die Reproduktion des kolonialen Blicks auf den aus der Krise geretteten Menschen als apolitisches Subjekt und von Entwicklung als technisches Problem, das durch entsprechende Eingriffe von außen gelöst werden kann? Und wenn humanitäre Hilfe zukünftige Entwicklung fördern soll – heißt das im Umkehrschluss, dass sie, wenn sie Entwicklung und Frieden in einer bestimmten Situation nicht fördern würde, die souveräne Entscheidung potentiell Intervenierender für das Sterben-lassen rechtfertigt?

Während der Zeit der Systemkonfrontation galt formell staatliche Souveränität und damit Nichtintervention in politische Zusammenhänge als etabliertes Dogma der Entwicklungspolitik der internationalen Gebergemeinschaft, das sich heute zunehmend auflöst.

„I’m not interested in the bloody system! Why has he no food? Why is he starving to death?“ (Bob Geldof 1985, zitiert nach Duffield 2005b: 80).

Während der späten 1980er Jahre fanden sich NGOs (unter ihnen prominent Bob Geldofs *Band Aid*) als Vorreiter einer Bewegung, die das Retten von Menschenleben über jegliche politische Bedenken und bürokratische Hindernisse stellte. Nicht nur war humanitäre Hilfe ein universelles Recht, ihre Neutralität positionierte sie jenseits von Politik. Dieser *prophetic humanitarianism* will dem *bloody system*, dem politischen Establishment, die ethische Verpflichtung Menschenleben zu retten ins Gewissen rufen. Er bricht mit dem Dogma der Nichtintervention zunächst in Opposition zum System. Mit den neutralen humanitären Operationen der UN schien eine neue Weltordnung, die das Recht auf humanitäre Hilfe einschloss, zunehmend im Bereich des Möglichen.

4.4.3.1 *Do no harm* - neuer Humanitarismus in neuen Kriegen

Mitte der 1990er-Jahre allerdings wurde das Beharren darauf, dass humanitäre Intervention an sich gut sei und wenig, wenn überhaupt, Rechtfertigung notwendig sei, immer öfter in Frage gestellt. Hilfsorganisationen, mit andauernden Konflikten konfrontiert, begannen ihr Verständnis der Interaktion von Krieg und Hilfe und den involvierten Komplexitäten zu vertiefen. Während externe Hilfe fähig ist, viele Rollen einzunehmen, zeigte sich, dass eine neutrale Position kaum möglich ist. Humanitäre Hilfe wurde, während sie helfen konnte Menschen am Leben zu halten, wie jede andere Ressource unausweichlich Teil der lokalen politischen Ökonomie – insbesondere dort, wo neue Kriege effektiv die konventionellen Unterscheidungen zwischen Zivilbevölkerung, Armee und Regierung aufgelöst hatten. In den heutigen *network wars*¹ existieren die traditionellen Unterscheidungen – militärisch/zivil, Kämpfer/Nicht-Kämpfer etc. - auf denen ein neutraler Humanitarismus idealerweise basieren würde, nicht länger.

“Like the Cold War before it, network war now defines the global predicament. (...) Across the conflict zones of Latin America, Africa, the Middle East and Central Asia, asymmetric forms of autonomy and organized violence have emerged that, through the shadow networks of transborder trade and the cultural and political flows of migrants and uprooted peoples, fully exploit the opportunities of the global/informational economy. In opposition, we have an expanding international security regime that operates through various forms of public-private networking” (Duffield 2002: 153).

Während er jenseits der Politik stehen wollte, wurde der prophetische Humanitarismus unvermeidlich hineingezogen – network war heißt Neutralität nicht gut – und wurde durch diesen kompromittiert. Er fiel einer Welt zum Opfer, in der sich Kompetenz und Autorität von Nationalstaaten radikal verändert haben. Der neue Humanitarismus ist eine genuine, wenn auch partikulare Antwort auf die Komplexität der Neuen Kriege. (Vgl. Duffield 2005b: 79)

Konfrontiert mit dem Ausblick auf Langzeit-Nothilfe-Operationen, die viele als Widerspruch in sich sahen, entwickelte sich Mitte der 1990er eine direkte Kritik humanitärer Hilfe. Diese sei selbst Teil des Problems; trotz ihrer guten Absichten hatte sie viele unvorhergesehene Konsequenzen, von denen manche Konflikte verfestigten und sie schwieriger zu lösen machten. Beispielsweise konnte Lebensmittelhilfe in ländlichen Gebieten Preise für landwirtschaftliche Güter senken und damit Bauern/Bäuerinnen vom Anbau abhalten. Anstatt ihnen zu helfen, würde das ihre Abhängigkeit von den Hilfsorganisationen verstärken.

Gleichzeitig können Hilfsgüter selbst, durch Verteilung, Diebstahl und informelle Besteuerung durch Konfliktparteien Teil einer sich selbst erhaltenden Kriegsökonomie werden. In anderen Worten, humanitäre Hilfe war fähig die Modalitäten von Unterentwicklung und Konflikt zu verfestigen. Während sie Gutes tut, kann sie auch Schaden anrichten: *doing harm* (Anderson 1996). Diese Kritik war sehr einflussreich in der Reformulierung von *aid policy* seit Mitte der 1990er Jahre.

Gegen Ende der 1980er Jahre tauchte ein neuer oder „politischer“ Humanitarismus auf, der die Fehler der Vergangenheit zu korrigieren beanspruchte. Anstatt humanitäre Hilfe als universelles Recht und prinzipiell „gut“ zu konzeptionalisieren, basiert der neue Humanitarismus auf einem „ergebnisorientierten“ (*consequentialist*) ethischen Rahmen. Die Hilfe (bzw. ihre Legitimität) ist bedingt durch Annahmen betreffend ihrer künftigen Ergebnisse. Dieser Logik entsprechend verlinkt der neue Humanitarismus Nothilfe mit Entwicklung, und Konfliktlösung mit dem Wiederaufbau der Gesellschaft.

Weiss (1999) unterscheidet zur Charakterisierung des gegenwärtigen Modus' des Engagements eine minimalistische und eine maximalistische Position. Die zentrale Aussage der minimalistischen Position, die gemeinhin mit der *Do-no-harm*-These Andersons (1996) assoziiert wird, versteht humanitäre Hilfe als „worthwhile if efforts to relief suffering do not make matters worse and can be sustained locally“ (Weiss 1999) Die maximalistische Position besagt, während sie sich ebenfalls an *Do-no-harm*-Prinzipien hält, dass humanitäres Engagement zu verteidigen ist, wenn es mit Bemühungen verbunden wird, die Ursachen der Gewalt durch umfassende politische Strategien zu bekämpfen. Diesbezüglich wird humanitäres Handeln der Notwendigkeit untergeordnet, die Gesellschaft in ein Gleichgewicht zurückzuführen. Humanitäre Hilfe soll im Sinne von Prävention, Entschärfung und Lösung von Konflikten wirken. Ihre Hauptsponsoren sind Regierungen oder Regierungsagenturen. „The maximalist position embodies the merger of development and security and completes the current policy consensus relating to conflict resolution and societal reconstruction“ (Duffield 2005b: 80). Der neue Humanitarismus bedeutet eine Verschiebung in der Schwerpunktsetzung vom Retten von Menschenleben hin zur Unterstützung sozialer Prozesse und politischer Resultate.

„Rather than having the saving of life as its overriding and prophetic concern, a new humanitarianism has emerged that bases action (or inaction) on the assumed good or bad consequences of a given intervention in relation to wider development aims” (Duffield 2005b: 80).

4.4.3.2 Angestrebte Konsequenzen und die Radikalisierung von Entwicklung

Was sind also die Resultate, an denen sich laut Duffield die Entscheidung für oder wider die Intervention orientiert? Die Fähigkeit eines Staates mit den multiplen Problemen von Unterentwicklung und Veränderung/Entwicklung (Armut, Ressourcenkonkurrenz, Arbeitslosigkeit, Bevölkerungswachstum, Kriminalität, Umweltzerstörung usw.) umzugehen und, im Speziellen, Widersprüche friedlich aufzulösen, ist nun zentrales Thema im neuen, weiteren Sicherheitsverständnis. Unterentwicklung wird als gefährlich angesehen, da sie zu Konflikten führen kann; gleichzeitig vernichten Kriege Entwicklungspotential und verschärfen die Gefahr andauernder Unterentwicklung. Diese Zusammenhänge waren es die zu einer Inkludierung von Konfliktprävention und –lösung in offizielle Entwicklungshilfe-*Policies* Mitte der 1990er-Jahre geführt haben.

Humanitärer Hilfe und Wiederaufbauhilfe wird zugetraut, Entwicklung in einem von Krieg betroffenen Land wieder in Gang zu bringen; allerdings ist man sich unter nördlichen OECD-Geberregierungen einig, dass das keine Herstellung des *Status-quo-ante* bedeuten kann. Das Ausbrechen gewaltsamer Konflikte wird vielmehr als Hinweis darauf gedeutet, dass die sozialen Bedingungen vor dem Krieg nicht geeignet waren für nachhaltige Entwicklung. In einem EU-Dokument (1996) heißt es dazu, Konflikt sei häufig „the result of the interaction of political, economic and societal instability, frequently stemming from bad governance, failed economic policies and inappropriate development programmes which have exacerbated ethnic or religious differences“ (ebd.: iii).

Daraus folgt, laut Duffield, eine Radikalisierung von Entwicklung. Bis Mitte der 1990er-Jahre war die transformatorische Absicht von Entwicklungspolitik als natürliches Ergebnis von Entwicklungspolitik angesehen worden, als etwas, das aus eigener Dynamik aus der Hauptaktivität – der Förderung von wirtschaftlichem Wachstum nämlich – folgen würde. Die Aufnahme des Themas „Konflikt“ in den Mainstream der Entwicklungspolitik hat diese Ordnung der Prioritäten maßgeblich verändert: Sozialer Wandel bleibt nicht länger ein Synergieeffekt modernisierender Projekte und Marktreformen, auf dessen Auftauchen gehofft wird. Sozialen Wandel zu erreichen ist nun explizites *Policy*-Ziel.

Geht es nun aber um die Transformation ganzer Gesellschaften, so kann diese nicht (nur) von

außen aufoktroziert werden. Sozialer Wandel muss darum auf umfassenden und liberalen Prozessen von Konsensbildung basieren. *Ownership* wie Partizipation sind zentral. Hier kann Andersons Plädoyer für die Förderung lokaler Kapazitäten für Frieden eingeordnet werden. Während Gesellschaften im Allgemeinen für ihre Entscheidungen Krieg zu führen oder nicht verantwortlich seien, fühlten sich innerhalb der Gesellschaft viele Individuen machtlos in Hinblick auf diese Entscheidungen und würden, wenn sie könnten, Frieden dem Krieg vorziehen (Anderson 1996: 68) Bei Anderson funktioniert durch diese Spaltung der lokalen Gesellschaften in friedliches und kriegerisches Potential einerseits die normative Legitimation des Eingreifens bzw. sogar die Verpflichtung dazu, Partei zu ergreifen; andererseits kommt der gewünschte Wandel explizit (auch) aus der lokalen Gesellschaft selbst.

4.4.3.3 *Dangerous and inappropriate social engineering?* Kritik am neuen oder politischen Humanitarismus

Im Fazit ihres einflussreichen Werks hinterfragt Anderson ihr eigenes Anliegen: Sie hätte argumentiert, dass Akteure der Nothilfe/Entwicklungshilfe versuchen sollten, lokale Kapazitäten für Frieden zu identifizieren und ihre Programme zu entwerfen, um diese zu unterstützen. Trotzdem bleibt die Frage:

„Who do we think we are? Is it justified for outsiders to choose among people or institutions, to make judgements about who or what is ‘truly’ a capacity for peace? To what extent might our attempts to do so constitute dangerous and inappropriate social engineering?“ (Anderson 1996: 146)

Andersons Antwort ist die – von ihr als solche eingeschätzte – Offenheit der lokalen Bevölkerung für externes Engagement. Mit diesem Statement reagiert sie auf die zweite der drei Fragen. Die Frage nach dem Grad, zu dem Interventionen gefährliches und unangemessenes „social engineering“ sind, bleibt unbeantwortet. Diese Frage nimmt Duffields Skepsis gegenüber der Auffassung, Entwicklungsinterventionen könnten, wenn nur ihre Konsequenzen klar durchdacht würden, mechanisch den gewünschten sozialen Wandel, Entwicklung, Sicherheit, Stabilität herstellen, vorweg.

Duffield geht davon aus, dass der Entwicklungsdiskurs ein apolitischer ist, denn seine diskursive Struktur verbirgt die Präsenz und Macht des Technokraten, durch die Vorstellung, alle Probleme seien technischen Ursprungs. Bricht der neue Humanitarismus mit diesem Diskurs, da er ja explizit „politisch“ ist? Der Autor befindet das Auftauchen eines Bruchs mit

dem etablierten Diskurs als illusorisch: Die offensichtliche Bereitwilligkeit politisch zu agieren (das Handeln als politisch zu definieren), verbindet sich tatsächlich mit einer Reduktion und Einschränkung ihrer Bedeutung. Für den neuen Humanitarismus ist Politik beschränkt auf Policy-Entscheidungen von Hilfsorganisationen. Das Argument, humanitäre Hilfe könne Konflikte anfachen – ob wahr oder falsch – hat den wichtigen Effekt, die technische Macht von (humanitärer) Hilfe in ihrem Verhältnis zu den empfangenden Systemen, die noch immer als reaktiv und mechanisch wahrgenommen werden, zu bestätigen. Wenn Hilfe Kriege verfestigen kann, folgt daraus, dass sie diese auch beenden kann. Anstatt eine Art und Weise zu sein, auf die von Krieg betroffenen Gesellschaften als komplexe und sich verändernde Systeme einzugehen, Interessenskonstellationen als konfliktrelevant und die geretteten Menschenleben als politische Subjekte ernst zu nehmen, repräsentiert politischer Humanitarismus die Bestätigung der technischer Autorität der Intervenierenden. (Vgl. Duffield 2005b: 75ff)

„While prophet humanitarianism may have been naive and the agencies involved made many mistakes, one cannot help feeling uneasy about the new accomodation and its willingness to sacrifice lifes today on the promise of development tomorrow“ (Duffield 2005b: 82).

Der neue politische Humanitarismus ist bereit, die harte Entscheidung für die humanitäre Konditionalität zu akzeptieren, denn sie schließt den Moment ein, in dem die bewusste politische Entscheidung zu einer gegen ebendiese Hilfeleistung wird, und zwar in einer spezifischen Situation, in der ihre Wirkung als nicht entwicklungsfördernd eingeschätzt wird. De Torrenté ruft ins Bewusstsein, dass diese ethische Unhaltbarkeit immer schon Teil der Realität humanitärer Hilfe war. Die bewusste Verweigerung – abgesehen von der Selektivität der Hilfe – sei häufig die wesentlichste Form des internationalen politischen Engagements gewesen. Die Ergebnisorientierung des neuen Humanitarismus macht die souveräne Macht der Entscheidung der potentiell Intervenierenden allerdings wieder explizit:

„[I]ts operating principle is triage between ‘deserving’ and ‘undeserving’ beneficiaries, under which aid is allocated based on people's expected contribution to the presumably higher goals of peace and development“ (De Torrenté 2004: 4).

In der Einleitung des 2004 erschienenen Sammelbands *Kriege als (Über)Lebenswelten. Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Inseln der Zivilität* definieren die Herausgeber Sabine Kurtenbach und Peter Lock die Intention des Buches als besseres Ausleuchten der Komplexität und globalen Einbindung unterschiedlicher Gewaltmanifestationen in der

gegenwärtigen Phase der Globalisierung. Als Elemente dieses Ausleuchtens wird die Positionierung des jeweiligen Gewaltgeschehens im Prozess der doppelten Globalisierung (Globalisierung/Schattenglobalisierung) und die materielle Reproduktion von Gewaltlogiken aus dem Blickwinkel der beteiligten Akteure. Dazu würde schließlich auch die „Suche nach realitätstüchtigen Schritten zur Stabilisierung und gesellschaftlichen Integration als notwendige Bedingung für Gewaltminderung“ (ebd.: 24) zählen.

Duffields Argumentation - übrigens einer der im Sammelband vertretenen Autoren – trägt zu Erkenntnisgewinnen in ersten beiden Themenfeldern bei; Auch in Hinblick auf die Suche nach den realitätstüchtigen Schritten zur Stabilisierung leistet er einen nicht unwesentlichen Beitrag. Kurtenbach und Lock fassen Duffields Konzeption folgendermaßen zusammen: In aktuellen Gewaltkonflikten lasse sich eine Symbiose militärischer und humanitärer Macht beobachten, so dass die sanfte Macht Europas sowie humanitäre Organisationen und Hilfswerke nur eine andere Form der Machtausübung durch den Westen sei. Gemeinsames Ziel der militärischen wie humanitären Ansätze sei, die Kontrolle der Entwicklungsgesellschaften, die als Bedrohung empfunden würden. Diese Polarisierung könnte, Duffield zufolge, nur eine grundlegende Neubewertung der gegenseitigen Abhängigkeiten und Vernetzungen durchbrechen (Kurtenbach/Lock 2004: 25).

Vorschläge also, wie man die Realität eines stabilen Friedens herstellt, welche Entwicklungsmechanismen man in Allianz mit den *deserving poor* und lokaler Friedenskapazitäten (vgl. Anderson 1996) zielgerichtet in Gang setzt, sind von Duffield kaum zu erwarten. Sein wesentlicher Beitrag ist vielmehr der kritische Blick auf diese Schritte, mit denen man scheinbar auf Stabilität zugeht. Die vermeintliche Realitätstüchtigkeit wird dann auf ihre Nähe zu Realitätsverweigerung hin untersucht.

So sind die Kriminalisierung der neuen Kriege wie auch ein neuer Humanitarismus, der letztlich bereit ist, ein Sterben-lassen zu akzeptieren, so es im Sinne zukünftiger friedlicher Entwicklung ist, und das Aushalten kriegersicherer Gewalt gewissermaßen als Preis für diese Entwicklung als Mechanismen zu verstehen, die notwendig werden, weil man sich weigert eine etablierte Welt- (und Entwicklungs-)Sicht aufzugeben:

Eher als dass eine Gleichgewichtssituation erreicht würde, würden sich komplexe Systeme konstant verändern. Wesentlicher Effekt von Hilfe ist die Veränderung und/oder das Bestärken existenter Macht und Legitimitätsstrukturen, auf die sie trifft; das daraus resultierende System aber verändert sich weiter und produziert neue Formen und Strukturen. Hilfsinterventionen oder deren Abbruch/Absenz resultieren in entgegenwirkenden Reaktionen

und Anpassungen; denn komplexe Systeme sind flexibel und verfügen über enorme Anpassungskraft. (Vgl. Duffield 2005a: 254)

„In relation to aid, donors searching for technically perfect projects or concise best-practice guidelines premised on a belief in a steady-state ending are not only deluding themselves, they are wasting money. If liberal peace is to be effective, it must first of all develop the means to address complexity: in the reasonable expectation that problems will never be solved – they will simply change and mutate“ (ebd.).

5 FAZIT

Die Existenz eines kulturell flektierten rassistischen Diskurses begann zunehmend Aufmerksamkeit zu erregen. Bei Duffield (2006) steht zur Debatte, dass dieser Diskurs Migration und Entwicklung verbindet. Weiters trägt er zum Auftauchen einer globalen Ordnung bei, in der öffentliche Infrastruktur und soziale Kohäsion einer freien Gesellschaft am besten durch das unter-Kontrolle-Halten internationaler Migration gesichert werden, während gleichzeitig Unterentwicklung kompensiert wird durch die Förderung der Resilienz des Lebens, das als resilient definiert wird.

Die Fundamente dieser Sicherheitsarchitektur seien während der Dekolonialisierung gelegt worden. Da sie episodischer Natur sei, zeigen sich mit jeder neuen Bedrohung für die Integrität des *way of life* der Massengesellschaft neue Möglichkeiten, für eine Zentralisierung und ein erneutes Geltendmachen souveräner Macht (Duffield 2006: 72).

Ich habe versucht aufzuzeigen, wie sich in der aktuellen Regulation von Migration gemäß dem Imperativ der Sicherheit nicht nur, aber auch souveräne Machtechanismen etabliert haben. Unregulierte Migration wird als eine jener neuen Bedrohungen der Integrität des *way of life* westlicher Massengesellschaften verstanden und ruft ein primär effektives Regieren auf den Plan. Legitimes politisches Handeln einzufordern erscheint für MigrantInnen kaum mehr möglich, wenn sie als bloßes Leben konzipiert werden. Giorgio Agambens *homo sacer* (2002) steht für dieses aller politischen Rechte beraubte natürliche Leben. Er erscheint mir als extreme Konzeption, die aber hilfreich sein kann, aktuelle Prozesse – wenn auch möglicherweise überzeichnet – aufzuzeigen.

Wenn Klaus-Michael Bogdal (2008) kritisch anmerkt, souveräne Macht zerstöre niemals „bloßes Leben“, so ist das die wohl angemessene Kritik an Agambens Argumentation die auf die Autonomie verweist, die auch entrechteten MigrantInnen bleibt. Diese autonome Handlungsmacht nicht durch Diskurse der Viktimisierung unsichtbar zu machen, muss im Rahmen der Kritik des aktuellen Migrationsregimes ein wesentliches Anliegen sein.

Die Autonomie der Migration trotz Rekonfiguration souveräner Macht im biopolitischen Sicherheitsdispositiv zieht den Bogen zu den liberalen Führungstechniken der Biopolitik.

„Regierung im Sinne Foucaults bezieht sich somit nicht in erster Linie auf die Unterdrückung von Subjektivität, sondern vor allem auf ihre „(Selbst-)Produktion“ oder genauer: auf die Erfindung und Förderung von Selbsttechnologien, die an Regierungsziele gekoppelt werden können“ (Lemke et al 2000: 29).

Die Funktionsweise dieser Selbsttechnologien habe ich versucht im diskursiven Feld der Entwicklungspolitik aufzuzeigen.

Dabei ist es aufschlussreich zunächst nachzuvollziehen, wie sich die Regierung der Armut historisch verändert hat. In der Rede vom Pauperismus als sozialer Gefahr, die die liberale Rationalität des ausgehenden 19. Jahrhunderts prägt, können Parallelen zur gegenwärtigen Regierung der Migration gezogen werden: Nicht die soziale Ungleichheit ist Thema, sondern die (moralische) Differenz des Paupers. Der sozialstaatlichen Rationalität, die Risiken kollektiviert und gemäß dem Prinzip der Versicherung den Vorsorgestaat etabliert, entspricht das globale Versprechen auf Entwicklung, dem sich internationale Entwicklungspolitik lange Zeit verpflichtet gefühlt hatte. Selbstverantwortliches Abschätzen von Risiken und präventives individuelles Handeln schließlich sind die zentralen Sicherheitsmechanismen der neoliberalen Rationalität der Regierung von Armut.

Wird durch „verantwortlich gemachte Wahlfreiheiten“ regiert, steht Sicherheit unter dem Zeichen individueller Risikoabschätzung und- bearbeitung, die eigene Vulnerabilität soll selbstverantwortlich in Resilienz umgewandelt werden. Während in der „entwickelten Welt“ Vorsorgestaat und Versicherungsgesellschaft (Ewald 1993) längst unter neoliberalem Vorzeichen am Zerbröckeln sind, ist nach Aufgabe des Entwicklungsversprechens auch das „unterentwickelte“ Subjekt selbstverantwortlich (gemacht) worden: „allowed to die chasing the mirage of self-reliance“ (ebd.: 47) benennt Duffield (2007) diese neue Freiheit und „global life chance divide“ (ebd.: 47), die globale Situation, in der die Ressourcen, diese Freiheit in Lebenschancen umzusetzen ungleich verteilt bleiben.

„Sustainable development breaks this aspirational goal and, complementing moves to control international immigration, substitutes a relation of containment. Non-insured populations are now expected to live within their own powers of self-reliance“ (Duffield 2006:74).

Anstatt *per se* ökonomisches Wachstum ist für nachhaltige Entwicklung soziales Wohlergehen das Ergebnis komplexer Interaktionen zwischen Individuen und Gruppen, ausgestattet mit unterschiedlichen und sich verändernden Ressourcen an Wissen und Macht. Entwicklung wurde zu jenen praktischen Interventionen, die auf diese Ausstattung einwirken, um die Möglichkeiten der Menschen in jeder relevanten Art und Weise auszuweiten. Die Aufgabe Leben zu unterstützen wird vom Staat auf das Volk, eine Bevölkerung, bestehend aus sozialen Unternehmern, die auf der Ebene von Haushalt und Gemeinde operieren,

verschoben. Ziel dieser ganzheitlichen und menschen-zentrierten Entwicklung ist die Befähigung der Menschen, mit Risiken umzugehen und die Kontingenzen des Lebens effektiv zu managen (vgl. Duffield 2006: 74f.). Nachhaltige Entwicklung ist eine Sicherheitstechnologie, die versucht die Bewegung nicht-versicherter Bevölkerungen unter Kontrolle zu halten, indem sie die Verantwortung potentiellen MigrantInnen auflädt, ihre Erwartungen zu berichtigen, während sie ihre Selbst-Resilienz verbessern, zieht Duffield die Verbindung zwischen Migrations- und Entwicklungspolitik (Duffield 2006: 75).

Doch die Autonomie des selbstverantwortlichen Umgangs mit Risiken stößt abermals auf Grenzen, sobald sie zur Quelle globaler Instabilitäten zu werden droht. Als ein Ausdruck dieser Instabilität generierenden Autonomie werden sogenannte „neue Kriege“ verstanden. Mein unkommentiertes Einfügen einer Skizze dieser neuen Kriege nach Herfried Münkler (2004) wirft die Frage der theoretischen Konsistenz im Kontext der theoretischen Verortung meiner Fragestellung nach den Mechanismen eines Sicherheitsdispositivs im Rahmen der Biopolitik nach Foucault'schen Verständnis auf. Als ein Mehrwert dieser theoretischen Konfrontation, wird die interne Konsistenz und Logik einer Theorie deutlich, die die Notwendigkeit ihre Infragestellung womöglich noch verdeutlicht. Neue Kriege, allein durch ihre Bezeichnung von der Rationalität modernen Konfliktaustrags des endenden 20. bzw. beginnenden 21. Jahrhunderts unterschieden werden und doch Parallelen zum frühneuzeitlichen Gemetzel und ökonomischen Nutzenkalkül des Dreißigjährigen Krieges aufweisen, lassen sich – so der vermittelte Eindruck – kaum rechtfertigen oder gar legitimieren. Meine skizzierte – und darum verkürzte - Darstellung einer gängigen Konzeption des „neuen“ Konfliktaustrags in Entwicklungsländern kann verdeutlichen, wie implizit, das Bild der „underserving leaders“ gezeichnet wird, die als *Warlords* diese neuen Kriege zu ihrer eigenen Bereicherung aufrecht erhalten. Die Bevölkerung ist das Opfer ihrer Machenschaften, ob als Kindersoldaten missbraucht oder namenlose massakrierte Zivilbevölkerung. Ohne Rentabilität gäbe es keine Privatisierung des Krieges, schreibt Münkler. Doch nach welchen Maßstäben lassen sich „private“ Kriege der *Warlords* von „öffentlichen“ Kriegen westlicher Staatsmänner abgrenzen? Lässt sich die Motivation der „undeserving leaders“ tatsächlich als eigennützig kategorisieren und sind dadurch gesellschaftliche oder politische Interessen auszuschließen?

Für globale liberale Governance sind alle gewaltsamen Konflikte gefährlich, was zur geradezu automatischen Problematisierung ihrer Anführer führt. Das passiert zunächst unabhängig davon, ob sie Kriegsverbrechen verschuldet haben oder sich gegen Enteignung

und Ausbeutung verteidigen. Als legitimes Mittel für sozialen Wandel wird gewaltsamer Konflikt jedenfalls in Frage gestellt. Mark Duffield erklärt die Delegitimierung indigener Anführerschaft in Konflikten mittels zweier Erklärungsmuster. Einerseits werden die Anführer als postideologisch eingeschätzt, ohne klares politisches Programm, gewalttätig und archaisch; andererseits werden sie im Kontext einer Konzeption neuer Kriege als Kriegsökonomien, Systeme kriminell aufrecht erhaltener Gewalt als nicht unbedingt archaisch, doch kriminell kategorisiert. In Münklers Modell finden sich beide Aspekte.

Die vorgeschlagene Alternative ist eine differenzierte Auseinandersetzung mit diesen Konfliktformen (auch) als Form der sozialen Transformation. Die involvierte Gewalt auch als rationales Mittel des Konfliktaustrags einzuschätzen, sie nicht auf pathologisches Verhalten brutalisierter Führer zu reduzieren, bedeutet nicht sie gutzuheißen; es bedeutet allerdings, die Möglichkeit rationaler Handlungsfähigkeiten der Subjekte offen zu halten. Die Verurteilung der Gewalt muss nicht ein Verneinen der Existenz strukturierter Formen der Autorität und sozialer Praxis, die Bradbury (1997) als trotz allen Krieges aufrecht beschreibt, implizieren. Kriege sind Handlungen, darauf ist mit Ringmar (1997) hinzuweisen, die Menschen auf Grundlage ihrer Interpretation der Welt, die sie umgibt, setzen. Kriege als Kollaps, Anomalie, Regression? - über diese Vorstellung gilt es hinauszudenken in Richtung einer möglichen Interpretation von Krieg als Mittel, ein alternatives System von Profit, Macht und sogar Schutz zu schaffen.

Wo lässt sich hier der Bogen von der Skizzierung neuer Kriege nach Münkler über die kritische Auseinandersetzung (Duffield/Ringmar/Kneen) zur Foucault'schen Biopolitik ziehen? Entwicklung als radikale, direkte soziale Transformation der Bevölkerung ist in biopolitischen Mustern zu fassen. „This agenda is easier to achieve (...) if the moral universe (...) has already been either problematised indigenous ways of doing things or represented them as eroded or collapsed“ (Duffield 2005a: 139).

Die Gewaltökonomien der *failed states* könnten durchaus als gewaltsames Risikomanagement und Sicherheitsstrategie verstanden werden; gutgeheißen werden sie im aktuellen moralischen Universum der Entwicklungspolitik nicht, der Autonomie durch Intervention ein Ende gesetzt. Wie auch im Migrationsdiskurs werden die Mechanismen von Kriminalisierung und Viktimisierung wirksam, um die „Subjekte der Unterentwicklung“ zu regieren bzw. gegebenenfalls souveräne Gewalt zu rechtfertigen. *Undeserving leaders* werden von einer Bevölkerung der *deserving poor* unterschieden und die Entstehung von - im westlichen Verständnis unkonventionellen – sozialen Strukturen – *emerging political complexes* - zu

Not- und Ausnahmesituationen – *complex political emergencies* - erklärt, auf die entsprechend reagiert werden muss.

Wie ich versucht habe in meiner Auseinandersetzung mit Sicherheit im ersten Teil meiner Arbeit aufzuzeigen, ist die Realitätsmächtigkeit von begrifflichen Deutungen und diskursiven Strukturen auch hier von wesentlicher Bedeutung.

Mit Duffield stellt sich die Frage, ob aktueller Interventionalismus in Kriesengebieten im Rahmen eines *neuen politischen Humanitarismus* ein Bruch mit dem als apolitisch eingeschätzten Entwicklungsdiskurs darstellt. Wirkt nicht länger die Macht des Technokraten durch die diskursive Struktur mittels der Vorstellung, alle (Entwicklungs-)Probleme seien technischen Ursprungs? Die Definition des humanitären Handelns als politisch impliziert die Reduktion und Einschränkung der Bedeutung *politischen* Handelns.

Die technische Autorität der Intervenierenden wird jedoch nicht in Frage gestellt; die Vorstellung der vom Krieg betroffenen Gesellschaften als komplexe und sich verändernde Systeme, von soziopolitischen Interessenskonstellationen als konfliktrelevant bleibt marginalisiert; das politische Subjekt bleibt unberücksichtigt, während gerettete Menschenleben gezählt werden.

Meiner Einschätzung nach werden hier biopolitische Mechanismen sichtbar. Man ist bemüht um das effektive Management des (Über-)Lebens von Bevölkerungen im Sinne globaler Stabilität. Hinter diesem effektiven Management muss legitimes politisches Handeln zurückstehen, im Falle eines *neuen Krieges* ist nicht zuvorderst nach der möglichen Legitimität von Konflikt als politischem Handeln, sondern nach der Gefährdung der internationalen Stabilität zu fragen. Im biopolitischen Sicherheitsdispositiv – eines Dispositivs als einer Formation, deren Hauptfunktion zu einem gegebenen historischen Zeitpunkt, darin bestanden habe, auf einen Notstand zu antworten (vgl. Foucault 1978: 120) - wird dann je nach Einschätzung der Lage, die Kunst des Regierens mittels liberaler Führungstechniken in der Herstellung selbstverantwortlicher resilienter Subjekte, die versuchen ihr (Über-)Leben zu sichern, wirksam; oder die Reaktivierung souveräner Macht zur Wiederherstellung der Sicherheit mittels souveräner Gewaltmaßnahmen gegen „gefährliche Subjekte“, die Instabilität generierende Konflikte austragen.

„As well as promoting and supporting life, a biopolitics of development has the sovereign power to allow death.” (Duffield 2006: 76) Eine solche kontingente Souveränität kann entweder dafür verwendet werden, Leben zu fördern durch die Technologien nachhaltiger

Entwicklung und menschlicher Sicherheit, oder Tod autorisieren, wenn diese Sicherheitsmechanismen zusammenbrechen und die Massengesellschaft durch ungesicherte globale Zirkulation bedroht zu werden droht.

„These outcomes are not unconnected, they express the fateful duality of biopolitics. Rather than being unconnected or contingent, these outcomes are integral to the defense of a mass society that lives and consumes beyond its means while a larger part of humanity is condemned in the name of development to die chasing the mirage of self-reliance. Perhaps it is time to look for another formula for sharing the world with others” (Duffield 2006: 76).

Trotz allem bleibt ein gewisser Handlungsspielraum bei den Individuen; ein „Außen“ der Macht bleibt eine Möglichkeit und kann vielleicht der Ausgangspunkt einer Veränderung sein:

„etwas, im Gesellschaftskörper, in den Klassen, in den Gruppen und in den Individuen selbst, das in gewissem Sinne den Machtverhältnissen entgeht, etwas das nicht mehr der mehr oder weniger formbare oder widerspenstige Rohstoff, sondern eine zentrifugale Bewegung, eine gegenläufige, befreite Energie ist“ (Foucault 2004d: 542).

LITERATUR

Agamben, Giorgio, 2001, Jenseits der Menschenrechte. In: *Jungle World*, 4. Juli 2001. Online: <http://jungle-world.com/artikel/2001/27/25547.html> (Abrufdatum: 17.4.2012).

Agamben, Giorgio, 2001, On Security and Terror. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20. September 2001, übersetzt von Sönke Zehle. Online: <http://www.egs.edu/faculty/giorgio-agamben/articles/on-security-and-terror/> (Abrufdatum: 17.4.2012).

Agamben, Giorgio, 2002, *Homo sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Agamben, Giorgio, 2004, *Ausnahmezustand*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Anderson, Mary B., 1996, *Do No Harm. How Aid Can Support Peace – or War*. Colorado: Lynne Rienner.

Arendt, Hannah, 1993 [1951], *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, Totalitarismus*. München: Piper.

Arendt, Hannah, 1998, *The Human Condition*. Chicago: University of Chicago Press.

Baudrillard, Jean, 1991, *Der symbolische Tausch und der Tod*. München: Matthes & Seitz.

Beck, Ulrich, 1986, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Beck, Ulrich/Giddens, Anthony/Lash, Scott, 1996, *Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bigo, Didier, 2008, Globalized (In)security. In: Didier Bigo/Anastassia Tsoukala, *Terror, Insecurity and Liberty. Illiberal Practices of Liberal Regimes after 9/11*. Abington/New York: Routledge, 10-48.

Bigo, Didier/Tsoukala, Anastassia, 2008, Understanding (In)security. In: Didier Bigo/Anastassia Tsoukala, *Terror, Insecurity and Liberty. Illiberal Practices of Liberal Regimes after 9/11*. Abington/New York: Routledge, 1-9.

Bogdal, Klaus-Michael, 2008, Die Deterritorialisierten. Agambens Infamien. In: Eva Geulen (Hrsg.), *Hannah Arendt und Giorgio Agamben. Parallelen und Perspektiven*. München: Fink, 11-26.

Boutang, Yann Moulier, 2007, Europa, Autonomie der Migration, Biopolitik. In: Marianne Pieper (Hrsg.), *Empire und die biopolitische Wende. Die internationale Diskussion in Anschluss an Hardt und Negri*. Frankfurt/New York: Campus Verlag, 169-178.

Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hrsg.) 2000: *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Butler, Judith, 2001, *Psyche der Macht. Das Subjekt der Unterwerfung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Butler, Judith, 2005, *Gefährdetes Leben. Politische Essays*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Buzan, Barry/Waeber, Ole/de Wilde, Jaap, 1998, *Security. A New Framework for Analysis*. Colorado/London: Lynne Rienner.

Bürkner, Hans-Joachim, 2010, *Vulnerabilität und Resilienz – Forschungsstand und sozialwissenschaftliche Untersuchungsperspektiven*. Working Paper, Erkner, Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung. Online: http://www.irs-net.de/download/wp_vr.pdf (Abrufdatum: 17.4.2012).

Chambers, Robert, 1989, *Editorial Introduction. Vulnerability, Coping and Policy*. IDS Bulletin 20 (2), 1-7.

Collier, Paul, 1999, *Doing Well out of War*. Paper presented at Conference on Economic Agendas in Civil Wars. London. Online: http://idrc.org/mimap/ev-124434-201-1-DO_TOPIC.html (Abrufdatum: 17.4.2012).

Commission of the European Communities, 1996, *Linking Relief, Rehabilitation and Development*. Online: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:1996:0153:FIN:EN:PDF> (Abrufdatum: 16.4.2012).

De Torrente, Nicolas, 2004, Humanitarianism Sacrificed: Integration's False Promise. In: *Ethics & International Affairs*, Vol. 18, 2004.

Dillon, Michael, 1996, *Politics of Security. Towards a Political Philosophy of Continental Thought*. London: Routledge.

Dillon, Michael, 2004, The Security of Governance. In: Wendy Larner/William Walters, *Global Governmentality. Governing International Spaces*. London: Routledge, 76-94.

Donzelot, Jacques 1991, The Mobilization of Society. In: Graham Burchell et al. (Hrsg.), *The Foucault Effect. Studies in Governmentality*. London [u.a.]: Harvester Wheatsheaf, 197-210.

Donzelot, Jacques, 1994, Die Förderung des Sozialen. In: Richard Schwarz (Hrsg.), *Zur Genalogie der Regulation. Anschlüsse an Michel Foucault*. Mainz: Decaton, 109-160.

Duffield, Mark, 2005a, Getting Savages to Fight Barbarians. Development, Security and the Colonial Present. In: *Conflict, Development and Security*, Summer 2005, 5(2).

Duffield, Mark, 2005b, *Global Governance and the New Wars*. London: Zed Books.

Duffield, Mark, 2005c, *Human Security: Linking Development and Security in an Age of Terror*. Online: http://eadi.org/gc2005/confweb/papersps/Mark_Duffield.pdf (Abrufdatum: 27.6.2011).

Duffield, Mark, 2006, Racism, Migration and Development: the Foundations of Planetary Order. In: *Progress in Development Studies* 6, 1 (2006), 68-79.

Duffield, Mark, 2007, *Development, Security and Unending War. Governing the World of Peoples*. Cambridge: Polity Press.

Duttweiler, Stefanie, 2007, Beratung als Ort neoliberaler Subjektivierung. In: Roland Anhorn et.al. (Hrsg.), 2007, *Foucaults Machtanalytik und Soziale Arbeit. Eine kritische Einführung und Bestandsaufnahme*. Wiesbaden: VS, 261-275.

Escobar, Arturo, 1995, *Encountering Development. The Making and Unmaking of the Third World*. Princeton, NY [u.a.]: Princeton University Press.

Ewald, Francois, 1993, *Der Vorsorgestaat*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Foucault, Michel, 1976, *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Foucault, Michel, 1983, *Sexualität und Wahrheit. 1. Der Wille zum Wissen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Foucault, Michel 1984, „Le souci de la vérité« (Gespräch mit Francois Ewald). In: *Magazine littéraire*, Nr. 207, 1984.

Foucault, Michel, 1987, Das Subjekt und die Macht. In: Hubert L. Dreyfus/Paul Rabinow, *Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik*. Frankfurt am Main: Athenäum, 243-261.

Foucault, Michel, 1988, Die politische Technologie der Individuen. In: Luther H. Martin (Hrsg.), *Technologien des Selbst*. Frankfurt am Main: Fischer, 168-187.

Foucault, Michel, 1991, „Faire vivre et laisser mourir. La naissance du racisme« (Auszug aus der Vorlesung am vom 17. März 1976 am Collège de France). In: *Les Temps modernes*, Nr. 535, Februar 1991.

Foucault, Michel, 2003a, Die „Gouvernementalität“ (Vortrag). In: ders., *Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits. Band III, 1976-1979*, hrsg. von Daniel Defert.. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 796-823.

Foucault, Michel, 2003b, Le libéralisme comme nouvelle art de gouverner. In: Blanc, Guillaume /Terrel, Jean (Hrsg.), *Foucault au Collège de France: Un itinéraire*. Pessac.

Foucault, Michel, 2003c, Michel Foucault: „Von nun an steht die Sicherheit über den Gesetzen.“ (Gespräch). In: ders., *Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits. Band III, 1976-1979*, hrsg. von Daniel Defert. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 474-476.

Foucault, Michel, 2003d, Mächte und Strategien. In: ders., *Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits. Band III, 1976-1979*, hrsg. von Daniel Defert. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 538-550.

Foucault, Michel, 2004a, *Geschichte der Gouvernementalität. Band I: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Vorlesung am Collège de France 1977-1978*, hrsg. von Michel Sennelart. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Foucault, Michel, 2004b, *Geschichte der Gouvernementalität. Band II: Die Geburt der Biopolitik. Vorlesung am Collège de France 1978-1979*, hrsg. Von Michel Sennelart. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Füredi, Frank, 1996, *Risk-consciousness. The Escape from the Social*, Lecture at the Conference on the Contemporary Socialism, University of Sussex, 26-28 April.

Galbraith, John Kenneth, 1962, *The Affluent Society*. Harmondsworth [u.a.]: Penguin Books.

Galbraith, John Kenneth, 1979, *The Nature of Mass Poverty*. Cambridge, Mass. [u.a.]: Harvard University Press.

Geulen, Eva, 2005, *Giorgio Agamben. Zur Einführung*. Hamburg: Junius.

Gössner, Rolf, 2000, „*Big Brother*“ & Co. *Der moderne Überwachungsstaat in der Informationsgesellschaft*. Hamburg: Konkret-Literatur-Verlag.

Hardt, Michael/Negri, Antonio, 2002, *Empire. Die neue Weltordnung*. Frankfurt am Main: Campus.

Hirsland, Andreas/Schneider, Werner, o.J., *Biopolitik und Technologien des Selbst. Zur Subjektivierung von Macht und Herrschaft*.

Hobsbawm, Eric, 1994, *Age of Extremes. The Short Twentieth Century 1914-1991*. London: Joseph.

Horkheimer, Max/Adorno, Theodor, 2004, *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*. Frankfurt a. M.: Fischer.

Hughes, Caroline/Pupavac, Vanessa, 2005, Framing Post-conflict Societies: International Pathologisation of Cambodia and the Post-Yugoslav States. In: *Third World Quarterly*, 26:6, Routledge, 873-889.

Huntington, Samuel, 1996, *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*. New York, NY [u.a.]: Simon & Schuster.

ICISS, 2001, *Responsibility to Protect. Report of International Commission on Intervention and State Sovereignty*. Ottawa: International Development Research Center.

Kaldor, Mary, 2000, *Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Kaplan, Robert D., 1991, *The Coming Anarchy. Shattering the Dreams of the Post Cold War*. New York, NY [u.a.]: Random House.

Karakayali, Serhat, 2008, *Gespenster der Migration. Zur Genealogie illegaler Einwanderung in der Bundesrepublik Deutschland*. Bielefeld: Transcript.

Krasmann, Susanne, 2000, Gouvernementalität der Oberfläche. Aggressivität (ab-)trainieren beispielsweise. In: Ulrich Bröckling et.al. (Hrsg.) 2000: *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp. 194-226.

Krasmann, Susanne, 2003, *Die Kriminalität der Gesellschaft. Zur Gouvernementalität der Gegenwart*. Konstanz: UVK-Verlag.

Krasmann, Susanne, 2006, Der Feind an den Grenzen des Rechtsstaats. In: Brigitte Kercher/Silke Schneider, *Foucault. Diskursanalyse der Politik. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS, 233-250.

Kurtenbach, Sabine/Lock, Peter (Hrsg.), 2004, *Kriege als (Über)Lebenswelten: Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Inseln der Zivilität*. Bonn: Dietz.

Laidi, Zaki, 1998, *A World Without Meaning. The Crisis of Meaning In International Politics*. London: Routledge.

Lemke, Thomas, 1997, *Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität*. Hamburg/Berlin: Argument.

Lemke, Thomas/Krasmann, Susanne/Bröckling, Ulrich, 2000, Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung. In: Ulrich Bröckling et.al.(Hrsg.) 2000: *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 7-40.

Lemke, Thomas, 2004, „Eine Kultur der Gefahr“ - Dispositive der Unsicherheit im Neoliberalismus. In: *Widerspruch*, 24.Jg., Nr. 46, 2004, 89-98. Online: <http://www.thomaslemkeweb.de/publikationen/EineKulturderGefahr.pdf> (Zugriffsdatum: 17.08.2010)

Lemke, Thomas, 2007a, *Biopolitik zur Einführung*. Hamburg: Junius.

Lemke, Thomas, 2007b, *Gouvernementalität und Biopolitik*. Wiesbaden: VS.

Lentzos, Filippa/Rose, Nikolas 2008, Die Unsicherheit regieren. Biologische Bedrohungen, Notfallplanung, Schutz und Resilienz in Europa. In: Patricia Purtschert et.al. (Hrsg.), 2008, *Gouvernementalität und Sicherheit. Zeitdiagnostische Beiträge im Anschluss an Foucault*. Bielefeld: transcript, 127-148.

Link, Jürgen, 2006, *Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Lipietz, Alain, 1998, *Nach dem Ende des „Goldenen Zeitalters“. Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften; ausgewählte Schriften*. Hrsg. von Hans-Peter Krebs. Berlin: Argument-Verlag.

Lock, Peter, 2004, Die Ökonomie der neuen Kriege. In: *Der Bürger im Staat*, Jg. 54(4), 191-196.

Marcuse, Herbert, 1966, *One Dimensional Man. Studies in the Ideology of Advanced Industrial Society*. Boston, Mass.: Beacon Press.

Meyer, Katrin/Purtschert, Patricia, 2008, Migrationsmanagement und die Sicherheit der Bevölkerung. In: Patricia Purtschert et.al., 2008, *Gouvernementalität und Sicherheit. Zeitdiagnostische Beiträge im Anschluss an Foucault*. Bielefeld: Transcript, 149-172.

Mezzadra, Sandro, 2007, Kapitalismus, Migrationen, Soziale Kämpfe. Vorbemerkungen zu einer Theorie der Autonomie der Migration. In: Thomas Atzert et al. (Hrsg.): *Empire und die biopolitische Wende*, 179-194.

Münkler, Herfried, 2002, *Die neuen Kriege*. Hamburg: Rowohlt.

Münkler, Herfried, 2010, Strategien der Sicherung. Welten der Sicherheit und Kulturen des Risikos. Theoretische Perspektiven. In: ders. et al. (Hrsg.), *Sicherheit und Risiko. Über den Umgang mit Gefahr im 21. Jahrhundert*. Bielefeld: Transcript, 11-34.

Narayan, Deepa, 2000, *Can Anyone Hear Us? Voices of the Poor*. Oxford [u.a.]: Oxford University Press.

Narayan, Deepa/Chambers, Robert/Shah, Meera K./Pettesch, Patti 2000, *Voices of the Poor. Crying Out For Change*. Oxford: Oxford University Press.

Negri, Antonio, 2004, Politische Subjekte. Multitude und konstituierende Macht. In: Thomas Atzert/Jost Müller (Hrsg.), *Immaterielle Arbeit und imperiale Souveränität. Analysen und Diskussionen zu Empire*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 14-28.

Nikolopoulou, Kalliopi, 2000, Agamben, Giorgio. Homo Sacer: Sovereign Power and Bare Life. Book Review. In: *Sustance* 93, 2000, 124-131.

Opitz, Sven, 2008, Zwischen Sicherheitsdispositiven und Securitization: Zur Analytik illiberaler Gouvernementalität. In: Patricia Purtschert et al. (Hrsg.) *Gouvernementalität und Sicherheit. Zeitdiagnostische Beiträge im Anschluss an Foucault*. Bielefeld: Transcript, 201-228.

Pieper, Marianne, 2007, Armutsbekämpfung als Selbsttechnologie. Konturen einer Analytik der Regierung von Armut. In: Roland Anhorn et.al. (Hrsg.), *Foucaults Machtanalytik und Soziale Arbeit. Eine kritische Einführung und Bestandsaufnahme*. Wiesbaden: VS, 93-107.

Procacci, Giovanna 1991, Social Economy and the Governemnt of Poverty. In: Graham Burchell et al. (Hrsg.), *The Foucault Effect. Studies in Governmentality*. London [u.a.]: Harvester Wheatsheaf, 151-167.

Pries, Ludger, 2001, *Internationale Migration*. Bielefeld: Transcript.

Pühl, Katharina, 2008, Zur Ent-Sicherung von Geschlechterverhältnissen, Wohlfahrtsstaat und Sozialpolitik. Gouvernementalität der Entgarantierung und Prekarisierung. In: Patricia Purtschert et.al. (Hrsg.), *Gouvernementalität und Sicherheit. Zeitdiagnostische Beiträge im Anschluss an Foucault*. Bielefeld: Transcript, 103-126.

Pupavac, Vanessa, 2005, Human Security and the Rise of Global Therapeutic Governance. In: *Conflict, Security & Development* 5: 2. London: Routledge, 162-181.

Purtschert, Patricia/Meyer, Kathrin/Winter, Yves (Hrsg.), 2008, *Gouvernementalität und Sicherheit. Zeitdiagnostische Beiträge im Anschluss an Foucault*. Bielefeld: Transcript.

Rajaram Prem Kumar Gundry-Warr, Carl, 2004, The Irregular Migrant as Homo Sacer: Migration and Detention in Australia, Malaysia and Thailand. In: *International Migration* Vol. 42 (1) 2004, 33-64.

- Rahnema, Majid (Hrsg.), 1995, *The Post-Development Reader*. London [u.a.]: Zed Books.
- Ringmar, Erik, 1997, On the Causes of War. Book Review Essay. In: *Cooperation and Conflict*, Vol.32(2), 223-230.
- Rose, Nikolas, 1996, *Inventing Our Selves. Psychology, Power and Personhood*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Rose, Nicolas, 1999, *Powers of Freedom. Reframing Political Thought*. Cambridge/New York: Cambridge University Press.
- Rose, Nikolas, 2000, Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens. In: Ulrich Bröckling et al. (Hrsg.) 2000: *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Sachs, Wolfgang (Hrsg.), 1992, *The Development Dictionary. A Guide to Knowledge as Power*. London: Zed Books.
- Sales, Rosemary, 2007, *Understanding Immigration and Refugee Policy. Contradictions and Continuities*. Bristol: Policy Press.
- Samers, Michael, 2003, *Invisible Caopitalism. Political Economy and the Regulation of Undocumented Immigration in France*. In: *Economy and Society*, Nr. 32, 4, 555-583.
- Schumacher, Ernest Friedrich, 1973, *Small Is Beautiful. A Study of Economics as if People Mattered*. London: Blond & Briggs.
- Schuurman, Frans (Hrsg.), 2001, *Globalization and Development Studies. Challenges for the 21st Century*. London: Sage.
- Transit Migration Forschungsgruppe (Hrsg.), 2007, *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*. Bielefeld: Transcript.
- Vogel, Berthold 2004, *Der Nachmittag des Wohlfahrtsstaats. Zur politischen Ordnung gesellschaftlicher Ungleichheit*. In: Eurozine 2004. Online: <http://www.eurozine.com/pdf/2004-09-15-vogel-de.pdf> (Abrufdatum: 17.2.2012)
- Virno, Paolo, 2005, About Exodus. In: *Grey Room*, No 21 (fall 2005), 17-20. Online: <http://www.jstor.org/stable/20442699?seq=4> (Abrufdatum: 22.2.2012)
- Wacquant, Loic, 2006, Bestrafung, Entpolitisierung, rassistische Einordnung. Die Inhaftierung von Immigranten in der Europäischen Union. In: *Prokla* 143 (2006), 203-222.
- Weiss, Thomas G. 1999. Principles, Politics, and Humanitarian Action. In: *Ethics & International Affairs* 13 (1999), 1-22.

ONLINEQUELLEN

Resilience Engineering Network, 2012 *Resilience Engineering*. Online: <http://www.resilience-engineering.org/> (Abrufdatum: 17.04.2012)

UNHCR, 2011, *Genfer Konferenz endet mit konkreten Zusagen* (9.Dezember 2011). Online: <http://www.unhcr.at/presse/nachrichten/artikel/27462d078d521b2992cefd3312640627/genfer-konferenz-endet-mit-konkreten-zusagen.html> (Abrufdatum: 20.12.2011)

ANHANG

Abstract

„Big-Brother-Staat“ (Bigo 2008)? (Welt)Risikogesellschaft (Beck 1986)? Ein Staat, der als einzige Legitimation und einzige Aufgabe, die Sicherheit hat, der ständig vom Terrorismus provoziert werden könne, selbst terroristisch zu werden (Agamben 2001)? Neue veränderte Formen des Denkens und Handelns, wie zu regieren sei, nunmehr durchsetzt von der Problematik des Risikos und angeleitet vom Telos der Sicherheit würden zu Beginn des 21. Jahrhunderts, die unter Druck geratenen politischen Rationalitäten liberaler Demokratien ersetzen (Lentzos/Rose 2008).

Unter dem Eindruck des Imperativs der Sicherheit, so die These der vorliegenden Arbeit, können zwei Mechanismen insbesondere in den Politikfeldern der Migrations- und Entwicklungspolitik sichtbar gemacht werden; Einerseits eine Relativierung und Reaktivierung souveräner Macht, andererseits das Wirken liberaler Führungstechniken. Beide Aspekte sind Begriffsdimensionen der Foucault'schen Biopolitik (Lemke 2007a).

Aktuelle Migrationspolitiken versuchen „Welten der Sicherheit“ (Münkler 2010) zu etablieren, nicht zuletzt durch die souveräne Unterscheidung von gefährdeten und gefährlichen Individuen, des sicherungswerten Lebens von Staatsbürgern und des „bloßen Lebens“ von Flüchtlingspopulationen. Dem starken Bestreben Welten der Sicherheit auszudehnen, steht die Realität entgegen, in der diese nie umfassend oder global sein können, sondern immer von Umwelten der Unsicherheit und Bedrohung umgeben bleiben.

Parallel dazu wird regiert durch „verantwortlich gemachte Wahlfreiheiten (*responsibilized choices*). Sicherheit steht dann unter dem Zeichen individueller Risikoabschätzung und-bearbeitung, die eigene Vulnerabilität soll selbstverantwortlich in Resilienz umgewandelt werden. Während in der „entwickelten Welt“ Vorsorgestaat und Versicherungsgesellschaft (Ewald 1993) längst unter neoliberalem Vorzeichen am Zerbröckeln sind, ist nach Aufgabe des Entwicklungsversprechens auch das „unterentwickelte“ Subjekt selbstverantwortlich (gemacht) worden: „allowed to die chasing the mirage of self-reliance“ benennt Mark Duffield (2007) diese neue Freiheit und „global life chance divide“, die globale Situation, in der die Ressourcen diese Freiheit in Lebenschancen umzusetzen ungleich verteilt bleiben.

Doch die Autonomie des selbstverantwortlichen Umgangs mit Risiken stößt abermals auf Grenzen, sobald sie zur Quelle globaler Instabilitäten zu werden droht. Die Gewaltökonomien

der *failed states* könnten durchaus als gewaltsames Risikomanagement und Sicherheitsstrategie verstanden werden, gutgeheißen werden sie nicht, der Autonomie durch Intervention ein Ende gesetzt.

Während dem „gefährlichen Individuum“, das die souveräne Macht identifiziert, jede Handlungsmacht abgesprochen werden muss, um für Sicherheit zu sorgen, wird „das selbstverantwortliche Subjekt“ verantwortlich gemacht für seine Sicherheit - solange es sich nicht gewaltsam daranmacht, seine (Über-)Lebenschancen zu erweitern.

English Abstract

Big Brother State (Bigo 2008)? World risk society (Beck 1986)? A state, which sole task and source of legitimacy is security, existing in permanent threat of being provoked by terrorism to become terroristic itself (Agamben 2001)? New, changed forms to think and act, different forms of governance, informed by risk consciousness and aiming at the *telos* of security are replacing liberal democracies' political rationalities, which have come under pressure at the beginning of 21st century (Lentzos/Rose 2008).

This diploma thesis aims at exploring the presence and effects of two mechanisms, both dimensions of Michel Foucault's biopolitics, in migration and development policy: The present imperative of security results in the relativizing and reactivating of sovereign power and the appearance of liberal leadership techniques.

Actual migration policies aim at constructing *worlds of security* (Münkler 2010) by drawing a sovereign distinction between endangered and dangerous individuals, the life of citizens that is to be secured and bare life of refugee populations. A strong endeavour to extend those worlds of security confronts a situation, where security is neither an extensive nor a global reality but always surrounded by an environment of insecurity and danger.

At the same time responsibilized choices function as a mechanism of governance. Security is understood as depending on individual risk assessment and strategies to deal with risks. One's own vulnerability is to be converted into self-reliance. While welfare state and *insurance society* (Ewald 1993), proclaimed to be hindrances by the neoliberal paradigm, are declining in the *developed* world, *underdeveloped* subjects (are forced to) accept personal responsibility: Mark Duffield (2007) names this new freedom "allowed to die chasing the mirage of self-reliance" and the global situation, where resources, to turn this freedom into life chances remain unequally distributed a "global life chance divide".

The autonomy to deal with risks ends, where this autonomy could become a source of global instabilities. Although the violent organization of power, profit and security in *failed states* can be interpreted as unconventional forms of risk management and security strategy, the focus remains on the instability surrounding them. Containing instabilities includes containing autonomy by intervention.

While security demands to deny the dangerous individuum identified by sovereign power all power to act, a subject declared to be responsible has to secure his/her own security. One

restriction for securing oneself remains: autonomy ends where one is trying to expand his/her life chances violently.

Curriculum Vitae

Agnes Gruber

geboren am: 12.05.1986
Geburtsort: Wels, Österreich
Staatsbürgerschaft: Österreich

Schulbildung und akademische Bildung

Seit 10/2004

Studium der Internationalen Entwicklung an der Universität Wien
Erster Abschnitt abgeschlossen mit Auszeichnung im März 2007

Seit 03/2006

Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien
Erster Abschnitt abgeschlossen mit Auszeichnung im Juni 2009
Abschluss mit Bachelor voraussichtlich im November 2012

09/2006 – 06/2004

BG/BRG Dr. Schauerstraße Wels
Matura mit gutem Erfolg und Spezialisierung in Geschichte, Spanisch und
Bildnerischer Erziehung

Arbeitserfahrung/zusätzliche Qualifikationen

Seit 09/2010

Freiwillige Mitarbeit im Integrationshaus Wien

10 - 12/2009

Praktikum CDRDS/Cordillera Disaster Response and Development Services Inc., Baguio City/Philippinen

07 – 09/2009

Praktikum Philippinenbüro, NGO mit Fokus auf unabhängiger Informations- und Dokumentationsarbeit zu Menschenrechten in den Philippinen, Essen/Deutschland